

## 74. Sitzung

am Mittwoch, dem 31. Januar 1979

### Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . . . .	4647	<b>4. Ausbruch von sechs Insassen der Jugendvollzugsanstalt</b>	
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung . . . . .	4647	Anfrage der Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP vom 25. Januar 1979 (Drucksache 9/961/4) . . . . .	4656
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . . . . .	4648	<b>Aktuelle Stunde</b> . . . . .	4656
Abg. Kähler (SPD) zur Geschäftsordnung . . . . .	4648	<b>Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven vom 7. Dezember 1978</b> (Drucksache 9/949)	
Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung . . . . .	4648	Abg. Klein, Berichterstatter . . . . .	4656
Abg. Kähler (SPD) zur Geschäftsordnung . . . . .	4649	Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats	4658
Abg. Lahmann (FDP) zur Geschäftsordnung . . . . .	4650	Abg. Neumann (CDU) . . . . .	4665
Eintritt des Abgeordneten Klaus Peter Lörsh (SPD) in die Bürgerschaft . . . . .	4651	Abg. Lahmann (FDP) . . . . .	4671
<b>Fragestunde</b>		Abg. Wedemeier (SPD) . . . . .	4675
<b>1. Arbeitserlaubnis für Kinder ausländischer Arbeitnehmer</b>		Abg. Richter (FDP) . . . . .	4681
Anfrage der Abgeordneten Hede Lütjen, Kähler und Fraktion der SPD vom 22. Januar 1979 (Drucksache 9/961/1) . . . . .	4651	Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats	4682
<b>2. Einstellung von Lehrern mit Zweiter Staatsprüfung als Lehrer für das Lehramt an öffentlichen Schulen</b>		Abg. Klein (CDU) . . . . .	4685
Anfrage der Abgeordneten von Groeling-Müller, Lahmann und Fraktion der FDP vom 25. Januar 1979 (Drucksache 9/961/2) . . . . .	4653	Abg. v. Hassel (SPD) . . . . .	4688
<b>3. Anzeige von Bürgermeister Koschnick zum Jahreswechsel 1978/79</b>		Abg. Neumann (CDU) . . . . .	4691
Anfrage des Abgeordneten Lahmann und Fraktion der FDP vom 25. Januar 1979 (Drucksache 9/961/3) . . . . .	4654	<b>Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst</b>	
		Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 1. November 1978 (Drucksache 9/937)	
		Senator für Inneres Fröhlich . . . . .	4693
		Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . .	4694
		Abg. Ravens (CDU) . . . . .	4697
		Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit . . . . .	4700
		Senator für Bildung Thape . . . . .	4701

Abg. Anneliese Leinemann (SPD) . . . . .	4701	D i a z u	
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) . . . . .	4703		
Abg. Urban (CDU) . . . . .	4705	<b>Anderungsantrag der Fraktion der CDU</b>	
Abg. Anneliese Leinemann (SPD) . . . . .	4705	<b>vom 31. Januar 1979</b>	
		(Drucksache 9/967)	
<b>Unterbringung drogenabhängiger Strafgefangener</b>		<b>Anderungsantrag der Fraktion der FDP</b>	
Antrag der Fraktion der CDU		<b>vom 31. Januar 1979</b>	
vom 23. November 1978		(Drucksache 9/975)	
(Drucksache 9/927) . . . . .	4706	Abg. Hede Lütjen (SPD) . . . . .	4707
<b>Arbeitsplätze an Kassen in Selbstbedienungsläden</b>		Abg. Urban (CDU) . . . . .	4708
Antrag der Fraktion der SPD		Abg. Kuhnert (FDP) . . . . .	4709
vom 7. Dezember 1978		Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales,	
(Drucksache 9/934)		Jugend und Sport und für Arbeit . . . . .	4710
		Abstimmung . . . . .	4710

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Dr. Illigner.

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Ehlers**

**Schriftführer Kandolf**

---

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats  
Bürgermeister **Dr. Franke** (SPD), Senator für Soziales, Jugend  
und Sport und für Arbeit  
Senator für Bildung **Thape** (SPD)  
Senator für das Bauwesen **Seifriz** (SPD)  
Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)  
Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)  
Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)  
Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Tiedemann** (SPD)  
Senator für Finanzen **Dr. Scherf** (SPD)

---

Staatsrat **Dr. Czichon** (Senatskanzlei)  
Senatsdirektor **Dr. Euler** (Senator für Gesundheit und Umweltschutz)  
Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)  
Senatsdirektor **Kulenkampff** (Senator für das Bauwesen)  
Senatsdirektor **Niedergesäß** (Senatskommission für das Personalwesen)  
Senatsdirektor **Pietsch** (Senator für Soziales, Jugend und Sport)  
Senatsrat **Timpe** (Senator für das Bauwesen)  
Gewerbedirektor **Redeker** (Senator für Arbeit)  
Oberregierungsrat **Obermeier** (Senator für das Bauwesen)

---

Präsident des Rechnungshofs **Hartmann**  
Landesbeauftragter für den Datenschutz **Schepp**

S.4646

FFP 09/74

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.17 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die 74. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

An unserer heutigen Vormittagssitzung nimmt unter anderen eine Gruppe Spätaussiedler als Zuhörer teil.

(Beifall)

Ebenfalls begrüße ich den Oberbürgermeister der Seestadt Bremerhaven, Herrn Werner Lenz,

(Beifall)

der zum ersten Mal in dieser Funktion an einer Sitzung des Landtags teilnimmt. In Begleitung von Herrn Oberbürgermeister Lenz befindet sich unter anderen Herr Stadtrat Brandt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, außerdem hat auf der Besuchertribüne eine Delegation des saharischen Volkes Platz genommen, die zur Zeit auf Einladung in Bremen weilt. Ich begrüße die Minister Bachir Mustafa Sayed und Sidati mit ihren Begleitern. Die Bremische Bürgerschaft wünscht Ihrem Volk Erfolg in seinem Bemühen um Unabhängigkeit und Frieden.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Erhaltung des US-Generalkonsulats in Bremen, Antrag (Entschliebung) der Fraktion der CDU vom 25. Januar 1979, Drucksache 9/963.

Dieser Entschliebungsantrag gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 2 der Geschäftsordnung als dringlich. Ich schlage vor, daß wir ihn als Punkt 20 der Tagesordnung behandeln.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

2. Folgen von Olunfällen und Ölabwehrkatastrophenmaßnahmen, Antrag (Entschliebung) der Fraktion der CDU vom 31. Januar 1979, Drucksache 9/970.

Dieser Entschliebungsantrag stellt nach der Auslegung unserer Geschäftsordnung keinen Entschliebungsantrag, sondern einen Dringlichkeitsantrag dar, so daß wir zunächst über die Dringlichkeit dieses Antrags beschließen müssen.

Wird eine Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer der dringlichen Behandlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu. (C)

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag zusammen mit Punkt 13 zu beraten.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

3. Truppenübungsplatz Garlstedt, Antrag (Entschliebung) der Fraktion der CDU vom 31. Januar 1979, Drucksache 9/971.

Auch dieser Entschliebungsantrag stellt nach Auslegung unserer Geschäftsordnung einen Dringlichkeitsantrag dar, so daß wir zunächst wieder einen Beschluß über die Dringlichkeit des Antrags fassen müssen.

Wird der Wunsch geäußert, die Dringlichkeit zu begründen? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer dringlichen Behandlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag in der Beratung mit Tagesordnungspunkt 14 zum gleichen Thema zu verbinden.

Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann wird auch hier so verfahren. (D)

Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

#### I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Nr. 3 des Berichts des Rechnungsprüfungsausschusses „Land“ vom 14. November 1977 (Drs. 9/655) zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1975  
Der Bericht wird nach Drucklegung dem Rechnungsprüfungsausschuß zugeleitet.

2. Neuwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesbeirates für Jugendbildung  
Mitteilung des Senats vom 29. Januar 1979 (Drucksache 9/966)  
Die Wahl kommt auf die Tagesordnung der Sitzung am 28. Februar 1979.

#### II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Arbeit von Beratungsgremien  
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. Juni 1978 (Drucksache 9/947)

D a z u

Antwort des Senats vom 18. Dezember 1978

2. Auftragsvergabe an Druckereien und Werbeagenturen  
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 2. August 1978 (Drucksache 9/958)

D a z u

Antwort des Senats vom 15. Januar 1979

- (A) 3. Ausbildung der Justizvollzugsbediensteten hinsichtlich der Erkennung und Feststellung von Rauschgiften

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 23. November 1978 (Drucksache 9/957)

D a z u

Antwort des Senats vom 15. Januar 1979

4. Dauer der Baugenehmigungsverfahren  
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 20. Dezember 1978

### III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben des Hochschullehrerbundes, Landesverband Bremen, zur **Überleitung und Einweisung der Fachhochschullehrer des Landes Bremen in die C-Besoldungsordnung nach dem 2. BesVNG.**
2. Schreiben des Professoren-Kollegiums der Hochschule für Technik zur **statusrechtlichen und besoldungsrechtlichen Übernahme der Fachhochschullehrer an den bremischen Fachhochschulen.**
3. Schreiben der Studentenvertretung der Fachhochschule München mit einer **Resolution zu den Wertigkeiten der verschiedenen Hochschularten.**

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, die Punkte 15 und 16 — es handelt sich um die Berichte des Petitionsausschusses — miteinander zu verbinden.

- (B) Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Ferner wird Einverständnis darüber erzielt, Tagesordnungspunkt 4 — es handelt sich um die Unterbringung drogenabhängiger Strafgefangener — von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Auch hier stelle ich Einverständnis fest.

Zwischen den Fraktionen wurde außerdem Einverständnis darüber erzielt, Punkt 6 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Es handelt sich um das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG), Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 1978.

Wer mit der Absetzung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, der Senat hat mit Schreiben vom 25. Januar 1979 darum gebeten, Tagesordnungspunkt 17 — es handelt sich um den Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven — nach der Aktuellen Stunde zu behandeln.

Besteht Einverständnis, daß wir die Tagesordnung insofern umstellen, daß wir nach der Aktuellen Stunde den Punkt 17 aufrufen?

(Abg. Neumann [CDU]: Wie geht das denn geschäftsordnungsmäßig? Beantragt der Senat das, eine Fraktion oder Sie, Herr Präsident?)

Ich frage, ob das Haus einverstanden ist, denn für die Änderung der Tagesordnung (C)

(Abg. Neumann [CDU]: Das wissen Sie doch!)

ist das Haus zuständig. Wenn das Haus einverstanden ist,

(Abg. Neumann [CDU]: Welche Begründung denn?)

dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Kähler.

Abg. Kähler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unabhängig von dem Wunsch des Senats, diesen Punkt in Anwesenheit von Herrn Bürgermeister Koschnick zu behandeln, beantrage ich namens meiner Fraktion gemäß Paragraph 18 der Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt 17 auf 3 vorzuziehen, und zwar mit folgender Begründung:

Bei der Beratung über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses wurde von der Opposition zum Teil die Meinung vertreten, wir, die Sozialdemokraten, hätten kein Interesse an der Klärung dieser Angelegenheit, und wir würden schon Mittel und Wege finden, um die Sache möglichst in die Länge zu ziehen.

Ich stelle dazu erstens fest, daß wir damals gesagt haben und heute nach wie vor der Meinung sind, daß wir ein sehr starkes Interesse daran haben, daß der damalige Sachverhalt aufgeklärt wurde. Zweitens stelle ich fest, daß die Mitglieder des Untersuchungsausschusses — ganz gleich von welcher Fraktion — sich tatkräftig dafür eingesetzt haben, daß der Ablauf zügig durchgeführt worden ist. Dafür gilt diesen Mitgliedern der Dank des Hauses.

(Beifall bei der SPD)

Drittens stelle ich fest, daß, wenn die damalige Begründung auf zügige Durchführung, wenn die damalige Begründung auf möglichst breite Aufklärung im Interesse der Öffentlichkeit glaubwürdig ist, dann auch heute der Abschlußbericht zu einem Zeitpunkt behandelt werden muß, zu dem über Radio Bremen und die übrigen Medien eine ausführliche Berichterstattung gewährleistet ist, damit dieser Punkt nicht unter „ferner liefern“ abgehandelt wird. Aus diesen Gründen beantrage ich, den Punkt 17 auf Punkt 3 vorzuziehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie es scheint, gibt es unterschiedliche Argumente, die dem Wunsch des Senats auf Vorziehung dieses Punktes Rechnung tragen

(A) sollen. Ich entnehme Ihrem Beitrag, Herr Kollege Kähler, daß Sie also den Antrag gestellt haben

(Abg. Kähler [SPD]: Als Fraktion! Wie in der Interfraktionellen Besprechung angekündigt!)

für Ihre Fraktion, den Punkt 17 — Untersuchungsausschußbericht MBA — vorzuziehen und jetzt zu behandeln.

Sie haben das damit begründet — wenn wir einmal den Senat jetzt außen vor lassen, dazu komme ich gleich —, daß dieser Punkt aus Ihrer Sicht so wichtig sei, daß er gleich am Anfang behandelt werden müßte.

Nun könnte man natürlich die Frage stellen: Sind alle anderen Punkte, die später behandelt werden, eben nicht wichtig?

(Abg. v. Hassel [SPD]: Nicht so wichtig!)

Meine Damen und Herren, darüber könnte man sich sehr wohl unterhalten, inwieweit die Situation der Arbeitsplätze bei den Werften ebenso von Bedeutung für dieses Haus ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde in diese Bewertung nicht einsteigen, Herr Kollege Kähler, dafür gibt es Pro und Kontra.

(B) Ich halte es aber für einen schlechten Stil, wenn dies Ihre einzige Begründung dafür ist, daß mit Mehrheit von einer vereinbarten Geschäftsordnung abgewichen wird. Meine Damen und Herren, was bedeutet denn dies, wenn wir hier heute mit diesem Verfahren anfangen? Das bedeutet, daß eine Geschäftsordnung, die eine Reihenfolge vorsieht, von einer Fraktion — in diesem Fall von der Mehrheitsfraktion — außer Kraft gesetzt wird. Dies kann bedeuten, daß von Fall zu Fall, jeweils wenn die Mehrheit meint, dies müsse im Radio übertragen werden, die Geschäftsordnung mißbraucht wird. Ich muß hier eindeutig Einspruch erheben. Eine ganz andere Frage ist, wenn wir uns interfraktionell geeinigt haben, eine Änderung vorzunehmen. Ich finde aber nicht, daß die Tagesordnung zur Disposition der Mehrheit steht.

(Beifall bei der CDU)

Aber, Herr Kollege Kähler, im Grunde finden Sie das ja auch nicht. Der eigentliche Grund — und deswegen möchte ich dies noch einmal sagen — ist der, daß der Senat den Wunsch geäußert hat auszusetzen. Das läßt sich zurückführen auf die vorletzte Sitzung des Bürgerschaftsvorstandes, wo der Wunsch geäußert wurde, die Tagesordnung umzustellen, weil Herr Bürgermeister Koschnick an diesen beiden Tagen nur am ersten Tag, ich glaube, bis 16 Uhr, Zeit habe und ansonsten anderen Verpflichtungen nachzugehen habe.

Der Bürgerschaftsvorstand unter Führung des Präsidenten hat diesen Antrag zurückgewiesen nach

(C) dem Motto: Das sei nicht Aufgabe des Bürgerschaftsvorstandes, sondern das müsse, wenn überhaupt, dieses Haus beschließen. Kollege Kähler, ich habe natürlich Verständnis, daß über diesen Punkt Ihnen selbst auch eine Debatte nicht recht ist. Das ist aber der eigentliche Grund, und Sie sollten ihn offen nennen.

Meine Damen und Herren, wir sind auch der Auffassung, daß bei diesem Punkt Bürgermeister Koschnick anwesend sein sollte, nämlich wenn es um die Frage seiner Verantwortung für die Angelegenheit in Bremerhaven, für die Müllbeseitigungsanlage geht. Aber es kann doch nicht wahr sein, daß wir uns Sitzung um Sitzung als Parlament mehr oder weniger zur Disposition der Termine des Bürgermeisters stellen!

(Beifall bei der CDU)

Es geht auch gar nicht darum, daß Bürgermeister Koschnick, der mehr Verpflichtungen hat, als nur in diesem Haus zu sein, wichtige Termine hat und im Interesse Bremens, so wie er das in der letzten Sitzung begründet hat, zur Sicherung der Arbeitsplätze an einer Aufsichtsratssitzung teilnehmen mußte und deshalb der an sich selbstverständlichen Pflicht, sich bei den Haushaltsgrundsatzdebatten zu beteiligen, nicht folgen konnte. Deswegen war unsere Frage in der interfraktionellen Sitzung: Kollege Kähler, wenn Sie das nun schon wollen, dann sagen Sie doch einmal, welcher wichtiger Termin ist es, aufgrund dessen wir die ganze Sitzung verschieben müssen. (D)

Kollege Kähler hat es nicht gesagt, und, meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen, weil es inzwischen bekannt ist. Es ist bekannt, daß Herr Bürgermeister Koschnick heute wieder nur kurz Zeit hat, morgen nicht dabei sein kann, weil er eine Wahlkampfverpflichtung für die SPD in Berlin wahrnehmen muß.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, ich sage hier ganz eindeutig, wir sind nicht bereit, aufgrund bundespolitischer Einsätze des Bürgermeisters, der seine Aufgaben hier in Bremen wahrzunehmen hat, unsere Termine zur Disposition zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Verehrter Herr Bürgermeister, deswegen werde ich Sie von Mal zu Mal bitten, endlich einmal ein klärendes Wort zu sagen, für welche Aufgabe Sie sich nun primär entschieden haben. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kähler zur Geschäftsordnung.

Abg. Kähler (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich verstehe den Kollegen Neumann nicht.

(Abg. Neumann [CDU]: Warum nicht? — Zuruf des Abg. Hollweg [CDU])

- (A) Aber, Herr Hollweg, ob Sie ihn verstehen, das ist doch Ihre Sache! Ich habe doch gesagt, ich verstehe ihn nicht. Daß Sie beide sich nicht verstehen, haben wir der Presse entnommen. Das brauchen wir doch hier nicht zu erörtern.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe ihn nicht, weil ich meine hier vorgebrachten Sachargumente auch in der Interfraktionellen Besprechung vorgebracht habe. Jetzt sage ich folgendes: Wenn wir schon so diskutieren wollen, dann verstehe ich Sie nicht, Herr Kollege Neumann. Erinnern Sie sich an die damalige Diskussion über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses! Erinnern Sie sich, was Sie damals zu mir gesagt haben, etwas deutlicher als hier heute, als Sie diese etwas polemische Frage hineinbringen wollten und wörtlich zu mir gesagt haben: Diese alten Kamellen aus dem Untersuchungsbericht schiebt doch zurück! Es sind für uns keine alten Kamellen, sage ich!

(Abg. Neumann [CDU]: Sind sie nicht!)

Wir wollen das, was wir damals hier im Haus beschlossen haben, auch hier zu Ende führen, so wie es sich gehört, und nicht als alte Kamellen abschieben!

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Wir auch nicht!)

- (B) Außerdem, Herr Kollege Neumann, sagen Sie, die Geschäftsordnung werde zur Disposition einer Mehrheit gestellt. Was wir jetzt machen, ist doch Bestandteil unserer Geschäftsordnung. Ich möchte einmal wissen, wenn Sie in diesem Haus mit Ihren Mitgliedern die Mehrheit hätten, was Sie schon manches Mal mit Ihrer Mehrheit hier veranstaltet hätten!

(Abg. Neumann [CDU]: Immer mit der Geschäftsordnung! Lassen Sie es uns einmal ausprobieren!)

Aber es ist doch so, in der Interfraktionellen Besprechung setzen wir uns zusammen und versuchen, Übereinstimmung über die Abhandlung der Sitzung zu bekommen.

(Abg. Neumann [CDU]: Hier war sie nicht!)

Wenn wir zur einhelligen Auffassung kommen, wird dem Plenum dementsprechend vorgeschlagen. Wenn wir nicht zu einer einhelligen Auffassung kommen, ist im Plenum der Ort, wo wir über diese strittigen Punkte diskutieren und dann mit Mehrheit abstimmen.

(Abg. Neumann [CDU]: Das wissen wir doch!)

Das ist eine Selbstverständlichkeit.

In Paragraph 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung heißt es: „Die Bürgerschaft kann die Reihenfolge

der Tagesordnungspunkte ändern.“ Der Präsident, der Vorstand hat einen Vorschlag für die Tagesordnung gemacht. Wir haben uns in der Interfraktionellen Besprechung darüber unterhalten. Sie von der Opposition sind unserer Bitte — und zwar der Bitte der SPD-Fraktion — auf Änderung der Tagesordnung in der Interfraktionellen Besprechung nicht nachgekommen. Von daher beantragen wir dort, wo letzten Endes die Entscheidung getroffen wird, in der Bürgerschaft, die Änderung legitim nach der von uns allen beschlossenen Geschäftsordnung. Wir machen nur von der Geschäftsordnung Gebrauch, nicht mehr und nicht weniger. Das lassen wir uns von Ihnen allerdings nicht nehmen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Lahmann.

Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich glaube, wir sollten dieses Scharmützel beenden und zur Entscheidung kommen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn hier — wie der Kollege Kähler gesagt hat — von dem Interesse der Öffentlichkeit an Information über die Behandlungsmaterie des Untersuchungsausschusses die Rede ist, wenn in dem Zusammenhang die Rundfunkübertragung erwähnt wird, während der diese Debatte stattfinden solle, dann hat die Öffentlichkeit — so glaube ich — jedenfalls an dieser Geschäftsordnungsdebatte, die weder politisch eindrucksvoll noch sonst interessant ist, überhaupt kein Interesse. Deswegen sollten wir jetzt damit Schluß machen.

(Beifall bei der FDP — Abg. Neumann [CDU]: Dann sollten Sie gar nicht reden!)

Sie reden aber dreimal, Herr Kollege, und deswegen sage ich nun kurz auch die Meinung der FDP.

(Abg. Neumann [CDU]: Ich habe auch ein Interesse!)

Herr Kollege Kähler, daß wir alle ein Aufklärungsinteresse haben, was die Angelegenheit Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven angeht, ist klar, seit der Untersuchungsausschuß seine Arbeit begonnen hat. Daß auch die SPD dieses Interesse hat, davon gehe ich also aus. Es ist natürlich interessant, daß sie es war, die die Beratung dieses Ausschusses für eineinhalb Jahre unterbrochen hat. Deswegen wundert mich ein bißchen die Eile, die heute an den Tag gelegt wird.

(Beifall bei der FDP — Abg. v. Hassel [SPD]: Sonst sind Sie doch immer für Rechtssicherheit!)

Zur Sache selbst, meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion ist daran interessiert, daß Herr Bürgermeister Koschnick an den Beratungen teilnimmt.

(C)

(D)



(A) Das ist klar, und darüber herrscht wohl auch Einigkeit. Als wir hörten, daß Termenschwierigkeiten auftreten, hat die FDP-Fraktion auch angesichts der langen Tagesordnung, die wir heute und morgen zu beraten haben, an sich den Antrag angekündigt, die Debatte über Müllverbrennung in die Februarsitzung zu verlagern, weil dabei nichts in besonderem Maße pressiert. Es pressiert nichts, es kann auch im Februar darüber noch ausgiebig und sachdienlich debattiert werden.

Als wir nun aber hörten, daß Bürgermeister Koschnick wahrscheinlich auch bei der Februarsitzung Termenschwierigkeiten haben würde, die ihn möglicherweise hindern, an der im Februar stattfindenden Bürgerschaftssitzung teilzunehmen,

(Abg. Wilhelm s [CDU]: Hört, hört!)

haben wir auf diesen Vertagungsantrag verzichtet, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß auch wir der Meinung sind, daß der Bürgermeister Koschnick an dieser Debatte teilnehmen sollte. Die FDP-Fraktion verzichtet also auf den Vertagungsantrag.

Wenn die SPD eine Vorverlegung dieser Debatte heute wünscht, dann muß sie das allein entscheiden. Wir werden uns aus diesem Streit heraushalten. Daß wir auf unseren Vertagungsantrag verzichten, bitten wir jedoch nicht so auszulegen, als wäre die FDP-Fraktion der Auffassung, daß dieses Parlament stets nach der Pfeife des Bürgermeisters zu tanzen habe. — Ich danke!

(B) (Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, es wurde beantragt, gemäß Paragraph 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung die Tagesordnung umzustellen, und zwar den Tagesordnungspunkt 17 nach Punkt 2 zu verhandeln. Das ist das Recht des Parlaments, und nur das Parlament kann darüber befinden, nicht der Bürgerschaftsvorstand. Wie der Bürgerschaftsvorstand die Tagesordnung aufzustellen hat, schreibt auch genau die Geschäftsordnung vor.

Wer diesem Geschäftsordnungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Änderung der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, der Landeswahlleiter hat mir mitgeteilt, daß für den am 8. Januar 1979 durch Verzicht aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Wilfried Arand mit Wirkung

vom 15. Januar 1979 Herr Klaus Peter Lör sch (C) in die Bürgerschaft eingetreten ist.

Ich begrüße Herrn Lör sch in unserer Mitte und wünsche ihm für seine parlamentarische Tätigkeit viel Erfolg.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich nicht versäumen, auf zwei erfreuliche Ereignisse aus Bremerhaven zurückzukommen. Wir haben heute zwei Geburtstagskinder aus Bremerhaven, allerdings ist nur eines anwesend. Der Abgeordnete Dr. Illigner, der heute 65 Jahre alt wird, befindet sich im Krankenhaus. In Ihrer aller Einverständnis möchte ich ihm von hier aus herzliche Genesungswünsche übermitteln.

(Beifall)

Ich hoffe sehr, daß uns der Abgeordnete Dr. Illigner hört und daß er die Kulisse wahrnehmen kann.

Ferner wünsche ich zu seinem heutigen Geburtstag dem Abgeordneten Wilken alles Gute.

(Beifall)

Wir haben, dem vielfachen Wunsch folgend, ein Klingelzeichen installiert. Es erklingt dann, wenn wir unmittelbar vor einer Abstimmung stehen. Wenn Sie jetzt ein Ihnen bis dahin unbekanntes Klingelzeichen im Haus hören, dann heißt es, eine Abstimmung steht bevor. Sie werden gebeten, schnellstens in den Plenarsaal zu kommen, wo immer Sie sich auch befinden in diesem Hause. (D)

(Heiterkeit — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Was, es klingelt auch da?)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### Fragestunde

Im Rahmen der Fragestunde sind vier Fragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Frage beschäftigt sich mit der **Arbeits-erlaubnis für Kinder ausländischer Arbeitnehmer**. Die Frage ist unterschrieben von den Abgeordneten Hede Lütjen, Kähler und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Frage vorzutragen.

Abg. Hede Lütjen (SPD): Wir fragen den Senat:

Wie viele ausländische Jugendliche im Land Bremen fallen unter den 1973 erlassenen Anwerbestopp für Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten, der unter anderem auch zur Folge hatte, daß ausländische Jugendliche, die nach dem 31. 12. 1976 ihren Eltern in die Bundesrepublik nachgezogen sind, keine Arbeitserlaubnis bekommen und damit keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle erhalten können?

Ist der Senat bereit, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, daß diese inhumane Regelung überdacht und revidiert wird?

(A) **Präsident Dr. Klink:** Herr Bürgermeister Dr. Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu erteilen? — Bitte sehr!

**Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auf der Grundlage der vorliegenden amtlichen Statistiken des Ausländerzentralregisters und der Bundesanstalt für Arbeit sind Angaben über die Zahl der jugendlichen Ausländer, die nach dem 31. Dezember 1976 im Wege des Familiennachzugs in das Bundesgebiet eingereist sind, nicht zu erhalten.

Bei den Einwohnermeldeämtern werden nachgereiste Familienangehörige zwar nach Einreisetag und Alter registriert, die Auswertung dieser Einzeldaten erfordert jedoch ein umfangreiches Auszählungs- und Programmierungsverfahren.

Im Zuge der zwischen Bund und Ländern geführten Verhandlungen über Anwerbestopp und Regelung des Familiennachzugs hat der Senat von Anfang an die Auffassung vertreten, daß mit dem erforderlichem Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer keine gesetzliche Begrenzung des Familiennachzugs erfolgen dürfe. Dieser aus humanitären, sozialen und rechtlichen Gründen nicht in Frage zu stellende Grundsatz ist nach eingehenden, zum Teil recht kontrovers geführten Erörterungen von allen Ländern akzeptiert worden.

(B) Es sind jedoch sogenannte Stichtagsregelungen eingeführt worden, die den legal nachgereisten Familienangehörigen den Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt grundsätzlich verwehren.

Gegen diese inhumane und widersprüchliche Regelung hat sich Bremen sowohl auf der Ebene der Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung der Ausländerbeschäftigungspolitik als auch der Fachministerkonferenzen ausgesprochen; sie wurde dennoch mehrheitlich beschlossen. Für die Jugendlichen ist der Stichtag auf der Sonderkonferenz der Arbeitsminister lediglich auf den 31. Dezember 1976 verschoben worden.

Die gravierenden sozialen und humanitären Folgewirkungen insbesondere für ausländische Jugendliche, aber auch die Erkenntnis, daß in einigen Bundesländern, wie zum Beispiel in Bayern und Baden-Württemberg, wieder Lücken des Arbeitskräftebedarfs in einigen Wirtschaftszweigen mit ungünstigen Arbeits- oder Einkommensbedingungen vorhanden sind, haben zur erneuten Diskussion dieses Problems auf Bundes- und Länderebene geführt.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat mit dem Ziel, eine möglichst schnelle Problemlösung herbeizuführen, ein Kompromißmodell vorgelegt, das für Jugendliche die Einführung einer zweijährigen Wartefrist vorsieht, die nach Teilnahme an berufsorientierenden Maßnahmen von mindestens halbjährlicher Dauer als erfüllt gelten soll.

(C) Für nachgereiste Ehegatten ist die Einführung einer Wartefrist von vier Jahren geplant. Im Anschluß daran soll eine Arbeitserlaubnis nur für Bereiche mit besonderem Personalmangel erteilt werden.

Bremen hat sich im Zuge der Beratungen dieser Modelle abermals dafür eingesetzt, daß die Stichtagsregelungen sowohl für Jugendliche als auch für Ehegatten ersatzlos entfallen sollten.

Sofern dennoch Wartefristen eingeführt werden, wird der Senat im Interesse einer möglichst schnellen Zurücknahme der bestehenden Stichtagsregelungen der Regelung für Jugendliche zustimmen, dies vor allem unter dem Aspekt, mit der Aufnahme in berufsorientierende Maßnahmen gerade für die Gruppe der Jugendlichen berufliche Eingliederungshilfen zu geben. Der Senat wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, daß die Erfüllung der geforderten Bedingung auch mit einem bedarfsgerechten Angebot an berufsorientierenden Kursen sichergestellt wird.

Bezogen auf die nachgereisten Ehegatten hat Bremen eine ähnliche Lösung gefordert, wie sie für die Jugendlichen vorgeschlagen wurde. Die berufsorientierenden Maßnahmen sollten sich für diesen Personenkreis auf Sprachkurse konzentrieren. Die Wartefrist ist ebenfalls auf zwei Jahre zu senken.

(D) Die vor allem von den Ländern Baden-Württemberg und Bayern geforderte Arbeitserlaubniserteilung für Bereiche mit besonderem Personalmangel wird von Bremen entschieden zurückgewiesen. Eine solche wieder nur rein wirtschaftlich orientierte Behandlung des Ausländerproblems im Sinne einer akzeptierten Lückenbüßfunktion wird vom Senat abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Die im Arbeitsförderungsgesetz festgelegte Vorrangigkeit der Vermittlung deutscher Arbeitnehmer und EG-Angehöriger schließt eine Benachteiligung dieser Gruppen ohnehin aus, so daß eine darüber hinausgehende Bedarfssteuerung im Sinne einer solchen Lückenbüßfunktion nicht akzeptiert werden kann.

Nicht wirtschaftliche, sondern soziale und humanitäre Gründe veranlassen den Senat, sich für eine Aufhebung der Stichtagsregelungen einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Besteht der Wunsch nach einer Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Urban!

Abg. Urban (CDU): Herr Bürgermeister, kann der Senat darüber Auskunft geben, ob die jetzige Regelung dazu geführt hat, daß von den insgesamt etwa 20 000 Auszubildenden im Land Bremen nur etwa 160 ausländische Jugendliche eine Ausbildungsstelle erhalten konnten?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

(A) **Bürgermeister Dr. Franke:** Herr Urban, es ist ganz sicherlich so, daß Schwierigkeiten in der Beschaffung von Ausbildungsplätzen vorhanden sind auch im Zusammenhang mit der Lage der geburtenstarken Jahrgänge; das ist richtig. Wir bemühen uns allerdings auch im Zusammenhang mit der Handwerkskammer, den zuständigen Unternehmensinstitutionen und den Gewerkschaften, hier eine Verbesserung zu erreichen.

**Präsident Dr. Klink:** Besteht der Wunsch, weitere Zusatzfragen zu stellen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die erste Frage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Bürgermeister Dr. Franke für die erteilte Auskunft.

Die zweite Frage befaßt sich mit der **Einstellung von Lehrern mit Zweiter Staatsprüfung als Lehrer für das Lehramt an öffentlichen Schulen.** Die Frage ist unterzeichnet von den Abgeordneten von Groeling-Müller, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten von Groeling-Müller, die Frage vorzutragen.

**Abg. v. Groeling-Müller (FDP):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Trifft es zu, daß Lehrer, die die Erste Staatsprüfung in einem anderen Bundesland und die Zweite Staatsprüfung in Bremen abgelegt haben und die aufgrund ihrer Universitätsausbildung in anderen Bundesländern zu Studienräten ernannt werden würden, eine Einstellung in den bremischen Schuldienst ablehnen, weil sie hier zu Lehrern für das Lehramt an öffentlichen Schulen ernannt werden?

(B)

Zweitens: Trifft es zu, daß es sich bei diesem Personenkreis auch um Bewerber handelt, die die Lehrbefähigung in Mangelfächern haben?

Drittens: Was gedenkt der Senat zu tun, um zu verhindern, daß diese so dringend benötigten qualifizierten Lehrer in andere Bundesländer abwandern?

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr, Herr Senator Thape!

**Senator für Bildung Thape:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat beantwortet diese Frage wie folgt:

Den in der Frage genannten Lehrern entstehen aus der Amtsbezeichnung weder besoldungsmäßige noch beförderungsmäßige Nachteile. Hierauf sind die Bewerber auch hingewiesen worden. Darüber hinaus beabsichtigt der Senator für Bildung, in einem gesonderten Schreiben die Schulen entsprechend zu informieren.

Absagen, in denen konkret geäußert worden ist, daß die Amtsbezeichnung „Lehrer an öffentlichen Schulen“ gegenüber der Amtsbezeichnung „Studienrat“ nicht akzeptabel sei, sind nur in einem Fall erfolgt. Dieser Lehrer vertrat ein Mangelfach, und zwar Chemie. Inwieweit die für die Absage ange-

gebene Begründung richtig war, ist nicht nachprüfbar.

(C)

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß andererseits auswärtige Bewerber häufig als Grund für ihre Bewerbung angeben, sie würden die bremischen Bildungsverhältnisse den unzulänglichen Bildungsverhältnissen in ihren Heimatländern vorziehen.

(Abg. v. H a s s e l [SPD]: Hört, hört!)

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Stichweh!

**Abg. Stichweh (SPD):** Herr Senator, trifft es zu, daß jemand, der nach unserem Lehrerausbildungsgesetz jetzt Lehrer genannt wird, dadurch keine einzige Pflichtstunde mehr zu absolvieren hat?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Thape:** Das trifft zu! Er bekommt auch keinen Pfennig weniger!

**Präsident Dr. Klink:** Besteht der Wunsch nach weiteren Zusatzfragen? — Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Sieling!

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Herr Senator, können diese genannten Lehrkräfte davon ausgehen, daß sie, auch wenn sie in Bremen im Sekundarbereich I eingesetzt werden, in Zukunft bei auf Bundesebene fortgeführten Aufbesserungen mit den Parallellehrkräften in anderen Bundesländern, die dort als Studienräte angestellt sind, mitgezogen werden, oder müssen sie befürchten, daß sie hier in ihren besonderen Rechten eingeebnet werden?

(D)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Thape:** Nach dem bisherigen Besoldungsgesetz sind sie völlig gleichgestellt den Lehrern in anderen Bundesländern. Über zusätzliche oder zukünftige Gesetzgebung des Bundes kann ich keine Auskunft geben. Wenn es aber Verschlechterungen geben würde, würden sie nicht nur für Bremen gelten, sondern für das ganze Bundesgebiet.

**Präsident Dr. Klink:** Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte, Herr Dr. Sieling!

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Herr Senator, haben Sie mich richtig verstanden, daß es mir nicht um die möglichen Verschlechterungen, sondern um die möglichen Verbesserungen für Studienräte in anderen Bundesländern geht? Meine Frage ist, ob diese im Sekundarbereich I eingesetzten Lehrer, die an sich Studienräte wären, hier an solchen Verbesserungen teilnehmen würden.

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Thape:** Aber, Herr Dr. Sieling, das ist doch Zukunftsmusik! Die Bremer Lehrer werden genauso behandelt wie Lehrer außerhalb Bremens. Das habe ich gerade festgestellt.

(A) Wenn vorgesehen ist, daß Lehrer einer bestimmten Gruppe und eines bestimmten Ausbildungsstandes mehr Geld bekommen, dann bekommen sie das auch in Bremen. Aber ich kann doch jetzt nicht für die Zukunft sagen, wie das aussehen wird. Die Bremer werden genauso behandelt wie die Lehrer außerhalb Bremens! Damit ist alles eingeschlossen.

**Präsident Dr. Klink:** Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr von Hassel!

**Abg. v. Hassel (SPD):** Trifft es zu, Herr Senator, daß Stufenlehrer mit dem Stufenschwerpunkt Sekundarstufe I und Primarstufe, die in der Hauptschule und Realschule oder in der Grundschule eingesetzt sind, gleich behandelt werden mit denen, nach denen Herr Dr. Sieling eben gefragt hat, und zum ersten Mal nach A 13 bezahlt werden, was immer unsere Zielvorstellung war?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Thape:** Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte, Herr von Hassel!

**Abg. v. Hassel (SPD):** Es ist eben von möglichen zukünftigen Verschlechterungen der Studienräte geredet worden. Nun muß auch einmal auf die Situation der GHR-Lehrer hingewiesen werden, meine ich, die wir in dieser Diskussion immer vergessen. Können Sie dem zustimmen?

(B)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Thape:** Ja, dem kann ich zustimmen! Aber ich muß noch einmal ganz deutlich herausstellen, daß jetzt immer von Hypothesen gesprochen wird in bezug auf mögliche Verschlechterungen. Gerade in dem Bereich, den Sie eben genannt haben, ist das überhaupt nicht vorgesehen. Aber ich kann natürlich keine Auskunft geben über das, was ein Bundesgesetzgeber in fünf oder in acht Jahren tut. Das weiß ich nicht.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die zweite Frage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Thape für die erteilten Auskünfte.

Die dritte Frage in der Fragestunde betrifft die **Anzeige von Bürgermeister Koschnick zum Jahreswechsel 1978/79**. Die Frage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Fragesteller, die Frage vorzutragen.

**Abg. Lahmann (FDP):** Wir fragen den Senat:

Welchen Informationswert hat nach Auffassung des Senats die in den bremischen Tageszeitungen erschienene Anzeige von Bürgermeister Koschnick zum Jahreswechsel 1978/79?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Bürgermeister Koschnick, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

(C)

Die Bürger des Landes Bremen haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Bilanz der Senat für das abgelaufene Jahr zieht und welche Prioritäten er für das kommende Jahr setzt. Der Senat betrachtet den Informationswert der Anzeige mit der üblichen und gebotenen Zurückhaltung als angemessen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Besteht der Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Abgeordneter Lahmann!

**Abg. Lahmann (FDP):** Herr Bürgermeister Koschnick, glauben Sie wirklich, daß die folgenden Mitteilungen, die in der Anzeige enthalten sind, das Geld wert sind, das der Steuerzahler für diese Anzeige, für diese von Ihnen aufgebene Anzeige ausgegeben hat? Hier heißt es: „Das Jahr 1978 war für Bremen sicherlich nicht immer ganz einfach.“

(**Abg. Wedemeyer (SPD):** So ist es!)

Weiter enthält diese Anzeige Aussagen wie: Das war nur zu schaffen, diese Probleme zu lösen, weil wir gemeinsam aufeinander zugegangen sind und bereit waren, das gemeinsam anzupacken; wir haben Probleme bei Werft und Stahl, wir haben Erfolge bei Hafen und Daimler-Benz; wir haben ein schönes Stadtbild; ich baue auf die bremische Tradition des Miteinander-Füreinander und „Bremen — hier bist du Mensch“.

(D)

(Heiterkeit)

Es gehört also zum Beispiel zu den Mitteilungen an den Leser, daß er ein Mensch sei. Halten Sie das Geld für gut angelegt, das für solche Mitteilung an den Bürger ausgegeben worden ist?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Koschnick:** Ich bin bereit entgegenzunehmen, daß die Freien Demokraten davon ausgehen, daß ich nicht den Bürgern bescheinigen soll, daß sie Menschen sind!

(**Abg. Lahmann (FDP):** Ich gehe davon aus, daß sie das selbst wissen, Herr Bürgermeister! Da haben Sie vollkommen recht, das sollen Sie nicht bescheinigen!)

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Lahmann!

**Abg. Lahmann (FDP):** Ich möchte eigentlich erst einmal die Antwort auf die erste Zusatzfrage haben!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Koschnick:** Ich habe eine Antwort gegeben, Herr Präsident!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Das war die Antwort. Wird eine weitere Zusatzfrage gewünscht? — Bitte, Herr Lahmann!

Abg. **Lahmann (FDP):** Herr Bürgermeister, nehmen Sie mir nach diesen zusätzlichen Informationen, die Sie mir gegeben haben, ab, daß ich den Eindruck habe, daß wirklich der einzige Informationswert dieser Anzeige für den Leser darin bestand, daß er auf dem großen Foto, das von Bürgermeister Koschnick hier veröffentlicht worden ist, nochmals unterstrichen entnehmen konnte, daß Sie offenbar seit einiger Zeit eine neue Brille tragen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Koschnick:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch dies ist eine Wertung, zu der ich nicht Stellung nehmen kann. Aber ich akzeptiere, daß Sie es so werten.

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage Herr Neumann, bitte!

Abg. **Neumann (CDU):** Herr Bürgermeister, ich habe Sie doch richtig verstanden, daß Sie meinten, mit dieser Anzeige solle der Bürger sein Recht bekommen, die Sicht des Senats über die Bilanz des zurückliegenden, möglicherweise des vor uns liegenden Jahres zu erfahren? So etwa haben Sie formuliert. Das ist doch richtig so zu verstehen?

(B) Wenn das richtig ist — ich kann das abkürzen —, möchte ich die nächste Frage stellen: Meinen Sie nicht, daß Sie mit dem Recht, über die Medien, auch über den Rundfunk in einer sogenannten Neujahrsansprache Stellung nehmen zu können, ein Privileg, das sonst keiner von den Politikern hat, nicht dort ausreichend Möglichkeiten haben, auch ohne die Benutzung von Steuergeldern Ihre Bilanz zu ziehen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Koschnick:** Das ist eine Einschätzung der Möglichkeiten und der Wertigkeiten. Ich sage Ihnen nur, wir haben mitten in der Serie von Anzeigen zur Silvesterausgabe zum Neuen Jahr — —.

(Abg. **K a u f f m a n n [CDU]:** Uns einen Scherz erlaubt! — Heiterkeit bei CDU und FDP)

Ich würde sagen, als Scherz wäre es zu teuer! Es war, wie ich meine, eine gelungene Gelegenheit, den Bürgern zu danken für das, was sie gemeinsam an Bremen getan haben. Ich glaube, die Bürgerschaft sollte diesen Dank getrost aufnehmen. Ich habe von allen gesprochen und nicht nur von denen, die der SPD geholfen haben!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Neumann!

Abg. **Neumann (CDU):** Herr Bürgermeister, darf ich fragen, ausgehend von Ihrer Antwort in der Bürgerschaftssitzung im Oktober, in der von uns eine Frage gestellt wurde bezüglich der gesamten Anzeigenserie, Sie die Antwort gegeben haben, es seien insgesamt vom Senat zwei Serien von jeweils elf Anzeigen vorgesehen, in jedem Jahr, 1978 und 1979, ob diese Anzeige in dieser Serie enthalten war?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Koschnick:** Das weiß ich nicht! Ich kann Ihnen nur sagen, daß der Umfang, die Zahl der Anzeigen, wie damals mitgeteilt, nicht verändert wird. Dann ist es natürlich ein Teil der Serie, das ist ganz klar. Aber ich habe nicht im Kopf, was ich damals hier gesagt habe. Ich habe eine Frage zu beantworten, die gestellt worden ist! Aber ganz sicher ist, daß wir nicht mehr Anzeigen aufgeben werden. Das ist richtig!

**Präsident Dr. Klink:** Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte, Herr Neumann!

Abg. **Neumann (CDU):** Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich mit Dankbarkeit diese Antwort, die dann auch Maßgabe für Ihre Verwaltung ist, zur Kenntnis nehme, weil dies bedeutet — weil die laufende Numerierung nicht da war —, daß sich die Zahl der Anzeigen nicht um elf für 1979 erhöhen wird?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Koschnick:** Um elf erhöhen wird? Das begreife ich nicht!

Abg. **Neumann (CDU):** Sie haben angegeben damals, je Jahr seien elf Anzeigen vorgesehen. Die haben Sie numeriert. Diese Anzeige war nicht numeriert. Deswegen meine Frage, ob die einzureihen ist!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Koschnick:** Die ist einzureihen, selbstverständlich!

(Zuruf von der CDU)

Ich weiß nicht, welche Anzeigennummer wir hatten. Fest steht, sie wird eingereicht!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Neumann!

Abg. **Neumann (CDU):** Die letzte war Nummer 12, in der Sie über die Steuerpläne der Bundesregierung — —.

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Koschnick:** Dann werden Sie sehen, daß die Anzeigenserie mit Nummer 21 endet.

**Präsident Dr. Klink:** Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Neumann!

(C)

(D)

(A) **Abg. Neumann (CDU):** Herr Bürgermeister, haben Sie abschließend für die Forderung der CDU Verständnis, daß es sinnvoller wäre, durch die permanente und regelmäßige Präsenz dem Bürger zur Verfügung zu stehen und dies nicht dadurch auszugleichen, daß man mit dem Geld der Steuerzahler Anzeigen veröffentlicht?

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Koschnick:** Ich habe Verständnis dafür, daß Sie so argumentieren, aber ich habe kein Verständnis für die CDU in dieser Frage!

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die dritte Frage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Bürgermeister Koschnick für die erteilten Auskünfte.

Die vierte und letzte Frage, es handelt sich um den **Ausbruch von sechs Insassen der Jugendvollzugsanstalt**, ist von der Fraktion der FDP zurückgezogen worden.

Damit ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

#### Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

(B) Gemäß unserem Beschluß zu Beginn unserer Sitzung kommen wir nun zum Tagesordnungspunkt 17.

#### Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven vom 7. Dezember 1978

(Drucksache 9/949)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 19. Sitzung am 24. Juni 1976 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß mit dem Auftrag eingesetzt, die Vorgänge im Zusammenhang mit der Planung und Errichtung einer Müllbeseitigungsanlage im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Landes zu untersuchen und der Bürgerschaft Bericht zu erstatten.

Der Ausschuß legt unter der Drucksachen-Nummer 9/949 seinen Bericht vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Klein als Berichtserstatter.

**Abg. Klein, Berichtserstatter:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Untersuchungsausschuß Müllbeseitigungsanlage legt Ihnen heute seinen abschließenden Bericht vor. Sie hatten uns am 24. Juni 1976 beauftragt, die Vorgänge im Zusammenhang mit der Planung und Errichtung einer Müllbeseitigungsanlage in Bremer-

haven zu untersuchen. Der Untersuchungsausschuß hat seine Aufgabe erfüllt und ist zu einem einstimmigen Ergebnis gekommen, das Sie im einzelnen aus dem schriftlich erstatteten Bericht entnehmen können. (C)

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

Ich bewerte das Arbeitsergebnis insgesamt als positiv. Nach sorgfältigem Studium der einschlägigen Akten und gründlicher Beweisaufnahme in 15 öffentlichen Sitzungen stellte der Untersuchungsausschuß in zahlreichen nichtöffentlichen Beratungssitzungen einstimmig den ermittelten Sachverhalt des Prüfungsgegenstandes konkret fest und einigte sich auf die Würdigung der Untersuchungsergebnisse.

Die Arbeit war auf Beschluß des Hauses für einhalb Jahre unterbrochen. In dieser Zeit war ein Verfahren vor dem Staatsgerichtshof anhängig, dessen Urteil die verfassungsrechtlichen Bedenken ausräumte, welche der Magistrat in Bremerhaven und die dortige SPD-Stadtverordnetenfraktion gegen die Einsetzung des Untersuchungsausschusses, seinen Untersuchungsauftrag und dessen Vollzug geltend gemacht hatten.

Wegen der Komplexität des Prüfungsgegenstandes und seiner politischen Brisanz waren die Beratungen des Untersuchungsausschusses nicht frei von Spannungen und Konflikten. Sowohl bei der Feststellung des Sachverhalts als auch bei der Verabschiedung seiner Bewertung mußten Konflikte ausgetragen werden. Dies geschah jedoch fair und in sachgerechten Dialogen mit einem vertretbaren Ergebnis. (D)

Lassen Sie mich einige Schwierigkeiten unserer Arbeit herausgreifen, meine Damen und Herren!

Die im September 1976 gegen die Einsetzung des Untersuchungsausschusses und seine Arbeit vom Bremerhavener Magistrat öffentlich geltend gemachten verfassungsrechtlichen Bedenken führten zu einer harten Belastungsprobe, zumal sie auf ein Rechtsgutachten gestützt wurden, das politische Kräfte in Bremerhaven offenbar als verbindlich betrachteten.

Die Bremische Bürgerschaft stellte sich jedoch vor ihren Untersuchungsausschuß und seine Arbeit. Ihr Vorstand gab ein Rechtsgutachten in Auftrag, dessen Ergebnisse vom Staatsgerichtshof gebilligt wurden. Diese Entscheidung hatte eine entspannende Wirkung. Das wirkte sich sowohl auf die Arbeit im Untersuchungsausschuß als auch auf die Bereitschaft des Magistrats günstig aus, die im Jahr 1978 gestellten Beweisfragen gründlich und umfassend zu beantworten.

Im Untersuchungsausschuß bestehen nach wie vor unterschiedliche Auffassungen zu der Frage, ob für Herrn Lenz ein rechtliches Mitwirkungsverbot nach Paragraph 11 der Bremerhavener Stadtverfassung begründet war.

(A) Während die CDU- und FDP-Mitglieder im Untersuchungsausschuß ein solches Verbot bejahen, weil Herr Lenz im Rahmen einer zentralen Personalverwaltung einen Dienstvertrag mit der Muttergesellschaft der zur Unternehmensgruppe Neue Heimat gehörenden Gesellschaften hatte, verneinen dagegen die SPD-Mitglieder des Untersuchungsausschusses ein solches Mitwirkungsverbot, weil die Muttergesellschaft formal getrennt sei in eine Holding für den gemeinnützigen und in eine Holding für den gewerblichen Teil der Unternehmensgruppe Neue Heimat, obgleich für die Vorstände dieser „gespaltenen“ Muttergesellschaft Personenidentität bestehe.

Diese rechtliche Kontroverse findet aber ihren Ausgleich durch die Einigung, Herr Lenz hätte zum Zweck der Vermeidung des Anscheins einer Interessenkollision an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse nicht teilnehmen sollen, in denen die Interessen der Neuen Heimat Kommunal behandelt wurden.

Meine Damen und Herren, nur in einem — allerdings wichtigen — Punkt verbleibt zwischen den SPD-Kollegen einerseits und den CDU- und FDP-Kollegen des Untersuchungsausschusses andererseits ein Gegensatz, der nicht ausgeglichen werden konnte. Es handelt sich dabei um die von der CDU geforderte Vernehmung von Bürgermeister Koschnick.

(B) Bereits in seiner Beratungssitzung vom 14. Juli 1976 war der Untersuchungsausschuß einstimmig übereingekommen, Herrn Bürgermeister Koschnick vorsorglich als weiteren Zeugen vorzumerken. In den Beratungssitzungen am 22. 6. 1978 und am 7. 12. 1978 stellten die CDU-Mitglieder des Untersuchungsausschusses den Beweisantrag, Bürgermeister Koschnick zu der Frage zu vernehmen, warum die Kommunalaufsicht nicht hinreichend ausgeübt worden ist, obgleich Bürgermeister Koschnick von der Notwendigkeit der Ausübung rechtzeitig informiert war. Beide Anträge sind mit vier gegen drei Stimmen abgelehnt worden, und zwar SPD dagegen, CDU und FDP dafür.

Bei einer Gesamtabwägung, meine Damen und Herren, erschien es den CDU-Mitgliedern des Untersuchungsausschusses jedoch nicht geboten, wegen dieser Kontroverse die Einmütigkeit der Tatbestandsfeststellung und der Beweiswürdigung im Abschlußbericht in Frage zu stellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß der Untersuchungsausschuß nach Artikel 105 Absatz 6 unserer Landesverfassung bei seinen Ermittlungen die Strafprozeßordnung angewandt hat, die ein Minderheitenrecht bei der Beweiserhebung nicht vorsieht. Wegen der Eigenart parlamentarischer Untersuchungsausschüsse ist ein solches Minderheitenrecht vielmehr grundsätzlich enthalten in dem Modellentwurf der Konferenz der deutschen Länderparlamente und dem Entwurf der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft von 1969.

(C) Hätte die Bremische Bürgerschaft — also dieses Haus — ihren auf Empfehlung des Untersuchungsausschusses Baulandskandal gefaßten Beschluß vollzogen, ein Verfahrensgesetz für parlamentarische Untersuchungsausschüsse zu verabschieden, so hätte sie Gelegenheit gehabt, ein solches Minderheitenrecht zu berücksichtigen.

Mit Schreiben des Präsidenten des Senats vom 2. 8. 1976 nahm der Senat nach Artikel 98 Absatz 3 der Landesverfassung das Recht in Anspruch, an den nichtöffentlichen Beratungssitzungen des Untersuchungsausschusses teilzunehmen. Der Ausschuß vertrat in seiner Beratungssitzung vom 2. 8. 1976 einhellig die Auffassung, keinen Vertreter des Senats an den nichtöffentlichen Sitzungen des Ausschusses zu beteiligen.

In einer Besprechung des Präsidenten des Senats mit dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses und seinen beiden Stellvertretern wurde zur Kenntnis gegeben, daß der Senat auf seinem Rechtsstandpunkt beharre, daß, solange die Landesverfassung nicht geändert sei, er zu allen Sitzungen des Untersuchungsausschusses Zutritt habe und daß er — der Senat — darüber entscheiden könne, welche Sitzungen des Untersuchungsausschusses er besuche. Daraufhin beschloß der Untersuchungsausschuß am 5. 8. 1976 folgende Erklärung:

„Der Untersuchungsausschuß hat die Frage, ob der Senat an den Beratungssitzungen des Ausschusses teilnehmen kann, nicht abschließend behandelt. Der Untersuchungsausschuß bittet den Senat, von dem von ihm beanspruchten Recht nach Artikel 98 Absatz 3 der Landesverfassung keinen Gebrauch zu machen. Der Untersuchungsausschuß wird dem Parlament vorschlagen, eine rechtliche Klärung dieser Frage eventuell durch eine Verfassungsänderung herbeizuführen.“ (D)

Gleichwohl entsandte der Senat einen Vertreter zu den Beratungssitzungen. Dieser beschränkte sich jedoch auf die bloße Beobachtung.

Meine Damen und Herren, aus den Ergebnissen der Beweiswürdigung möchte ich folgende Schwerpunkte herausgreifen:

Erstens: Der Sondervergabeausschuß bestimmte die Kapazität und wesentliche Bestandteile der MBA. Er vergab nämlich nicht nur die Verfahrenskette, nämlich drei Kessel à zehn Tonnen je Stunde, sondern auch die Erdarbeiten, die Rauchgaswaschanlage, die Luftkondensatorenanlage, die Turbogeneratorenanlage, die Hebezeuge, die Baustromversorgung, die Bauringstraße, den Rohbau und schließlich die zweite Turbogeneratorenanlage. Die Aufträge wurden sodann von der Neuen Heimat Kommunal „im Namen eines noch zu benennenden Bauherrn“ erteilt. Dem Sondervergabeausschuß fehlte jedoch die satzungsrechtliche Zuständigkeit, denn für ihn kommt weder die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung noch die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung als Rechtsgrundlage in Betracht.

(A) Zweitens: Die Überkapazität der MBA ergibt sich aus der Fehlberechnung des eigenen Bremerhavener Müllaufkommens und der Tatsache, daß die Erwartungen bezüglich des Umlandmüllaufkommens nicht substantiiert waren.

Drittens: Sollte sich die Müllmenge in absehbarer Zeit nicht beträchtlich erhöhen lassen, wird Bremerhaven in Kürze zusätzliche Mittel für die MBA aufzubringen haben. Die Stadtgemeinde wird prüfen müssen, ob sie dazu die Müllgebühren erhöht und/oder Haushaltsmittel zur Verfügung stellt, um bisher entstandene und marktüblich zu verzinsende Forderungen der MBA-Gesellschaft gegen die Stadtgemeinde Bremerhaven zu tilgen und/oder durch Erhöhung der Abschlagzahlung von 50 DM je verbrannter Tonne Mülls das Ansteigen der Gesellschaftsforderungen zu mindern. Im Wirtschaftsplan 1978 sind bereits die Kassenkredite der MBA-Gesellschaft als Forderung gegen die Stadtgemeinde Bremerhaven mit acht Millionen DM auflaufend bis zum Jahresende geschätzt worden.

Viertens: Spätestens nach der Unterrichtung im Januar 1974 hätte das Land die Stadtgemeinde Bremerhaven auf die Landeskompetenz zur überörtlichen, länderübergreifenden Abstimmung betreffend Abfallbeseitigung hinweisen und sie ausüben müssen. Dafür wäre nach der Geschäftsverteilung des Senats der Senator für das Bauwesen zuständig gewesen, der sicherlich nachher noch zu uns kommen wird.

(B) Fünftens: Die Vereinbarung zwischen Niedersachsen und Bremen, daß „zusätzliche Kapazität für den Anschluß niedersächsischer Randgebiete an die Müllverbrennungsanlage vorgehalten werden kann“, wäre befriedigend gewesen, wenn hinsichtlich der Mülllieferung Niedersachsens und des künftigen Abnahmepreises eine verbindliche Einigung erzielt worden wäre. Eine solche Lösung war jedoch offensichtlich wegen des fortgeschrittenen Planungs- und Durchführungsstandes, nämlich Auftragserteilung und Baubeginn, nicht mehr erreichbar.

Sechstens: Rechtsverstöße bei der Planung der MBA sind vom Untersuchungsausschuß nicht festgestellt worden. Die Prüfung ergab jedoch den bauaufsichtsrechtlichen Mangel, daß die Baugenehmigung erst am 22. 12. 1976 erteilt wurde. Mithin hätte der Baubeginn, nämlich Beginn der Rohbauarbeiten, am 3. 3. 1975 nicht erfolgen dürfen. Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß keine der jeweils zuständigen Behörden eingeschritten ist.

Siebtens: Der Untersuchungsausschuß weist darauf hin, daß seine Ermittlungen Mängel in der Ausübung der Kommunalaufsicht ergeben haben. Insbesondere sahen sich Landesbehörden aufgrund der von Bremerhaven übersandten Protokolle des Magistrats nicht gehalten, unverzüglich von dem Informationsrecht des Senats Gebrauch zu machen, um sich im einzelnen über die Bremerhavener Planungen näher unterrichten zu lassen. Es hätte die finanzwirtschaftliche Aufsicht gewährleistet und die

planungsrechtliche Zuständigkeit des Landes in Fragen der Abfallbeseitigung gesichert werden müssen. Der Untersuchungsausschuß empfiehlt dem Senat, für eine schnellere und wirkungsvollere Wahrnehmung der kommunalaufsichtsrechtlichen Befugnisse Sorge zu tragen.

Meine Damen und Herren, nach Fertigstellung dieses Berichts hat die MBA-Gesellschaft am 29. 12. 1978 einen Vertrag über die Beseitigung des im Altkreisgebiet Wesermünde anfallenden Mülls in der MBA Bremerhaven abgeschlossen, der am 1. 1. 1979 in Kraft getreten ist. Die Vertragsdauer beträgt 15 Jahre. Vertragsverlängerungen von jeweils fünf Jahren sind vorgesehen. Es wird damit gerechnet, daß rund 21 000 Tonnen im Jahr geliefert werden können. Als Verbrennungspreis sind 10,60 DM je Tonne vorgesehen.

Falls die erwartete Vertragsmenge anfällt, kann eine der drei Verbrennungseinheiten der MBA im Dauerbetrieb gefahren werden. Bei der MBA müssen nämlich 87 600 Tonnen zur Verbrennung angeliefert werden, um die Mindestdurchsatzmenge für den Dauerbetrieb einer Verbrennungseinheit von dreien zu erreichen. Das jährliche Müllaufkommen Bremerhavens beträgt jedoch nur rund 65 000 Tonnen.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich den Mitarbeitern der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft für ihre Hilfe bei der Arbeit des Untersuchungsausschusses herzlich danken.

(Beifall)

Unser Dank gilt im besonderen dem Ausschußassistenten, Herrn Senatsrat Dr. Wilken, dessen Mitarbeit vor allem bei der Erstellung des Sachberichts hervorzuheben ist.

(Erneuter Beifall)

Die vorgelegte Arbeit dürfte ein erneuter Beweis dafür sein, daß parlamentarische Untersuchungsausschüsse nicht an politischen Gegensätzen scheitern müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Ehlers:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht des Untersuchungsausschusses und der Zeitablauf seit der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses haben für alle Beteiligten zu einem Lernprozeß geführt, für das Land und die beiden Städte, für Legislative und Exekutive.

Darüber hinaus hat selbst der Staatsgerichtshof einen wesentlichen Beitrag zu den Grundlagen des Berichts geliefert. Was den Bericht betrifft, so scheint er der Bedeutung der Geschehnisse angemessen, auch wenn Sie bitte verstehen wollen, daß der Senat den Bericht und die in ihm enthaltene

(C)

(D)



(A) Würdigung nicht in jedem Fall teilt. Der Abgrund, der durch einen vermeintlichen Skandal geöffnet werden sollte, hat sich nicht aufgetan.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht lag das diesmal nicht so sehr daran, daß der Ausschuß in einem Wahljahr initiiert wurde — und das haben Untersuchungsausschüsse in Bremen so an sich —, sondern daran, daß bei aller Feststellung von Fehlbeurteilungen im Einzelfall das dahinterstehende und von einigen erhoffte Komplott nicht stattgefunden hat. Die anfangs dringenden Fragen einiger Ausschußmitglieder nach möglicher persönlicher Bereicherung und Bestechung nimmt der Bericht nicht auf. Es scheint sich auch hier ergeben zu haben, daß die Hektik von Wahlkampfargumenten und der leider sich immer mehr durchsetzende Stil persönlicher Diffamierung ihren Reiz in der kühlen Atmosphäre der Nachwahlzeit verloren haben.

Der Bericht hat nichts mehr von der Vehemenz der vor zweieinhalb Jahren von den Oppositionsparteien geführten Angriffe. Das kann schlechterdings nicht gegen den Willen der von CDU und FDP gestellten Ausschußmitglieder geschehen sein, denn der Bericht ist einstimmig geschlossen worden. Gerade wegen der Einstimmigkeit sind aber alle Beteiligten sehr gehalten, den Bericht ernst zu nehmen, ernster zu nehmen als das Getöse bei und vor der Einsetzung des Untersuchungsausschusses.

(B) Auch wenn der Senat Betroffener des Berichtsgegenstands ist, möchte er doch seine Genugtuung aussprechen, daß es zu einem Bericht gekommen ist, der im Ergebnis von allen drei Parteien getragen wurde und so der immer stärker feststellbaren Tendenz entgegenwirkt, daß Untersuchungsausschüsse nur die Fortsetzung politischer Kontroversen an einem anderen Ort darstellen.

Zunächst ist festzustellen, daß von keiner Seite bezweifelt wurde, daß Bremerhaven sich in der Situation befand, die eine Entscheidung auf dem Abfallsektor dringend notwendig machte, wie die Entsorgung und damit ein Teil der Daseinsvorsorge in naher Zukunft aussehen sollte. Es ist dann festzustellen, daß sich für Bremerhaven keine brauchbare Alternative zur Müllverbrennung anbot und bis heute auch nirgendwo angeboten hat. Ohne den Bau einer Müllbeseitigungsanlage wären wir in Bremerhaven vor dem Zusammenbruch der Entsorgung, mit allen Konsequenzen, möglicherweise auch der eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit einem anderen Auftrag.

Der Senat ist in dem Bericht zentral dadurch angesprochen, daß das Land die Kommunalaufsicht gegenüber der Stadtgemeinde Bremerhaven nicht hinreichend ausgeübt habe. Der Untersuchungsausschuß ist jedoch der vom Senat in seiner gutachtlichen Stellungnahme vom 15. Juli 1976 vertretenen Auffassung beigetreten, daß bei der Aufsicht über die Stadtgemeinde Bremerhaven eine behutsame

Handhabung geboten ist. Dieses Einvernehmen wird vom Senat ausdrücklich begrüßt. (C)

Die Freie Hansestadt Bremen mit ihren beiden Städten Bremen und Bremerhaven ist in ihrem Selbstverständnis niemals der kleinste, aus zwei kreisfreien Städten bestehende Flächenstaat mit zwei getrennten Territorien gewesen, in der eine Ministerialbürokratie die Kommunalaufsicht führt. Wir haben nun einmal die Situation, daß sich die Stadt Bremen in einer von der Verfassung eröffneten Verflechtungsmöglichkeit auf allen Bereichen des Parlaments, des Senats und der Verwaltung mit dem Land befindet, während auf der anderen Seite Bremerhaven als selbständige und eigenverantwortliche Gemeinde keine gleichartige Verflechtung mit den Landesinstitutionen kennt.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Aus der Tatsache, daß die Aufgaben des Landes und der Stadt Bremen von weitgehend denselben Personen erfüllt werden, kann keine besondere rechtliche Nähe der Stadt Bremen und damit kein Status erster Klasse der Stadt Bremen gegenüber dem Land gefolgert werden und schon gar nicht ein solcher zweiter Klasse für die Stadtgemeinde Bremerhaven.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat wird deshalb behutsamer im Umgang mit Bremerhaven als Herr Abgeordneter Neumann sein, der anlässlich der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses am 20. Mai 1976 sagte: „Hat nicht unser Parlament ein Recht, wenn aus diesem Topf“ — gemeint waren die Sonderzuweisungen — „Geld nach Bremerhaven kommt, sich um die Dinge, das heißt um die Bremerhavener Dinge, genauso zu kümmern wie um die aus Blumenthal, Lehe oder anderen Stadtteilen?“ Ich nehme an, es war Leher Feld gemeint. (D)

Ich kann nur darauf verweisen, daß dies nie die Auffassung des Senats gewesen ist, gleich ob er von der SPD allein oder von SPD und FDP oder in Zeiten der großen Koalition von SPD, FDP und CDU getragen wurde, nie war das unsere Haltung. Dies wird auch künftig nicht die Haltung eines Senats sein, der maßgeblich von sozialdemokratischer Kommunalpolitik geprägt ist.

(Beifall bei der SPD)

Das Land Freie Hansestadt Bremen ist 1947 nicht aus dem Selbstverständnis unserer traditionsreichen Stadt Bremen vorgegeben gewesen, sondern die wiedereingegangene Verbindung zu Bremerhaven hat ein wesentliches Argument zu seiner heutigen Existenz erbracht. Dieses Land besteht also aus zwei gleichrangigen Städten, und das bestimmt unser Verständnis zueinander, und das setzt für alle zusammen ein verständnisvolles und kooperatives Verhältnis voraus. Im anderen Fall stellt sich unser Zweistädtestaat selbst in Frage.

(A) Dieses Grundverständnis rechtfertigt natürlich keinesfalls die Vernachlässigung von Pflichten, die dem Land gegenüber den beiden Kommunen obliegen. Land und Städte haben das einzuhalten, was Verfassung und Gesetz vorschreiben. Nur darf die Praxis nicht so aussehen, daß Kommunalaufsicht zur diskriminierenden Sonderbehandlung Bremerhavens wird. Jedes Überziehen der Praxis ins Prinzipielle würde dem Land und den beiden Städten einen sehr schlechten Dienst erweisen.

Der Ausschuß weist in seinem Bericht darauf hin, daß der Senat nur in unzureichendem Maß von seinem Informationsrecht gegenüber Bremerhaven Gebrauch gemacht habe, daß der Senat die planungsrechtliche Zuständigkeit des Landes nicht rechtzeitig gesichert habe, daß der Senat die finanzwirtschaftliche Aufsicht nicht gewährleistet habe und daß auch die gegenseitige Unterrichtung der Ressorts unzureichend gewesen sei.

Der Senat will die Berechtigung einzelner Feststellungen nicht in Abrede stellen. Die seinerseitige, wenngleich mehr als zwanzigjährige Übung des Senats, sich über Entwicklungen in Bremerhaven zu unterrichten, entsprach nicht optimalen Vorstellungen. Sie beschränkte sich auf den routinemäßigen Informationsaustausch durch Übersendung und Auswertung der Magistratsprotokolle. Da diese nur mit größeren zeitlichen Verzögerungen erfolgte und die die Magistratssitzungen vorbereitenden Sachvorlagen nicht beigefügt waren, war deshalb eine zeitnahe und umfassende Information nicht in jedem Fall gesichert.

(B) Der Senat kann allerdings der Feststellung des Untersuchungsausschusses nicht folgen, er hätte es versäumt, die planungsrechtliche Zuständigkeit des Landes in der Abfallbeseitigung zu sichern. Wenn der Untersuchungsausschuß sagt, daß der Senat mit dem Erlaß des Ausführungsgesetzes zum Abfallbeseitigungsgesetz vom Januar 1975 und dem ihm folgenden Teilabfallbeseitigungsplan vom 27. August 1975 die Landeskompentenz zu spät ausgefüllt habe, ist dieser Schluß nicht zwingend. Der Teilabfallbeseitigungsplan für Bremerhaven war vielmehr einer der ersten Abfallbeseitigungspläne, die aufgrund der neuen Abfallgesetzgebung von einem Bundesland aufgestellt und für verbindlich erklärt wurden. Früheren Datums sind hier nur ein Abfallbeseitigungsplan für das Saarland und ein Teilplan für den Bereich Koblenz. Es sei nur darauf verwiesen, daß andere Bundesländer heute noch über keine Abfallbeseitigungspläne verfügen, und zwar ganz gleich, ob sie von CSU, CDU oder SPD regiert werden, einschließlich FDP natürlich.

Wenn der Ausschuß feststellt, daß Bremerhaven irrtümlich Landeskompentenzen auszufüllen glaubte, muß gesagt werden, daß Bremerhaven objektiv Landeskompentenzen nicht verletzt hat. Es ist etwas anderes, wenn sich Bremerhaven im Grunde um etwas Selbstverständliches kümmert, nämlich um die Frage, ob die umliegenden Landkreise und Städte ihren Müll nach Bremerhaven schicken wer-

den. Wir sind immer davon ausgegangen, daß Bremen und Bremerhaven als Oberzentren eine besondere Funktion für das Umland haben und daß solche Funktionen eine besondere Kooperation mit dem Umland gebieten, auch wenn eine Landesgrenze dazwischen liegt.

Die Frage, ob Bremerhaven in Sachen Müllbeseitigung, wenn überhaupt, noch über den Tag hinaus hätte denken dürfen oder aber bis zum Erlaß eines Abfallbeseitigungsplans mit allem hätte warten müssen, wurde im Gesetz selbst nicht beantwortet. Der Bundesgesetzgeber entschloß sich 1976 ebenfalls zu einer pragmatischen Regelung.

In dieser Zeit haben aber anderswo in der Bundesrepublik neue Vorhaben angestanden, so auch in Bremerhaven. Bis auf das Saarland, Bremen und später Schleswig-Holstein hatte kein Land einen Hausabfallbeseitigungsplan für den normalen Hausmüll. Das gilt bis heute noch. Überall mußten pragmatische Lösungen gefunden werden und wurden es auch.

Diese Umstellungszeit war alles andere als geeignet, mit dem Hinweis auf eine soeben erworbene Landeskompentenz in einer bis dahin im Land Bremen klassischen Gemeindeaufgabe tabula rasa zu machen und gegenüber den Bremerhavenern in der auch weiterhin im kommunalen Bereich zu erledigenden Müllbeseitigung den landesherrlichen Oktroi herauszukehren.

Der Untersuchungsausschuß stellt fest, daß der Baubeginn mit dem 3. März 1975 nicht hätte erfolgen dürfen, da der Planfeststellungsbeschuß nach Paragraph 7 des Abfallbeseitigungsgesetzes, also die Baugenehmigung, erst am 22. Dezember 1976 erlassen wurde, und daß die zuständigen Behörden nicht eingeschritten seien. Das ist richtig, was Baugenehmigung und Verwaltungshandeln oder Nichthandeln der zuständigen Behörden anbelangt.

Ein Antrag auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens lag seit dem 13. Mai 1974 vor. Später wurde der Antrag gestellt, mit dem Bodenaushub und dem Bodenaustausch beginnen zu dürfen. Noch später wurde die damals zuständige Verwaltungspolizei Bremerhaven gebeten, mit dem vorzeitigen Beginn der Rohbauarbeiten einverstanden zu sein. In beiden Fällen wurde geantwortet, daß solche Arbeiten auf eigenes Risiko erfolgen würden.

Es lagen den zuständigen Baubehörden zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits Unterlagen vor, die erkennbar machten, daß die beabsichtigten Arbeiten genehmigungsfähig seien. Es ist jedoch festzustellen, daß die Behörden nach dem Abfallbeseitigungsgesetz keine Möglichkeit hatten, wie bei vergleichbaren Genehmigungsverfahren zum Beispiel nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz oder dem Atomgesetz Teilgenehmigungen oder Planfeststellungsbeschlüsse über Teile der Anlagen herbeizuführen.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß zwischen den Erbauern und den Behörden ein enger Kontakt bestand und daß der Bau sich strikt nach

(C)

(D)

(A) den Vorstellungen und den verlangten Maßnahmen der Behörden richtete, wie zum Beispiel der Einbau einer sogenannten Rauchgaswäsche. Daß drei Tage vor dem Beginn des Rohbaus der Anlage sich eine im Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erfolgte Zuständigkeitsverlagerung von der Verwaltungspolizei in Bremerhaven auf das Gewerbeaufsichtsamt in Bremerhaven ergab, erleichterte die Probleme nicht.

Die Duldung des Baus kommt auch aus heutiger Sicht der Sache näher als etwa eine Abrißverfügung, da sich zu keiner Zeit eine Entwicklung anbahnte, und erst recht nicht seit dem Erlass des Teilabfallbeseitigungsplans vom 27. August 1975, wonach die Anlage als solche nicht genehmigungsfähig sein würde. Es ist allerdings zuzugeben, daß im Lauf des Jahres 1974 das Gespräch mit Bremerhaven stärker hätte gesucht werden müssen, um Schwierigkeiten zu vermeiden, die später eingetreten sind. Hier steht natürlich im Mittelpunkt die Frage der Kapazität der Anlage mit ihren beiden Komponenten des Müllaufkommens der Stadt und eventueller Mülllieferungen des Umlands.

Was Bremerhaven selbst anbelangt, so hat man sich verrechnet. Man hat eine zulässige, aber mit Unsicherheiten behaftete Methode bei der Errechnung gewählt und ist zu einem falschen Ergebnis gekommen. Ich unterstelle hier, daß der zuständige städtische Amtsleiter, Herr Berghaus, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat. Ich stehe zu Herrn Berghaus wie zu allen anderen Beschäftigten auch. Im übrigen sind gerade im Umweltschutz bisher Vorhaben und Schutzmaßnahmen in der Regel anfangs zu gering ausgelegt worden. Daß hier nun eine Anlage zu groß — zu groß für Bremerhavener Belange — geriet, ist schon etwas bittere Ironie.

(B) Wenn ich von dem Konzept abschweifen darf, möchte ich hier gern zwei Sätze sagen. Wir haben mit großer Schwierigkeit gemeinsam im Abgeordnetenhaus der Stadt Berlin eine Abfallbeseitigungsaufnahme Westberliner Mülls in der DDR erreicht. Im Augenblick sitzen die Fraktionen vor dem Problem, einen Vertrag geschlossen zu haben, nach dem wir mehr Müll liefern müßten, als Berlin im Augenblick produziert. Diese Frage, Müll richtig berechnen zu können, scheint besonders schwierig zu sein.

Was die Konzeption der Anlage anbelangt, erinnere ich an das Schicksal der Stadthalle. Sie war von den Kritikern ursprünglich für das kleine Bremen viel zu groß beschrieben worden. Heute spricht kein Mensch mehr davon, sondern es wird über einen Ausbau und eine Erweiterung des gesamten Komplexes nachgedacht.

(Beifall bei der SPD)

Ähnliches kann ich für die erste Gaserzeugungsanlage der Stadtwerke Bremen AG in der Wiederaufbauphase nach 1945 sagen. Schon bei der Inbetriebnahme war sie damals zu klein ausgelegt. Dies war übrigens auch der Anlaß, warum Herr Bürgermeister Kaisen sich sehr kritisch zu der Frage zu

klein oder zu groß äußerte und sagte, lieber etwas zu groß als zu klein. (C)

Bei der gegebenen Sachlage ist wohl von allen Seiten zu begrüßen, daß seit Ende November 1978 der südliche Teil des Landkreises Cuxhaven, also der Altkreis Wesermünde, seinen Müll zur Verbrennung nach Bremerhaven ankiefert. Es scheint so zu sein, daß es sich um genau die Menge handelt, die die Müllverbrennungsanlage braucht, um durchgeführt werden zu können und nicht noch zur Unterhaltung des Brennbetriebs an Wochenenden mit Heizöl befeuert werden zu müssen. Ich bin sicher, daß ein solcher Vertrag zu einem früheren Zeitpunkt etwas zur Entspannung der Angelegenheit beigetragen hätte. Die Hoffnung der Bremerhavener, daß auch weitere Akquisitionsbemühungen zum Erfolg führen, sollte schon aus gemeinsamem Interesse von keinem von uns als illusorisch zerredet werden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der vom Ausschuß bestellte Gutachter sagt, daß die Berechnung des eigenen Müllzuwachses in Bremerhaven zum damaligen Zeitpunkt nicht zwingend war, daß eine Rechnung mit einem Gewichtszuwachs des Mülls von drei Prozent angebracht gewesen wäre, so ist das aus heutiger Sicht richtig.

Hinzuzufügen ist jedoch, daß man bei den etwa parallel gebauten Müllverbrennungsanlagen in Kiel und Wuppertal, daß man beim etwa gleichzeitig geplanten Bau eines vierten Kessels der Müllverbrennungsanlage in Bremen — der nebenbei auch ohne Erstellung eines Abfallbeseitigungsplans vor sich ging — die Zuwachsraten auf sieben bis acht Prozent schätzte. Das war genausowenig zwingend wie die Rechnung in Bremerhaven. Das war genauso wenig zwingend wie die Prognosen über das zukünftige Wirtschaftswachstum, wie die Prognosen über den Energieverbrauch, denn es konnte nicht zwingend sein, daß die stürmische Wachstumsphase der ganzen westlichen Welt durch eine langdauernde weltwirtschaftliche Rezession abgelöst wurde. Die Bremerhavener Prognose war genauso falsch wie alle anderen Prognosen auch und liegt vom heutigen Standpunkt mit demselben Koeffizienten daneben wie alle übrigen Prognosen auch. (D)

Was im Raum stehenbleibt, ist, daß die Bremerhavener ihre nicht ganz unberechtigten Hoffnungen auf Mülllieferungen des Umlands — siehe Wesermünde — zum damaligen Zeitpunkt nicht genügend festgeklopft haben. Das ist ein Fakt, der so lange vorgehalten wird, wie die Anlage nicht einigermaßen voll ausgelastet ist, deren Dimensionierung im umgekehrten Verhältnis zum Auslastungsgrad der Anlage steht.

Daß aber eine Müllverbrennung in Bremerhaven immer teurer sein muß als in Bremen, ist gleichfalls zu bedenken, denn die erheblich größere Anlage in Bremen muß aus Gemeinkostengründen günstiger arbeiten können als die in Bremerhaven. Es hilft auch nicht weiter, die vorgestellten Anfangskosten

(A) in Bremerhaven mit den tatsächlichen Endkosten zu vergleichen, zumal neben der eigentlichen Müllverbrennungsanlage Zusatzeinrichtungen hinzugekommen sind, die allesamt plausibel sind.

Vielleicht würde man heute keine zusätzlichen Stromanlagen bauen, obwohl ich da nach den Erfahrungen dieses Winters gar nicht so sicher bin. Als die Entscheidung jedoch fiel, saßen wir alle mitten in der Erdölkrise, da hatten wir Erfahrungen mit autofreien Sonntagen, und der Schritt zur alternativen Energieerzeugung war damals der nächstliegende Punkt.

(Beifall bei der SPD)

In derselben Richtung liegt die Fernwärmeerzeugung. Daß die Bremerhavener zur Umweltverträglichkeit der Anlage solche Vorkehrungen einbauten, ohne die heute kein Neubau einer Müllverbrennungsanlage im Bund mehr genehmigt werden würde, kann ihnen wohl auch nicht zum Nachteil gereichen. Daß die Bremer Müllverbrennungsanlage bis heute keine Vorrichtung zur Rauchgaswäsche hat, ist zwar kostensparend, aber vom Standpunkt eines vorbildlichen Umweltschutzes kein Ruhmesblatt.

Was bleibt, ist auch angesichts der optimistischen Meldungen Bremerhavens über einen Anschluß des Umlands die Tatsache, daß das Land stärker die Information und das Gespräch mit Bremerhaven hätte suchen müssen, um dabei seine eigenen Vorstellungen in den Planungsprozeß einzugeben. Es handelte sich nicht darum, daß man hier einen vermeintlichen Gordischen Knoten mit der Aufhebung eines Stadtverordnetenbeschlusses zerschlug und den Bremerhavenern die Fetzen um die Ohren schlagen konnte, sondern um das Zusammensetzen am runden Tisch, um zu Ergebnissen zu kommen, die möglicherweise geringerer Kritik ausgesetzt gewesen wären.

(B) Der Senat ist wie der Untersuchungsausschuß der Auffassung, daß sich aus den Umständen, unter denen die Müllbeseitigungsanlage geplant und errichtet wurde, das Erfordernis einer Prüfung aus finanzwirtschaftlicher und haushaltsrechtlicher Sicht ergab. Nur gilt auch durch Artikel 147 der Landesverfassung, daß diese Prüfungen ebenfalls auf eine Rechtsprüfung beschränkt sind und daß Bremerhavener Entscheidungen nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen durch das Land ersetzt werden können.

Ob bestimmte haushaltsrechtliche Grundsätze, wie sie beispielsweise durch die Paragraphen 7 und 65 der Landeshaushaltsordnung aufgestellt sind, in diese Prüfungen einbezogen werden mußten, war zwischen dem Senat und Bremerhaven umstritten. Bremerhaven sah hier einen Eingriff in das Recht auf eigenständige Entscheidungen in seinen kommunalpolitischen Angelegenheiten. Der Senat konnte sich damals nicht auf eine einhellige Rechtsauffassung stützen. Insofern hat für alle Beteiligten die Entscheidung des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 13. März 1978 erstmals eine wichtige Auslegung vorgenommen.

(C) Zu der vom Staatsgerichtshof im weiteren geboten erachteten Nutzen-Kosten-Untersuchung ist zu erklären, daß derartige Untersuchungen zum Zeitpunkt der Vergabe der Anlage im Mai 1974 wie auch noch danach für alle Beteiligten neuartig waren und von den hier verpflichteten Gemeinden nur schwerlich geleistet werden konnten. Das soll jedoch nicht bedeuten, daß an der vom Gesetzgeber 1972, also zwei Jahre vorher, eingeführten Pflicht aufgrund mangelnder Erfahrung vorbeigegangen werden durfte. Zu bedenken ist aber, daß sich dieses für die unternehmerische Entscheidung postulierte Hilfsmittel noch voll in seiner wissenschaftlichen Entwicklung befand.

Das griffige Schlagwort der Nutzen-Kosten-Untersuchung verdeckt hier leicht die Schwierigkeiten, die dabei auftreten, wenn man eine solche Nutzen-Kosten-Untersuchung durchzuführen hat. Der Optimismus, mit dem Nutzen-Kosten-Untersuchungen in das Haushaltsgrundsatzgesetz des Bundes zu Zeiten der großen Koalition und danach folgend in die Haushaltsgesetze der Länder aufgenommen wurden, hat sich nicht erfüllt, weder im Bund noch in den Ländern, noch in den Gemeinden. Die Nutzen-Kosten-Untersuchung ist auch heute noch nicht der Stein der Weisen, womit politische Entscheidungen gleichsam programmiert werden können. Auch jetzt werden solche Untersuchungen üblicherweise lediglich bei Verkehrsbauten wie Straßen und Kanälen angewandt, wo eben vergleichbare Alternativen der Gegenstand der Berechnungen sind.

(D) Nun ist im Lauf des Verfahrens die Frage aufgeworfen worden, ob sich die Müllbeseitigungsanlage in Bremerhaven jemals lohnen werde oder ob sie sich nicht immer mehr zu einem gewaltigen Schuldenberg entwickle. Hierin verbirgt sich der Vorwurf, daß ein so mit dem Makel der Unwirtschaftlichkeit versehenes Unternehmen zu keinem Zeitpunkt hätte gebaut oder genehmigt werden dürfen.

Der Bericht des Untersuchungsausschusses gibt einen geschätzten Bedarf an Kassenkrediten von acht Millionen DM bei der für die Betreuung der Müllbeseitigungsanlage gegründeten Gesellschaft bis 1978 an. Es läßt sich nicht bestreiten, daß sich dieser Bedarf auch noch nach dem Anschluß des Altkreises Wesermünde um jährlich zirka acht bis zehn Millionen DM in den nächsten Jahren wiederholen wird. Dieser Bedarf ist von Bremerhaven zu decken. Das wird von Bremerhaven auch so gesehen. Dieser Betrag wird sich verringern, wenn weitere Anlieferungen für die Müllbeseitigungsanlage gesichert werden.

Niemand soll jedoch glauben, daß die Müllbeseitigung in Bremerhaven mit einem ausgeglichenen Ergebnis zustande gekommen wäre, wenn alle Fehleinschätzungen vermieden worden wären, wenn die Müllmengen in Bremerhaven richtig berechnet worden wären, wenn der Zuwachs der Müllmenge richtig prognostiziert worden wäre, wenn kleinere Ofen — also dreimal acht Tonnen anstelle dreimal zehn Tonnen — gebaut worden wären oder wenn

(A) der Anschluß des Umlands optimal geklappt hätte. Immer wäre herausgekommen, daß die Müllbeseitigung in Bremerhaven erheblich teurer werden mußte, nachdem die eigene Deponie voll war und sich nirgendwo eine andere aufgetan hat.

Wenn das Land Bremen und wenn Bremerhaven alles bedacht hätten, was der Bericht anmerkt, dann säßen die Bremerhavener immer noch in einem Defizit. Man mag die bisher unbestrittenen Angaben von Bremerhaven nicht glauben, daß die zu hohe Kapazität der Anlage nur 750 000 DM Mehrkosten pro Jahr verursache, man mag den Betrag höher ansetzen, aber man kann nicht zu einem Ergebnis kommen, bei dem sich alle Belastungen in Luft auflösen.

Noch etwas zu dem anderen Vorwurf: Warum hat der Senat Ende 1974 nicht die Notbremse gezogen, als deutlich war, daß auf Bremerhaven höhere Kosten für die Müllbeseitigung zukamen, als ursprünglich angenommen wurde? Warum hat man nicht alle Aufträge umgewandelt, möglicherweise auch storniert, sich Vertragsstrafen eingehandelt und gehofft, alles würde billiger?

Zunächst grundsätzlich dazu: Wer meint, man hätte das ganze Unternehmen abblasen sollen, möge auch sagen, wohin dann mit dem Müll!

(Beifall bei der SPD)

(B) Der Senat hat in Kenntnis der sich anbahnenden Probleme damals mit Bremerhaven einen Kompromiß gefunden, der den von Bremerhaven beanspruchten Handlungsspielraum nicht beeinträchtigte, gleichzeitig aber den Gesamtbereich der Müllverbrennungsanlage aus dem Finanzausgleich zwischen den Gebietskörperschaften ausschloß. Diese Entscheidung war und ist vernünftig. Ich darf darauf verweisen, daß Bremerhaven auf dem Bau des Komplexes Müllbeseitigungsanlage beharrte, was grundsätzlich auch begründet war. Ich darf in Erinnerung rufen, daß einige Bürger in Bremerhaven eine Initiative für die Müllbeseitigungsanlage gründeten und deutlich machten, daß der alte Zustand nicht länger haltbar war.

Schließlich, die Entscheidung des Senats ist von dem Verständnis des Zusammenspiels und der Abhängigkeit des Landes und der beiden Städte untereinander getragen worden. Ich brauche hier sicher nicht zu betonen, in welchem hohem Maß die Staatsorgane in unserem Land aus bremischem Staatsinteresse zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Bremerhaven verpflichtet sind. Wenn ich von den Staatsorganen spreche, dann meine ich nicht nur den Senat.

Bremerhaven ist — von der Bremischen Bürgerschaft und vom Senat gewollt — unzweifelhaft verfassungsrechtlich die freieste Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland. Der weite Zuschnitt kommunaler Eigenständigkeit gilt für Bremerhaven wie für Bremen. Die Entscheidung des Senats folgte dem Sinn des Finanzausgleichsgesetzes, wonach eine selbstverantwortliche Beteiligung Bremerhavens an

den Steuererträgen des Landes gewollt ist, letztlich um die Lebensverhältnisse beider Gemeinden im Land an dasselbe Niveau heranzuführen. (C)

Gleichzeitig wurde aber kein Zweifel seitens des Senats daran gelassen, daß der Handlungsspielraum Bremerhavens ein unteilbarer war: Wenn die Kommune hier die Müllverbrennungsanlage haben wollte, dann sollten aber keinesfalls die aus dieser Eigenschaft erwachsenen Lasten beim Land abgeladen werden können. Das haben übrigens die Bremerhavener auch nie gefordert.

Herr Neumann nannte später den ganzen Vorgang Erpressung. Hinzuzufügen ist, daß es sich dann bei dieser Erpressung um einen Vorgang handelte, bei dem vereinbart wurde, daß der angeblich Erpreßte nichts zu bezahlen habe.

(Beifall bei der SPD)

Eine für mich neuartige Form von Erpressung!

Lassen Sie mich bitte an dieser Stelle einige wenige Ausführungen in eigener Sache machen! Herr Klein hatte mich in seinem Bericht darauf angesprochen.

Im Verlauf der Vernehmungen des Untersuchungsausschusses ist insbesondere von der CDU gefordert worden, ich möge mich einer Aussage im Ausschuß stellen. Über das Wort „Vernehmung“ will ich mit Ihnen nicht streiten, Herr Klein. So erfuhr ich damals, auch aus der Presse, daß Herr Neumann mir einen dahingehenden Brief geschickt hatte, den ich dann auch einige Tage später erhielt. Ich habe meine Bereitschaft zur Aussage nie in Frage gestellt. Allerdings stand weder damals noch heute das Handeln des Parlaments und seiner Ausschüsse zu meiner Disposition, und das ist auch richtig so. Das ist heute morgen noch einmal bekräftigt worden, wenn ich mich richtig erinnern kann. Dennoch will ich eine Antwort auf solche Fragen geben, von denen sich die Vertreter der Oppositionsparteien im Ausschuß abgeschnitten fühlten. (D)

Die mit Bremerhaven hier Ende 1974/Anfang 1975 gefundene Lösung entsprach voll meiner Überzeugung, das Zusammenleben von Bremen und Bremerhaven politisch konstruktiv zu gestalten und zu Lösungen zu kommen, wie sie dann vom Senat und von Bremerhaven gemeinsam getragen werden konnten. In diese Richtung ging mein Bemühen, denn es hatte sich gezeigt, daß in Bremerhaven der nicht wegzudiskutierende Eindruck entstanden war, man verzögere in der bremischen Bauverwaltung bewußt die Entscheidungsfindung. Beim Bausenator konnte hingegen zu Recht davon ausgegangen werden, daß die Landesbeteiligung beim Komplex der Müllverbrennungsanlage von Bremerhaven nicht sonderlich erwünscht war. Mir kam es darauf an, psychologisch verständlichen Unmut wegzubringen und die Sachentscheidung zu beschleunigen.

Unter dem Eindruck, der sich in einem Schreiben von mir vom 10. Dezember 1974 an den Bausenator widerspiegelt, daß die Situation hinsichtlich eines Umlandanschlusses von Bremerhaven nun doch zu

(A) optimistisch dargestellt worden war und sich damit die Gefahr einer Überkapazität nicht mehr von der Hand weisen ließ, mußte ich erkennen, daß sich hier besondere Lasten für die Bürger Bremerhavens als Gebührenzahler oder für den Bremerhavener Haushalt oder möglicherweise indirekt für den Landeshaushalt ergeben könnten. Meine Forderung ging nach voller Aufklärung des Sachverhalts und den daraus zu ziehenden Konsequenzen.

Bereits vorher hatte ich gefordert, daß der Magistrat Bremerhavens künftig sicherstellen möge, daß der Senat rechtzeitig über die Auswirkungen solcher Entscheidungen Bremerhavens informiert werde, die sie für das Land oder auch für die Stadtgemeinde Bremen haben könnten. Dies geschah im Zusammenhang mit den erheblichen Steigerungsraten, die im Haushalt Bremerhavens für das Jahr 1975 durch mehrere Großobjekte auftraten.

Ein Letztes: Ich soll anscheinend als erster das Problem der großen Kapazität oder der zu großen Kapazität unter dem Gesichtspunkt der Kommunalaufsicht erkannt haben. Ich habe damals Vermutungen aufgenommen, von denen ich indirekt erfahren hatte; das ist richtig. Mein Auftrag, die Innen- und Finanzverwaltung in Kenntnis zu setzen, wurde befolgt. Es zeigte sich im weiteren, daß das Problem der Kapazität der Anlage in der Bauverwaltung, das heißt der Verwaltung mit dem entsprechenden Sachverstand zur Beurteilung solcher Fragen, wohl bekannt war. Schließlich hoffte auch die Senatskanzlei auf einen Anschluß des Umlands an die Müllverbrennungsanlage.

(B) Zu der Empfehlung des Ausschusses an den Senat, künftig für eine schnellere und wirkungsvollere Wahrnehmung seiner kommunalaufsichtrechtlichen Befugnisse Sorge zu tragen, möchte der Senat hinzufügen, daß bisher, abgesehen von der Müllverbrennungsanlage, sich so gut wie kein Anlaß ergeben hatte, sich intensiv mit der Prüfung einer Angelegenheit Bremerhavens im Rahmen der Kommunalaufsicht zu befassen. Das bewährte partnerschaftliche Gespräch mit den Bremerhavener Stellen und die gegenseitige Information hatten bisher ausgereicht, um die Interessen des Landes und die Rechtspflicht des Senats zur Aufsicht sicherzustellen.

An dieser grundsätzlichen Auffassung hinsichtlich der Wahrnehmung der Kommunalaufsicht hält der Senat fest. Die notfalls anzuwendenden aufsichtrechtlichen Mittel, wie sie in der Stadtverfassung Bremerhavens zusammengestellt sind, sind verfassungsrechtlich begründet. Sie reichen auch aus. Es besteht daher kein Anlaß, etwa durch den Erlass von Rechtsvorschriften — beispielsweise einer Gemeindeordnung für die Städte Bremen und Bremerhaven — detaillierte Regelungen über Inhalt und Wahrnehmung der Kommunalaufsicht zu schaffen.

Um künftig im Interesse einer wirkungsvollen Wahrnehmung der Kommunalaufsicht Mängel und Schwierigkeiten zu vermeiden und um auch insbesondere der Zunahme von Prüfungsaufgaben im kommunalrechtlichen Bereich begegnen zu können,

hat der Senat bereits 1976 folgende Konsequenzen gezogen: (C)

Durch organisatorische Maßnahmen und personelle Entscheidungen beim Senator für Inneres ist die geschäftsführende Wahrnehmung der laufenden Angelegenheiten, die sich aus der Aufsichtspflicht des Senats ergeben, verbessert worden.

Aufgrund einer Absprache mit dem Magistrat Bremerhaven werden die Protokolle des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung unmittelbar dem Senator für Inneres zugesandt. Diesen sind nunmehr die Sachvorlagen beigelegt, so daß, besser als in den Jahren seit 1947, die Problematik einer behandelten Angelegenheit frühzeitig erkennbar ist und beurteilt werden kann.

Aufgrund einer weiteren Absprache mit dem Magistrat erfolgen turnusmäßige Besprechungen von Angelegenheiten, die im Rahmen von Kommunalaufsicht von Bedeutung sein könnten, zwischen dem Senator für Inneres und dem Rechtsamt beziehungsweise anderen Stellen der Stadt Bremerhaven.

Die Stadt Bremerhaven ist aufgrund der auch im Ausschußbericht genannten Senatsvorlage vom 23. Januar 1976 auf die Beachtung haushaltsrechtlicher Vorschriften hingewiesen worden.

Schließlich hat der Senat die Prüfung darüber eingeleitet, in welcher Weise die Geschäftsordnung des Senats zur Klarstellung der Kompetenzen der einzelnen Ressorts und zur Verbesserung der gegenseitigen Unterrichtung der Ressorts gegenüber Bremerhaven ergänzt werden kann, denn es ist immer eine zweiseitige Sache. Beide Seiten haben sich gegenseitig zu informieren. Es geht hier nicht um einseitige Pflichten. (D)

Meine Damen und Herren, der Bericht des Untersuchungsausschusses hat Unzulänglichkeiten aufgedeckt, die besser vermieden worden wären und die zu akzeptieren sind. Die Einsetzung und die Arbeit des Untersuchungsausschusses haben aber auch, wie ich am Anfang meiner Ausführung sagte, einen Lernprozeß in die Wege gebracht. Das Wissen und das Verständnis um Rechte, um Abhängigkeiten, um Pflichten zur Kooperation zwischen Bremen und Bremerhaven haben eine deutliche Besserung erfahren.

Das Verhältnis zwischen dem Land und der Stadt Bremerhaven ist durch die Arbeit des Untersuchungsausschusses gefördert worden, allerdings auch die Einsicht, daß es wegen der durch die enge Verflochtenheit und die häufige Personalidentität von Stadt und Land Bremen ohnehin begünstigten Gemeinde Bremen keine Regelung geben darf, die als Diskriminierung der Gemeinde Bremerhaven angesehen werden könnte.

Wir alle haben deutlich erfahren, daß die Freiheit beider Gemeinwesen, der Städte Bremen und Bremerhaven, wohl in keinem Staatsverband weiter geht als in demjenigen unseres Landes. Die Freiheit beider Kommunen ist kein unantastbares Schutzgebiet, sondern verlangt gerade bei dem uns eigenen

- (A) Staatsaufbau Offenheit, Information und frühe Mitberatung wie Mitbeteiligung.

Das Bewußtsein hierüber ist vom Untersuchungsausschuß verbessert und geschärft worden. Allerdings fordert das von uns stets eine gleiche Behandlung beider Städte und das Bemühen um eine wirkliche Partnerschaft zwischen Bremen und Bremerhaven. Doch hat es zwei Jahre lang so ausgesehen, als wenn dieser Aspekt völlig vergessen worden wäre.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

**Abg. Neumann (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es hier mit einem bemerkenswerten Vorgang insofern zu tun, als entgegen häufiger Gepflogenheiten bei Berichten von Untersuchungsausschüssen in den Länderparlamenten und im Deutschen Bundestag ein einstimmiger Beschluß erfolgt ist, an dem sich die Kollegen aller Fraktionen beteiligt haben und der dennoch die verantwortlichen Mehrheiten in diesem und einem anderen Haus schärfstens kritisiert, indem zum Beispiel festgestellt wird — ich komme im einzelnen dann noch darauf zurück —, daß die Kommunalaufsicht des SPD-Senats nicht ausreichend ausgeübt wurde, indem dem jetzigen Bürgermeister der Stadt Bremerhaven mit den Stimmen seiner Freunde im Untersuchungsausschuß attestiert wird, daß er den Artikel 84 der Landesverfassung beziehungsweise den Paragraphen 11 der Stadtverfassung Bremerhaven nicht korrekt eingehalten habe.

(B)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist falsch, Herr Neumann, was Sie da sagen! —  
Abg. v. Hassel [SPD]: Das weiß er auch!)

Ich komme im einzelnen darauf, sparen Sie sich Ihre Zwischenbemerkungen, vielleicht gibt es nachher eine bessere Stelle!

(Abg. v. Hassel [SPD]: Was wir uns sparen, suchen wir uns selbst aus!)

Herr von Hassel, ich meine, Sie müssen sich vielleicht aufgrund des Szenariums hier bewähren, aber das haben Sie an dieser Stelle noch nicht nötig!

(Abg. v. Hassel [SPD]: Den Eindruck habe ich von Ihnen eigentlich mehr!)

Meine Damen und Herren, und drittens, daß dort ein Sondervergabeausschuß — der Abgeordnete Klein hat für den Untersuchungsausschuß dies gesagt —, der nicht legal eingesetzt wurde, nicht auf legaler Grundlage stand, dennoch aber sehr deutliche Beschlüsse faßte.

Das sind, meine Damen und Herren, doch bemerkenswerte Aussagen eines politischen Gremiums, dem — und das muß ich lobend sagen, selbst wenn Sie Schwierigkeiten bekommen, meine Da-

men und Herren von der SPD — bedeutende Leute auch der Bremerhavener SPD angehören. Mein Kompliment, daß Sie, wenn auch teilweise sehr verklausulierte Formulierungen da sind, ich werde sie gleich interpretieren, immerhin dies einstimmig mitgemacht haben.

Daß der Unterbezirksvorsitzende aus Bremerhaven, Herr Beckmeyer, als Stellvertreter daran beteiligt war, daß der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD dies unterzeichnet hat, ist ein Beispiel, daß man in solchen Untersuchungsausschüssen zu Ergebnissen kommen kann, wobei ich hinzufüge, der Sachverhalt war so deutlich, daß Sie wahrscheinlich selbst dies nicht mehr verhindern konnten. So kann man das natürlich auch interpretieren.

(Abg. Kähler [SPD]: Das ist eine gemeinsame Unterstellung!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Kähler, der Stellenwert, den wir diesem Tagesordnungspunkt einräumen, macht deutlich, daß das mit alten Kamellen in dem Sinne nichts zu tun hat. Ihnen wird in meinem Schlußfazit deutlich werden, daß das sogar bedeutende Dinge sind, die ich daraus ableite. Es ist nur die Frage, ob man es unbedingt jetzt sofort, weil Sie es wollen, behandeln muß oder nicht auch im Rahmen der Tagesordnung hätte behandeln können.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch so gleich deutlich sagen — der Bürgermeister hat den Versuch unternommen, von dieser Problematik wegzukommen —, diese Diskussion ist keine Diskussion, wer immer sie führt, ich darf das für meine Fraktion mindestens sagen, die ein Freund-Feind-Verhältnis zwischen Bremerhaven und der Stadtgemeinde Bremen aufbauen will.

(D)

Herr Bürgermeister, natürlich bin ich mit Ihnen der Auffassung, daß die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven nun weiß Gott nicht gleichzusetzen ist mit irgendwelchen Beiräten in Bremen. Dies war auch so niemals gemeint. Eine ganz andere Frage ist es jedoch, ob wir uns alle im Rahmen unserer Landtagsfraktion, die sieben Kollegen von uns und die elf Kollegen — elf, glaube ich, sind es von Ihnen — aus Bremerhaven, nicht auch für die Bürger, für die Sorgen der Bürger im ganzen Land Bremen und deshalb in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven verantwortlich fühlen. Das habe ich gesagt, und dabei bleibe ich, und deswegen unterhalten wir uns hier auch heute.

Meine Damen und Herren, es wurde gesagt — auch von Bürgermeister Koschnick —, das Ganze sei damals in der Wahlkampfatmosphäre hochgespielt, und inzwischen hätten sich die Gemüter beruhigt, und — das war mehr oder weniger an die Opposition gerichtet — dafür seien Sie dankbar. Meine Damen und Herren, Sie müssen doch einmal überlegen, wer denn damals zu dieser Eskalation beigetragen hatte. Unter diesem Gesichtspunkt

(A) empfinde ich nach wie vor die EntschlieÙung, die in der Bürgerschaftssitzung am 6. 10. 1976 beschlossen wurde, und zwar einstimmig auf Antrag der CDU, als ein Beispiel für die Situation damals. Diese EntschlieÙung hieß, einstimmig beschlossen:

„Die Bürgerschaft begrüÙt, daß der Präsident der Bremischen Bürgerschaft den vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung, Werner Lenz, erhobenen Vorwurf, der Untersuchungsausschuß MBA sei der lächerlichsten, den es je gegeben habe, zurückgewiesen und erklärt hat, daß dieser Vorwurf auf den zurückfalle, der ihn erhoben hat.“

Meine Damen und Herren, durch diese Arbeit des Untersuchungsausschusses, durch die Einstimmigkeit, zu der auch die Kollegen der SPD aus Bremerhaven beigetragen haben, ist der Vorwurf in der Tat auf den zurückgefallen, der ihn erhoben hat.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bürgermeister, ich muß mich jetzt an Sie wenden, weil Sie als erster geredet haben. Auf die anderen Kollegen werden wir später, wie ich hoffe, kommen können. Herr Bürgermeister, Sie haben ferner gesagt, es seien viele Unterstellungen und Verunglimpfungen und ähnliche Dinge dort zum besten gegeben worden. Ich nehme wieder an, Sie meinten uns oder Herrn Lahmann für die FDP-Fraktion, wahrscheinlich den nicht. Nehmen Sie einmal uns und mich!

(B) Was damals von mir für die Fraktion gesagt worden ist, war folgendes, und ich darf ausnahmsweise auch einmal mich selbst zitieren. Am 24. Juni 1976 habe ich folgendes gesagt: „Der Untersuchungsausschuß braucht einige Dinge nicht mehr zu klären,“ — Herr von Hassel hat sich damals aufgeregt und gesagt, der weiß schon alles vorher — „denn die sind inzwischen mit Hilfe der Presse herausgekommen, ich sage Ihnen, welche.“ — Meine Formulierung damals! — „Erstens: Die Kapazität ist völlig am Bedarf vorbeigeplant; das ist eine Tatsache, die bisher überhaupt nicht bestritten wurde. Zweitens:“ — sagte ich damals — „Man hat sich auf vage Gespräche verlassen, ohne konkrete Vereinbarungen mit Niedersachsen zu treffen. Drittens: Die Anlage, die ursprünglich nur rund 30 Millionen DM kosten sollte, kostet jetzt 100 Millionen DM. Auch das braucht nicht mehr untersucht zu werden.“

Meine Damen und Herren, das ist mein letztes Zitat. „Untersucht zu werden braucht auch nicht mehr die Verfilzung als solche, die Verfilzung zwischen der SPD Bremerhaven und Neuer Heimat. Untersucht werden muß, in welcher Weise dies hier eine besondere Rolle gespielt hat.“

Meine Damen und Herren, nun lese, wer lesen kann! Lesen Sie doch bitte einmal den Bericht des Untersuchungsausschusses! Nichts anderes wird doch in gesetzten Worten von Herr Klein und den anderen Mitgliedern bekundet. Das war die Wahrheit, die wir bereits aufgrund der Presse damals

feststellen wollten, die Sie freundlicherweise mit Hilfe der Untersuchungsgremien, Herr von Hassel, jetzt bestätigt haben. (C)

Ich habe ein anderes Wort gesagt — ich will das auch gleich vom Tisch bringen, Herr Bürgermeister —, das Sie angesprochen haben. Es betrifft die Äußerung mit der Erpressung. Ich will das noch einmal sagen, das hat ja auch im Untersuchungsausschuß eine Rolle gespielt. Wer die Rede liest, weiß, daß hier nicht Erpressung im strafrechtlichen Sinne gemeint war, das hat die Vernehmung auch ergeben, sondern eindeutig der Druck, der politische Druck, gemeint war. Diesen bezog ich auf einen Vermerk, der in Ihren Häusern, in den Häusern der Verwaltung, vorliegt, den ich noch einmal vorlese, und deswegen habe ich davon auch nichts zurückzunehmen, zumal der Untersuchungsausschuß da nichts entkräftet hat.

Wir haben damals in der Bürgerschaftssitzung am 24. Juni 1976 noch einmal den Senator gefragt, ob die Meldung des „Spiegels“ vom 31. 5. 1976 zutrefte, nach der in einem Aktenvermerk des Senatsrats Hilliges über ein Telefongespräch mit dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der MBA GmbH, Richard Boljahn, unter anderem folgendes enthalten ist — in dem Vermerk in Ihrer Behörde, Herr Senator Seifriz —, ich zitiere:

„Herr Boljahn erklärte wörtlich, daß die Müllverbrennungsanlage gebaut würde, und zwar in der jetzt vorgesehenen Größe, egal, was in unserem Landesabfallbeseitigungsplan steht.“ Boljahn weiter: „Am leichtesten wäre, wir würden jetzt erklären, eine Genehmigung kommt nicht in Frage, dann wird eben schwarz gebaut!“ Das ist ja auch geschehen, sie haben ja angefangen, ohne Baugenehmigung — Zitat von mir! Es heißt weiter: „Im übrigen könnte ich mir meine in Arbeit befindliche Senatsvorlage sonstwo hinstecken.“ — Vermerk von Hilliges! — „Herr Boljahn erwähnte abschließend noch einmal die unbedingte Bereitschaft, das Ding zu bauen, wie es geplant ist, egal, was Bremen dagegen unternimmt.“ (D)

Meine Damen und Herren, nun ist das doch alles so geschehen. Damals habe ich gesagt, ich habe den Eindruck, daß hier mit Druck gearbeitet worden ist. Dabei bleibe ich, davon habe ich nichts zurückzunehmen, die Tatbestände auch in Bremerhaven, auf die ich komme, geben mir recht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Untersuchungsausschußbericht selbst, und ich möchte ihn in drei oder vier Punkte aufteilen! Das Beste ist, wenn man politische Interpretationsschwierigkeiten hat, daß man, so habe ich es früher einmal gelernt, visuell am Objekt bleibt. Ich sehe mir an, daß es in Bremerhaven inzwischen eine Müllbeseitigungsanlage gibt. Sie ist da, und was hat sie gekostet? Das kann man ja einmal fragen. Sie sollte nach der großzügigen Schätzung 32 Millionen DM kosten. Das geht zurück



(A) auf Oktober 1972. Sie hat nach dem Stand vom 3. 3. 1978 rund 102 Millionen DM gekostet. Sie hat sich um das Dreifache verteuert. Man muß hier feststellen ohne Polemik, hier hat man sich wohl finanziell verplant, sonst hätte man das wohl anders geschätzt.

Meine Damen und Herren, wie ist es denn nun mit der Ausnutzung und Auslastung? Ich will hier eines deutlich sagen: Wir sind auch im Interesse der Steuerzahler Bremerhavens der Auffassung, daß alles getan werden muß, damit nun die Anlage, die einmal dort steht, auch kostendeckend arbeiten kann, und wir werden dort, wo wir Hilfe leisten können, mit Freunden, die für uns woanders mehrheitlich tätig sind, versuchen, Einfluß zu nehmen. Es ist hier gar nicht so, daß die Häme eine Rolle spielt: Aha, nun ist das Ding da, und wir freuen uns, daß es leer ist. Das ist zu bedauern. Es kostet ja Geld!

Was kostet dies? Meine Damen und Herren, allein wegen der Verbrennung des Mülls dort ist die Müllgebühr in Bremerhaven um zirka 80 Prozent gestiegen, wobei man von einer Auslastung der Anlage ausgeht. Letztlich muß Bremerhaven für die Bereithaltung der Umlandkapazität zur Zeit mindestens noch jährlich Mehrkosten von rund einer Million DM aufbringen, nicht berücksichtigt dabei die Mehrinvestition für die größere Kapazität der Anlage mit rund fünf Millionen DM.

(B) Da der Mindestdurchsatz für den Dauerbetrieb einer Verbrennungseinheit bis Ende 1978 nicht erreicht wurde, mußte an den Wochenenden Heizöl verfeuert werden — das war doch wohl im Rahmen der Energiedeckung nicht die Aufgabe —, es mußte Heizöl verfeuert werden, damit es nicht zu einem erhöhten Verschleiß der Anlagenteile kommt. Hierzu hat der Finanzausschuß der Stadtverordnetenversammlung am 1. 11. 1977 mitgeteilt, daß aufgrund der zu geringen Müllmenge pro Wochenende Mehrbelastungen von rund 20 000 DM entstehen, also pro Jahr rund eine Million DM anzusetzen ist. Rechnet man dazu noch die Kassenkredite der MBA-Gesellschaft, die im Wirtschaftsjahr 1978 mit acht Millionen DM auflaufen — Herr Bürgermeister Koschnick hat es gesagt, daß sie bis zum Jahresende geschätzt worden sind —, so ergibt sich allein für das Jahr 1978 beim Betrieb der MBA für Bremerhaven ein Defizit von rund zehn Millionen DM.

Ich freue mich ja, wenn Herr Oberbürgermeister Lenz nun dauernd Schlagzeilen macht: Einmal sind die Russen da, und da kommen ganz andere Leute her, meine Damen und Herren. Das Ding arbeitet, das Ding arbeitet mit Verlust. Bereits 1978 haben die Steuerzahler diese Fehlplanung mit zusätzlich zehn Millionen DM bezahlen müssen, und das ist keine gute Sache!

(Beifall bei der CDU)

Unsere zweite damalige Feststellung war ganz klar: Keine konkreten Vereinbarungen mit Nieder-

sachsen und dem Umland! Daß nun am 29. 12. 1978 — da gibt es noch eine neuere Mitteilung, ich glaube, für den Untersuchungsausschuß — mit dem Altkreis Wesermünde der erste Mülllieferungsvertrag abgeschlossen wurde, welchen wir begrüßen, darf doch darüber nicht hinwegtäuschen, daß im Grunde das doch überhaupt nichts mit Kostendeckung zu tun hat. Es ist nicht nur die Frage, daß dieses Ding voll werden muß mit Müll, so daß es arbeiten kann, sondern die Frage ist doch auch zu stellen, ob denn die Preise, die dafür gezahlt wurden, halbwegs vernünftig und angemessen sind.

Meine Damen und Herren, nach den Informationen, die mir vorliegen, zahlt der Altkreis Wesermünde 10,60 DM pro Tonne.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Wie alle! —  
Abg. Beckmeyer [SPD]: Geben Sie  
Ihre Rede da auch ab! Die kann man mit  
verbrennen!)

Die Bremerhavener zahlen nach meinen Berechnungen 50 DM. Der tatsächliche Verbrennungspreis liegt aber nach Berechnungen der Neuen Heimat für 1978 bei 79,14 DM und für 1980 bei 85,07 DM je Tonne Müll. Meine Damen und Herren, das ist doch das nächste Problem, daß Sie möglicherweise die Anlage voll bekommen, aber da sie nicht so attraktiv wegen des Preises ist, wird das über Jahre ein Subventionsprojekt sein, welches die Steuerzahler in Bremerhaven zu bezahlen haben.

(Beifall bei der CDU)

Nächster Punkt: Rechtsverstöße! Da steht in dem Untersuchungsausschußbericht — frei zitiert nach Neumann —, es seien keine Rechtsverstöße vorgekommen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Bei der Planung!)

Meine Damen und Herren, was ist denn dies, Herr Kollege Lahmann? Im Rahmen der Planung, gut! Nun bin ich kein Fachmann in diesem Bereich, aber ich frage mich, ob es denn eigentlich korrekt ist, daß jeder einzelne Bürger in Bremen und Bremerhaven, der ein Haus baut, monatelang, jahrelang darauf wartet, daß er eine Baugenehmigung bekommt. Es soll ja schon einmal vorgekommen sein, daß jemand gebaut hat, als er sie noch nicht hatte; er mußte teilweise abreißen. Ist es korrekt, daß dies auf der einen Seite so ist und auf der anderen Seite die Stadt unter Verantwortung der SPD in Bremerhaven einfach schlichtweg ohne Baugenehmigung mit der MBA zu bauen anfängt?

Nun können Sie sagen, das ist kein Rechtsverstoß, das ist ein anderer Verstoß. Für mich ist das nicht korrekt, so darf es nicht sein! Wir müssen als Stadt, als Gemeinde und als Land vorbildlich gegenüber

(A) dem Bürger auftreten und nicht selbst das machen, was wir anderswo kritisieren.

(Beifall bei der CDU — Abg. L a h m a n n [FDP]: Das steht im Bericht! — Abg. v. H a s s e l [SPD]: Er hat ihn ja nicht gelesen, als er seine Rede schrieb! Die Rede ist von 1975!)

Es steht so darin, aber ich wollte zu den Rechtsverstößen etwas sagen.

Meine Damen und Herren, nun muß man sich ja fragen, ob die Dinge, die hier so vorgetragen werden — —. Herr von Hassel, Sie bestreiten alles,

(Abg. v. H a s s e l [SPD]: Immer noch besser, als wenn man sich ständig widerspricht!)

mit Sicherheit aber nicht, daß das Ding nun da ist, daß es teuer ist. Es reicht ja, wenn wir uns darauf einigen können, daß es viel Geld kostet. Alles andere können Sie von mir aus bestreiten.

Kollege von Hassel, nun muß man sich doch die Frage stellen, die SPD in Bremerhaven und in Bremen verfügt ja nun auch, wenn auch nicht generell, aber nun auch doch über Leute, die Weitsicht haben.

(Abg. v. H a s s e l [SPD]: Gott sei Dank!)

Sie verfügt über Leute — über die sie teilweise manchmal gar nicht froh ist,

(B) (Abg. v. H a s s e l [SPD]: Nur weiter so!)

insbesondere weil sie in der Verwaltung manchmal sehr kritisch tätig sind —, die dies doch alles irgendwann hätten erkennen müssen! Die Fragen, die hier gestellt werden müssen, sind doch die: Wo ist hier eigentlich die Ursache? Wie kann so etwas entstehen? Wie kann man sich ohne verbindliche Vereinbarungen mit Niedersachsen auf so ein Millionenprojekt einlassen?

Meine Damen und Herren, das hat jetzt nichts mit Polemik und mit persönlicher Bereicherung zu tun. Übrigens, Herr Bürgermeister, dieser Vorwurf ist von keinem in diesem Haus gemacht worden.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Niemals!)

Ich zumindest habe ihn nicht gemacht, Sie haben ihn außerhalb Ihres Redemanuskripts aufgegriffen.

(Bürgermeister K o s c h n i c k : In meinem Manuskript habe ich es aufgegriffen!)

Dann sagen Sie mir einmal bitte, wer in diesem Haus jemanden der persönlichen Bereicherung bezichtigt hat. Ich für meine Fraktion nicht, ich darf das doch noch einmal sagen, damit es vom Tisch ist!

(Bürgermeister K o s c h n i c k : Dann lesen Sie einmal Ihre Zeitung!)

Aber, meine Damen und Herren, dennoch spielen ja Personen eine Rolle, und dennoch muß man sich fragen, ob nicht die politische Situation, ob nicht

die politische Konstellation, ob nicht Konstellationen, die gewisse Machtfülle von Politikern ausmachen, für dieses Projekt Pate gestanden haben. (C)

Unser damaliger Vorwurf, daß sich der Mehrfach-Geschäftsführer der Neuen Heimat, Herr Lenz, der heute Oberbürgermeister ist, ohne dies strafrechtlich zu werten, mit Sicherheit mindestens dem Anschein ausgesetzt hat — ich komme auf die Formulierung im Untersuchungsausschußbericht zurück —, bei seinen Tätigkeiten nicht sehr exakt getrennt zu haben zwischen seinem beruflichen, ich sage nicht privaten, zwischen seinem beruflichen und seinem sonstigen Interesse als Mandatsträger, denn er war nicht nur Geschäftsführer damals, sondern er war auch Vorsitzender der SPD-Stadtverordnetenfraktion und darüber hinaus UB-Vorsitzender der SPD. Letzteres spielt hier nicht so eine Rolle.

Meine Damen und Herren, ich möchte gern beim Text bleiben, Herr Kollege Wedemeier, da heißt es im Untersuchungsausschußbericht: „Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß der damalige SPD-Stadtverordnete und Geschäftsführer der Neuen Heimat, Werner Lenz, an mehreren Sitzungen Bremerhavener Gremien, in denen der Bau einer Müllverbrennungsanlage in Bremerhaven beraten und entschieden wurde, teilgenommen hat, so zum Beispiel — —.“ Da kommt dann auch dieser ominöse Sondervergabeausschuß. „Im Untersuchungsausschuß sind unterschiedliche Auffassungen zu der Frage vertreten worden, ob aufgrund der formalrechtlichen gesellschaftsrechtlichen Beziehungen zwischen Neuer Heimat und Herrn Lenz“ — und so weiter, ich kürze jetzt ab — „ein rechtliches Mitwirkungsverbot im Sinne des Paragraphen 11 bestand.“ Wir haben da eine Auffassung vertreten, Sie haben eine andere vertreten. (D)

Aber es heißt weiter: „Der Untersuchungsausschuß ist sich jedoch darin einig, daß es der Sinn des Paragraphen 11 der Stadtverfassung Bremerhaven wie auch des Artikels 84 der Bremischen Landesverfassung ist, bereits den Anschein einer Interessenkollision zu vermeiden. Schon aus diesem Grunde hätte Herr Lenz“ — so heißt es auch in dem von den SPD-Mitgliedern mit beschlossenen Bericht — „an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse, in denen die Interessen der Neuen Heimat Kommunal behandelt wurden, nicht teilnehmen sollen.“

(Abg. v. H a s s e l [SPD]: Bitte weiter! — Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Lesen Sie weiter! — Abg. v. H a s s e l [SPD]: Nur nicht aufhören!)

Gern! Seien Sie doch nicht so unruhig! Sehen Sie einmal her, ich habe das jetzt auch, aber erst kam Punkt x 1 bei mir, das war dieses Zitat, aber ich mache es gern weiter, es steht hier auch: „Der Ausschuß verkennt jedoch nicht — —.“

(Zurufe von der SPD)

(A) Meine Herren aus Bremerhaven, nun seien Sie doch einmal ganz ruhig! Ich weiß nicht, Ihre anderen Kollegen sind gar nicht hier, vielleicht finden sie das gar nicht so gut, was wir hier debattieren, ich sehe nur Bremerhavener!

(Beifall bei der CDU — Abg. v. Hassel [SPD]: Das ist zu billig! Das ist sogar zu billig für Sie!)

Da sieht man einmal wieder, wie das mit der Bedeutung bei Ihnen in den Reihen der Bremer SPD bestellt ist, was diesen wichtigen Punkt, den der Bürgermeister hier als so bedeutsam herausgestellt hat, angeht.

Meine Damen und Herren, da heißt es: „Der Ausschuß verkennt jedoch nicht, daß das Mitwirkungsverbot in der Vergangenheit sowohl in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung als auch in der Bremischen Bürgerschaft allgemein nicht mit der heute selbstverständlichen Aufmerksamkeit beachtet wurde.“

(Abg. v. Hassel [SPD]: Haben Sie das einmal in Ihrer Fraktion geprüft?)

Meine Damen und Herren, dieser Formulierung ist zuzustimmen. Der stimme ich auch zu.

(B) Nun müßten Sie einmal zurückdenken, welches denn die Anlässe waren für Debatten in diesem Haus. Ich möchte nicht auf die Bremer Ebene gehen. Aber, meine Damen und Herren, und das Kompliment spreche ich der Bremer SPD aus, Sie müssen auch einmal sehen, welche eklatanten Konsequenzen Sie im Hinblick auf die Einhaltung von Artikel 84 gezogen haben! Sie waren sogar bereit, Leute beruflich umzusetzen, sie waren vorübergehend sogar arbeitslos, nur um die strikte Einhaltung dieses Artikels zu gewährleisten. Kollegen von Ihnen kamen politisch in Schwierigkeiten. Ich finde, es ist richtig, daß Sie diese Konsequenzen gezogen haben. Nur, in Bremerhaven sagen Sie, der hat zwar nicht richtig gehandelt, das kam woanders auch vor, und als Belohnung machen wir ihn zum Oberbürgermeister.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das, finde ich, ist nicht die richtige Konsequenz! Meine Damen und Herren, es geht mir überhaupt nicht um die strafrechtliche Bedeutung dieses Falls! Wissen Sie, es ist doch auch wirklich schwierig, jetzt nun strafrechtlich zu erforschen, ob er wirklich in jeder Situation gewußt hat, in welchem Amt er da war. Das kann ich nicht!

Sie können mit Recht sagen, das können Sie nicht beweisen. Nein, das können wir nicht beweisen! Deswegen heißt es unter anderem auch in der Interpretation der Landesverfassung zu Artikel 84, das können Sie bei Herrn Spitta nachlesen, aber auch woanders, nämlich in einer Vorlage der Bürgerschaftsverwaltung: „Dabei ist auf den Grundgedanken des Artikels 84 zurückzugreifen. Er will nicht nur echte Interessenkollision ausschließen, sondern

(C) darüber hinaus schon den bösen Schein vermeiden, denn das Mitwirkungsverbot besteht schon dann, — das ist wichtig — „wenn Vorteile oder Nachteile mit der Mitwirkung verbunden sein können. Allein die Möglichkeit, betroffen zu sein, begründet die Besorgnis der Befangenheit.“

Meine Damen und Herren, Sie können sich nicht damit reinwaschen, daß Sie sagen, woanders ist auch etwas nicht richtig gemacht worden, und deshalb ist alles in Bremerhaven entschuldigt! Der Vorwurf ist zu arg, daß hier Mandatsinteresse mit beruflichem Interesse, wenn nicht verquickt, zumindest nicht sonderlich klar auseinandergehalten wurde. Diesen Vorwurf muß ich beibehalten, und, meine Damen und Herren vom Untersuchungsausschuß, Sie wissen, trotz dieser etwas retardierenden Formulierung, daß Sie im Grunde alle gemeinsam dies genauso sehen und froh sind, daß dieser Zustand beendet ist.

Meine Damen und Herren, und nun zum Beitrag von Bürgermeister Koschnick! Herr Bürgermeister, ich sehe die Schwierigkeit Ihrer Situation. Ein Bürgermeister schaut auf den anderen.

(Abg. Domscheit [CDU]: Oberbürgermeister!)

(D) Oberbürgermeister, das geht ja nicht, es gibt nur einen! Herr Domscheit, der Zwischenruf war nicht gut, weil es eben nur einen Bürgermeister gibt. Die in Bremerhaven haben mehr, die haben einen Oberbürgermeister.

Meine Damen und Herren, was soll Bürgermeister Koschnick denn nun tun? Auf der einen Seite attestieren ihm die eigenen Genossen, er habe mit seinem Senat seine Kommunalaufsicht versäumt im entscheidenden Bereich. Auf der anderen Seite gibt es mächtige Genossen in Bremerhaven, die sagen: Mein lieber Freund, paß auf! Die SPD im Land Bremen besteht nicht nur aus der Bremer SPD, mit denen du ohnehin Schwierigkeiten hast, sondern auch aus der SPD im Land Bremen, und paß schön auf, funke hier nicht hinein! Du kannst es damit begründen, daß du die Autonomie von Bremerhaven nicht antasten willst.

Meine Damen und Herren, für diese Rolle des Bürgermeisters muß Verständnis haben, wer die innerparteiliche Lage der SPD kennt. Bloß, meine Damen und Herren, daß man dann in gewisser Weise seine Amtsführung nicht richtig ausführt, kann nicht ungescholten hier hingenommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bürgermeister, ich habe mir jetzt im einzelnen aufgeschrieben, inwieweit Sie in dieses Projekt involviert waren. Es war interessant, daß Sie sich staatsmännisch — und das ist gut — über das Problem zwischen Bremerhaven und Bremen und Kommunalaufsicht ausgelassen haben. Wir hätten vielmehr erwartet — das sollte im Untersuchungsausschuß an sich beabsichtigt sein —, daß Sie etwas zu

- (A) Ihrer persönlichen Rolle gesagt hätten. Wann hat denn Hans Koschnick was erfahren? Was hat er, als er Bedenken hatte, getan?

Ich möchte aus Zeitgründen darauf verzichten, Ihnen einige Zitate aus dem Untersuchungsausschußbericht zu bringen. Ich verweise aber ganz kurz auf die Seite fünf des Berichts, wo von einem Gespräch zwischen Ihnen und Ihrem alten Freund Richard Boljahn berichtet wird, der Ihnen dieses ganze Pilotmodell vorgetragen hat und Herrn Koschnick gebeten hat, sich doch intensiv dafür einzusetzen. Die Frage ist, was haben Sie denn danach gemacht? Haben Sie das etwa vorangetrieben, haben Sie gesagt, Richard, wir halten uns da raus?

(Heiterkeit)

Ja, meine Damen und Herren, es herrscht hier ein Umgangston — —! Es ist immer gesagt worden, man soll das volkstümlich halten.

(Heiterkeit — Abg. v. Hassel [SPD]:  
Mit dem „Sie“ kann man selbst größte Gemeinheiten sagen!)

Nun seien Sie doch friedlich, Herr Kollege!

(Abg. v. Hassel [SPD]: Bin ich doch!)

Auf den Seiten 33/34 wird von einer Besprechung auf Anregung des Bürgermeisters Selge bei Bürgermeister Koschnick geredet. Dabei waren mehrere Kollegen von Ihnen, Herr Seifriz, der ist wohl immer dabei bei solchen Sachen, es handelt sich um Bau,

(B)

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Senatsdirektor Kulenkampff, die Stadträte Illigner und Brandt waren auch dabei. Da ging es um eine Unbedenklichkeitsbescheinigung, weil sich in Bremerhaven, so das Zitat, ein Gewitter über dem Bausenator zusammenbraute — auch dort schon — und man den Verlust der Bundesmittel befürchtete. Da ging es also los, er sagt: Genossen, wenn ihr nicht kommt, da gibt es ein Gewitter, weil sonst Bundesmittel verlorengehen. Das hat natürlich alles nichts mit Druck zu tun, gebe ich zu.

(Bürgermeister Koschnick: Herrn Dr. Illigner habe ich noch nie mit „Genosse“ angesprochen!)

Das schadet ihm sicherlich nicht!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, da gibt es den nächsten Punkt, einen langen Vermerk auf Seite 36. Da hat Herr Hilliges nach Rücksprache mit Senatsdirektor Kulenkampff Herrn Bürgermeister Koschnick angeschrieben und bittet um Gelegenheit zum Vortrag und weist bereits auf Probleme hin.

Dann wird auf der Seite 37 des Berichts auf die Bitte — und das haben Sie vorhin selbst angesprochen, Herr Bürgermeister — Bürgermeister Koschnicks

an den Senator für das Bauwesen hingewiesen, daß das Problem der Dimensionierung der Anlage in einer mit den Senatoren für Gesundheit und Umweltschutz, Finanzen und so weiter abgestimmten Vorlage baldmöglichst dem Senat darzustellen sei, um die Gefahr eines tiefgreifenden Dissenses zwischen dem Land und der Stadtgemeinde Bremerhaven zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, da könnte ich jetzt sagen: Alle Achtung, als einer der ersten erkannt! Aber die Frage, die Sie sich gefallen lassen müssen — das haben Sie im Bericht gar nicht gesagt —, wenn Sie dies erkannt haben, wenn Sie erkannt haben, daß möglicherweise, und das steht auch darin, auf die Bremerhavener Bürger ein Projekt zukommt, das in den finanziellen Dimensionen noch gar nicht zu ermitteln ist, haben Sie das versucht zu verhindern? Sind Sie dem nachgegangen? Haben Sie irgendwann einmal im Senat gesagt, jetzt nicht mehr? Haben Sie sich mit den Kollegen aus Bremerhaven und Ihren Kollegen zusammengesetzt und gesagt, da machen wir nicht mit?

Meine Damen und Herren, ich würde erst einmal behaupten: Nichts ist geschehen, denn Sie haben nichts gesagt, und im Untersuchungsausschuß haben Sie sich nicht zur Verfügung gestellt, weil Ihre Genossen das nicht wollten, Sie wollten ja! Ich stelle an Sie die Frage: Ist es auch hier wie so häufig in Ihrer Amtsführung so, daß Sie zwar intern modern, ob es das Radio-Bremen-Gesetz oder die Universität ist, aber wenn es darauf ankommt, eben kneifen und anderen die Entscheidung überlassen?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen mit einer Frage für die Öffentlichkeit, denn hier ist doch Bedeutendes einvernehmlich festgestellt worden: Welches sind denn nun die Konsequenzen? Man kann natürlich sagen, der Untersuchungsausschuß hat gute Arbeit geleistet, und das sage ich für alle Kollegen dort. Aber es muß doch auch von Konsequenzen gesprochen werden. Die Konsequenzen können doch nicht nur darin bestehen, daß der Herr Bürgermeister sagt, na ja, wir sind klüger geworden, viele Dinge teilen wir nicht, andere schon, klüger muß man immer werden, hat schon Adenauer gesagt, und daß in Bremerhaven auch nichts wesentliches — mindestens nicht im negativen Sinne — geschieht, das Ding da ist und die Steuerzahler sich damit abfinden müssen. Ich habe mit großem Interesse eine Erklärung — Pressemitteilung — des Magistrats der Stadt Bremerhaven gelesen. Ich darf hier zitieren:

„MBA-Vorwürfe haben sich in Luft aufgelöst!“ Passen Sie einmal auf, das geht gegen Sie, Herr von Hassel! „Mit Genugtuung stellte der Magistrat gestern fest, daß die gegen die Stadt Bremerhaven gemachten Vorwürfe über den Bau der Müllbeseitigungsanlage in Bremerhaven nicht zutreffen. Nachdem der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Bremer Bürgerschaft seinen Schlußbericht vor-

(C)

(D)

(A) gelegt hat, betonte gestern OB Lenz: „Wir können mit diesem Ergebnis nicht unzufrieden sein.“ Meine Damen und Herren, was sind Sie denn noch gewohnt in Kauf zu nehmen, wenn Sie mit diesem Ergebnis nicht unzufrieden sind, muß ich Sie fragen!

Es heißt weiter: „Als entscheidend aus diesem Schlußbericht wurde von Stadtrat Brandt auch betont, daß der Magistrat seiner Informationspflicht gegenüber dem Senat genügt hat.“ Das mag stimmen. „Man habe sich in Bremerhaven nichts vorwerfen, was nicht in Ordnung wäre. Besonders befriedigt zeigte sich der Magistrat darüber, daß auch die bisher bisweilen scharfen persönlichen Angriffe auf Oberbürgermeister Lenz und Stadtrat Brandt... ausgeräumt worden seien.“ Da heißt es zum Schluß: „In diesem Zusammenhang teilte Oberbürgermeister Lenz mit, daß am Donnerstag eine Delegation aus Moskau nach Bremerhaven komme, um die MBA zu besichtigen, da sie festgestellt hätten, daß die MBA in Bremerhaven gegenwärtig die am besten arbeitende Anlage sei. Für Bremerhaven ist das eine nicht unwichtige Sache.“

Meine Damen und Herren, das ist mein entscheidender zentraler Vorwurf, den ich von dieser Äußerung ableite: Ich will ja gar nicht bestreiten, daß diejenigen, die für die Neue Heimat beteiligt waren, der Auffassung zuneigten und die Absicht hatten, für diesen Bereich von Müllverbrennung ein besonderes Pilotprojekt zu starten, das halte ich für legitim für eine Gesellschaft. Aber, meine Damen und Herren, es kann doch nicht das Pilotprojekt einer Müllbeseitigungsanlage für Deutschland, für China und für Rußland die Aufgabe sein, sondern es muß doch dabei überlegt werden: Wird dieses Pilotprojekt nicht auf dem Rücken der Steuerzahler, der Bürger in Bremerhaven, ausgetragen? Ist es nicht Großmannssucht, dauernd den Leuten in Bremen und Bremerhaven solche Projekte aufzuoktroymieren, die sie am Ende teuer zu bezahlen haben?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein letzter Satz! Wir werden Sie nicht dazu bringen, wir in diesem Haus, die Konsequenzen zu ziehen, die man personalpolitisch und auch sachlich nach einem solchen Bericht, der einstimmig gefaßt worden ist, ziehen müßte. Dazu sind Sie selbst aufgrund Ihrer inneren Verfassung, aufgrund des Verhältnisses der SPD Bremen und Bremerhaven und der notwendigen Mehrheiten überhaupt nicht in der Lage.

Dennoch, sage ich hier deutlich, können wir als Parlament nicht bereit sein, ohne die Forderung nach Konsequenzen diesen doch ziemlich eindeutigen kritischen Bericht hinzunehmen. Meine Damen und Herren, da Sie selbst in der SPD sich mit Sicherheit in dieser Zeit nicht eines besseren besinnen werden, kann man — und das hat nichts mit Polemik und mit Wahlkampf zu tun — nur feststellen, man muß dem Bürger, und das geht leider nur bei der Wahl, die Möglichkeit geben zu entscheiden, ob

es so richtig ist, daß man auf dem Rücken der Steuerzahler mit Verfilzung und mit Parteibuchwirtschaft sein Süppchen kocht. Ich glaube, daß der Bürger, weil er hier keine Konsequenzen sehen wird, für diese Art von Politik ein sehr sensibles Gespür hat. — Vielen Dank!

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Bevor ich auf den Bericht des Untersuchungsausschusses inhaltlich eingehe, will ich mich in wenigen Sätzen der Entstehungsgeschichte dieses Ausschusses und dem Verlauf seiner Beratungen bis zur Vorlage des Berichts zuwenden.

Im Frühjahr und Sommer 1976 war die im Bau befindliche Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven in das Kreuzfeuer der Kritik geraten. Eine Fülle von Fragen wurde gestellt, in der Öffentlichkeit und im Parlament. Diese Fragen konnten damals nicht befriedigend beantwortet werden. Das hat damals die FDP-Bürgerschaftsfraktion veranlaßt, den Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu stellen, wobei ich nochmals Wert darauf lege, darauf hinzuweisen und zu unterstreichen, daß wir auch damals nicht Beschuldigungen ausgestoßen haben, sondern daß wir wie die allgemeine Öffentlichkeit Fragen gestellt haben und daß das Ziel unserer Bemühungen die Aufklärung war, die Aufklärung dieser Fragen, und zwar im Interesse aller Beteiligten und auch im Interesse des parlamentarischen Systems, das sonst sich als leistungsunfähig hätte erweisen können. Das war das Ziel des Antrags der FDP, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Ich glaube, daß nicht zuletzt aus diesen Gründen unser Antrag in diesem Haus damals auch die Zustimmung der anderen Fraktionen gefunden hat.

Von seiten der maßgeblichen Vertreter Bremerhavens ist nun freilich dieser Ausschuß von Anfang an mit Argwohn und zum Teil mit offener Ablehnung bedacht worden. Bremerhaven scheute nicht die Kosten eines Rechtsgutachtens und setzte schließlich durch, daß der Senat der Freien Hansestadt Bremen gegen seine eigene rechtliche Auffassung den Staatsgerichtshof anrief, um klären zu lassen, ob die Einsetzung und Arbeit dieses Untersuchungsausschusses im Einklang mit der Landesverfassung stehe. Sie wissen, daß der Staatsgerichtshof in seinem Urteil unsere Auffassung von der Rechtmäßigkeit dieses Ausschusses bestätigt hat. Nur ist durch dieses verfassungsgerichtliche Verfahren in den Ausschußberatungen eine eineinhalbjährige Pause eingetreten, die sich bei der abschließenden Beratung des Berichts sehr nachhaltig ausgewirkt hat, ich möchte sagen, sich nachteilig ausgewirkt hat.

Meine Kollegen aus dem Ausschuß werden mir sicher zustimmen, wenn ich sage, daß der bei uns unmittelbar nach den Zeugenvernehmungen vor-

(A) handene Erkenntnisstand weitgehend verlorengelangen war und daß es sehr großer Mühe, bei der uns die Ausschußassistenz wirklich aufopferungsvoll geholfen hat, bedurfte, sich erneut in die Materie einzuarbeiten. Nach meiner Auffassung ist es auch gerade auf diese Tatsache zurückzuführen, daß die Würdigung der Untersuchungsergebnisse relativ kurz gefaßt ist. Man soll aber diese Kürze nicht für mangelnde Substanz halten; meines Erachtens ist das Gegenteil richtig.

Für die Vertreter der FDP in diesem Ausschuß war es ein hohes politisches Ziel, die Ergebnisse einstimmig zu beschließen. Daß dies gelungen ist, befriedigt uns sehr. Ich möchte unterstreichen, daß gerade dadurch — dies ist eben schon gesagt worden — das Instrument des Untersuchungsausschusses sich in diesem Fall bewährt hat und daß die Kritik, die sonst an dem Untersuchungsausschußunwesen geübt wird, in diesem Fall sicherlich unberechtigt ist. Das Instrument des Untersuchungsausschusses — das zeigt dieser Fall — ist in der Lage, sich zu bewähren, wenn es wie hier wirklich zur Aufklärung eingesetzt und nicht als Wahlkampfmittel mißbraucht wird. Daß dies so war, ist erfreulich, das ist, glaube ich, auch das Geheimnis des relativen Erfolgs, den dieser Ausschuß gehabt hat.

Die einstimmigen Formulierungsergebnisse, die wir erzielt haben, haben natürlich einen Preis gekostet, der Preis bestand in Kompromißformulierungen. Wir sind diesen Kompromiß gern eingegangen, wir stehen zu diesen Formulierungen, denn sie tragen unsere Bewertung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven in vollem Umfang auch da, wo sie sozusagen Mehrheits- und Minderheitsvotum einschließen.

Nun zu den Ergebnissen des Berichts! Ich halte mich bei den Bemerkungen, die ich mache, an die Reihenfolge, die der Untersuchungsbericht selbst wählt.

Sondervergabeausschuß! Die rechtliche Qualität dieses Sondervergabeausschusses ist umfassend im Bericht dargestellt. Dem ist in der Sache aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen. Dieser Sondervergabeausschuß hat daneben aber eine erhebliche politische Bedeutung. Es stellt sich doch unwillkürlich die Frage, warum in Bremerhaven die wesentlichen Entscheidungen bezüglich der MBA in ein Gremium verlagert werden, das rechtlich keinerlei Kompetenzen hatte. Nach unserer Auffassung muß man die Einsetzung dieses Gremiums als den Versuch ansehen, möglichst alle Bereiche und politischen Kräfte in den Entscheidungsprozeß einzubinden.

Über die Mitwirkung des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Lenz in diesem Ausschuß ist im Bericht des Ausschusses und den Ausführungen von Herrn Klein schon einiges gesagt worden. Ich möchte nur so viel hinzufügen, daß nach meiner Auffassung die Einsetzung dieses Sondervergabeausschusses auch im Sinne von Herrn Lenz war.

Meine Damen und Herren, sicher müssen wir einräumen, daß wir in der Vergangenheit Interessenkollisionen, wie sie Artikel 84 der Bremischen Landesverfassung und Paragraph 11 der Stadtverfassung Bremerhaven ausschließen wollen, nicht in allen Fällen gebührend beachtet haben. Das wird im Bericht auch gesagt. Aber ebensowenig kann doch ein Zweifel daran bestehen, daß spätestens seit dem Untersuchungsausschuß in Sachen Baulandaffäre von Verantwortlichen in leitenden Funktionen eine besondere Sensibilität für dieses Problem erwartet werden mußte.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Gesichtspunkt ist es, der in der Formulierung des Ausschußberichts zu der Teilnahme von Herrn Lenz an den Sitzungen des Sondervergabeausschusses zum Ausdruck kommt. Ein Politiker, der die Absicht des Gesetzgebers in dieser Frage ernst nimmt, kann sich nicht auf formale gesellschaftsrechtliche Beziehungen zwischen einer Tochter- und der Muttergesellschaft Neue Heimat berufen.

(Beifall bei der FDP)

Das möchte ich hier ganz eindeutig feststellen. In diesem Zusammenhang ist es auch überhaupt nicht von Bedeutung, ob der Bau dieser Anlage aus sonstigen Gründen zu beanstanden war oder gutzuheißen ist. Wir hoffen sehr, daß es gelingen wird, diese übereinstimmende Auffassung des Untersuchungsausschusses auch Herrn Lenz nahezubringen. Vielleicht ist die Übernahme des Oberbürgermeisteramts in Bremerhaven auch als ein Eingeständnis der Richtigkeit unserer Betrachtung zu werten.

Nächster Punkt, Umweltverträglichkeit der Anlage! Die Formulierung im Ausschußbericht, daß Grundsätze der Umweltverträglichkeit und des Umweltschutzes von Bremerhavener Gremien beachtet worden sind, läßt sicher nicht den Schluß zu, daß der Umweltgesichtspunkt bei der Entscheidung oberste Priorität gehabt hat. Von seiten des Senators für Gesundheit und Umweltschutz ist die Müllverbrennung als Abfallbeseitigung ständig problematisiert worden, das muß zu denken geben.

Nächster Punkt, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit! Die entscheidende Frage, von der sowohl die Größe der Anlage als auch die Betriebskosten und damit die Höhe der Müllgebühren für die Bremerhavener Bürger abhängen, war die Festlegung der Müllmenge. Die in Bremerhaven bei der Müllmengenberechnung angewandte Methode ist von einem Gutachter als ein „in der Regel befriedigendes Herantasten an tatsächliche Werte“ qualifiziert worden.

Sicher muß man einräumen, daß ein Herantasten immer noch besser ist, als wenn man die Werte völlig aus der Luft gegriffen hätte. Diese Art der Mengenermittlung kann man aber dann nicht als ausreichend ansehen, wenn damit eine Müllmenge für Bremerhaven ermittelt wird, die um 100 Prozent über den Werten vergleichbarer Großstädte liegt. Es

(A) kommt hinzu, daß auch bei Anwendung dieser höchst zweifelhaften Methode die Müllmenge Bremerhavens sich von 1972 85 000 Tonnen auf für 1973 80 000 Tonnen und für 1974 auf 76 000 Tonnen verringert hatte. Auch das mußte schon in der Planungsphase zu denken geben.

Der Fehler in der Müllmengenberechnung vergrößerte sich entscheidend dadurch, daß auf der viel zu hohen Basiszahl mit einer prozentualen Steigerung von fünf Prozent jährlich gerechnet wurde, die etwa doppelt so hoch wie die tatsächliche Steigerung liegt. So konnte es geschehen, daß die prognostizierten Müllmengen für 1977 mit 120 000 Tonnen doppelt so hoch liegen wie die tatsächlich angefallene Menge. Für uns kann kein Zweifel daran bestehen, daß die entscheidenden Ursachen für diese Fehler in den äußerst mangelhaften Berechnungen durch den zuständigen Bremerhavener Leiter des Stadtreinigungsamts liegen.

Mit dieser Feststellung, meine Damen und Herren, kann es aber nicht sein Bewenden haben. Die Müllmenge Bremerhavens ist völlig unabhängig von der Methode, mit der sie ermittelt worden ist, von Fachleuten stets in Zweifel gezogen worden. Angesichts dieser Tatsache genügt es nicht, auf den Leiter eines Stadtreinigungsamts zu verweisen. Nach unserem Eindruck ist dieser Leiter ein relativ schwaches Glied in einer Kette. Angesichts der finanziellen Größenordnung dieser Entscheidung hätte man genauere Ermittlungen anstellen müssen.

(B) An die Stelle finanzpolitisch gebotener Genauigkeit ist nach unserem Eindruck sehr bedauerlicherweise schlichtes Wunsdenken, ja Oberflächlichkeit gesetzt worden.

In ähnlicher Weise vollzog sich auch die Festlegung der für anzuschließende Gebietskörperschaften vorzuhaltenden Kapazität. Verbindliche Zusagen, aufgrund derer der Vorhalt zusätzlicher Kapazität gerechtfertigt gewesen wäre, wurde durch die durch nichts begründete Annahme ersetzt, diese Gebietskörperschaften müßten von selbst kommen. Diese Verhandlungsführung vom hohen Roß herab war nicht dazu angetan, die Nachbarn dazu zu veranlassen, verbindliche Verträge mit der MBA Bremerhaven zu schließen. Selbst Dumpingpreise von 12 DM beziehungsweise 15 DM pro Tonne reichten nicht aus, um Nachbarkreise und Gemeinden zu einem Anschluß zu bewegen. So konnte es geschehen, daß Bremerhaven eine Anlage von dreimal zehn Tonnen mit einer theoretischen Kapazität von 260 000 Tonnen im Jahr und bei 70 Prozent Verfügbarkeit von gut 180 000 Tonnen errichtet hat. Das Müllaufkommen Bremerhavens betrug, ausgehend vom durch Wiegung ermittelten Ergebnis, 1977 noch nicht einmal ein Drittel dieser Menge.

Bremerhaven ist bei den Berechnungen der Kapazität der Anlage immer von einer sechzigprozentigen Verfügbarkeit, das wären 156 000 Tonnen, ausgegangen. Diese Annahme ist zu problematisieren, wenn man berücksichtigt, daß die Bremerhavener MBA von der technischen Konzeption her eine der

modernsten Anlagen, die es zur Zeit gibt, werden sollte. Es gibt wesentlich ältere Anlagen, die mit einem Wirkungsgrad, einer Verfügbarkeit von 80 bis 90 Prozent arbeiten. Das müßte auch für eine nach neuesten Erkenntnissen gebaute Anlage erreichbar sein. Das hätte aber zur Folge, daß sich die Fehlmenge, die die Anlage aufnehmen könnte, noch wesentlich vergrößern würde. Sie ist nicht da. (C)

Aus der völlig unrealistischen Veranschlagung des eigenen Müllaufkommens und des zu erwartenden Fremdmülls ergab sich eine ebenso unrealistische Berechnung der Verbrennungskosten. Die von Bremerhavener Seite vorgenommene Mischpreiskalkulation setzt eine Auslastung der Kapazität der Anlage voraus. Die tatsächlich bei Betrieb der Anlage entstandenen Kosten pro Tonne Müll sind mehr als doppelt so hoch wie die Mischpreiskalkulation, die von 50 DM pro Tonne ausging. Sie sind also tatsächlich über 100 DM.

Meine Damen und Herren, wenn man jetzt sagt, wir bekommen jetzt noch Müll aus dem Umland für 10 DM oder 10,60 DM pro Tonne dazu, dann behebt das das Problem natürlich in überhaupt keiner Weise, sondern produziert weitere Verluste. Das sind Tatsachen!

(Beifall bei der FDP — Abg. Wedemeyer [SPD]: Das ist schlichter Blödsinn!)

Das wird schwerwiegende Auswirkungen für die Bürger der Stadt Bremerhaven haben. Die bei der MBA entstehenden Fehlbeträge sind entweder durch Steuern oder durch Gebührenerhöhungen zu bezahlen. In jedem Fall wird der Bürger zur Kasse gebeten, wobei ich mir den Hinweis erlaube, daß bekanntlich Gebühren nur für adäquate Leistung, also für Leistungen, die tatsächlich dem Bürger gegenüber erbracht werden, erhoben werden dürfen, das heißt, Gebühren für vorgehaltene Kapazität, die dem Bremerhavener Bürger nicht zugute kommt, dürfen nicht erhoben werden. (D)

Die Lösung ist, daß mit Steuermitteln Zuschüsse geleistet werden, und zwar offenbar ansteigende Zuschüsse, in den Haushalt der MBA-Gesellschaft. Dadurch, das liegt auf der Hand, meine Damen und Herren, werden Löcher an anderer Stelle entstehen, das heißt, entweder müssen die Bremerhavener Bürger bezahlen, oder sie müssen damit rechnen, daß sie auf kommunale Leistungen in einem nicht unerheblichen Maß in Zukunft werden verzichten müssen. Dies sind höchst unerwünschte Folgen der Planung. Ich sage, die MBA ist unwirtschaftlich, sie produziert Verluste, ein Ende ist nicht abzusehen, und dies zu Lasten der Bürger dieser Gemeinde, die das nicht verdient haben!

(Beifall bei der FDP)

Nächster Punkt, Abstimmung der Planung mit niedersächsischen Gebietskörperschaften und Abstimmung mit bremischen Landesbehörden! Seit 1972 ist die Aufstellung von Abfallbeseitigungsplänen

(A) Angelegenheit der Länder. Bremerhaven hatte somit keine eigene Kompetenz, eine Abstimmung mit niedersächsischen Gebietskörperschaften durchzuführen. Selbst wenn Bremerhaven gemeint haben sollte, für eine solche Abstimmung zuständig zu sein, bleibt festzustellen, daß ernsthafte Bemühungen Bremerhavens um eine solche Abstimmung nicht erfolgt sind.

Eine Abstimmung mit bremischen Landesbehörden hat es so gut wie gar nicht gegeben. Die gesamten intensiven Verhandlungen Bremerhavens mit der Neuen Heimat seit Ende 1972 bis Anfang 1974 sind ohne Kenntnis des Landes erfolgt. 1973 ging man in Bremen sogar noch davon aus, Bremerhaven sei weiterhin an einer gemeinsamen Deponie mit Niedersachsen interessiert.

Eine Unterrichtung der zuständigen bremischen Fachbehörden, die man als den Versuch einer Abstimmung bezeichnen könnte, fand erst statt, nachdem der Grundsatzbeschuß für den Bau der Anlage im Dezember 1973 in der Stadtverordnetenversammlung schon gefaßt worden war. Bremerhaven hat den Bau der MBA unter völliger Verkennung der Vorschrift des Paragraphen 6 des Bundesabfallbeseitigungsgesetzes immer als ureigene kommunale Angelegenheit behandelt.

Unabhängig von diesem Verhalten Bremerhavens ist aber festzustellen, daß dem Senat der Freien Hansestadt Bremen — sieht man einmal von den vielfältigen politischen und persönlichen Verbindungen zwischen den beiden Städten ab — zumindest seit Oktober 1973 die Absichten Bremerhavens bekannt waren. Es ist Sache des Landes, dafür zu sorgen, daß eine ihm kraft Gesetzes übertragene Zuständigkeit auch ausgefüllt wird. Spätestens seit diesem Zeitpunkt hätte der Senat die überörtliche länderübergreifende Abstimmung an sich ziehen müssen.

Das vom Senat erzielte Ergebnis der Verhandlungen mit Niedersachsen kann man lediglich als den Versuch bezeichnen, den Anforderungen des Gesetzes Genüge zu tun. Inhaltlich war die Formulierung, daß zusätzliche Kapazitäten für den Anschluß niedersächsischer Randgebiete an die Müllverbrennungsanlage vorgehalten werden können, so gut wie überhaupt nichts wert.

(Beifall bei der FDP)

Eine besonders traurige Rolle hat nach Auffassung der FDP-Fraktion in dieser Angelegenheit der Bausenator gespielt. Wer den Bericht des Untersuchungsausschusses aufmerksam gelesen hat, wird festgestellt haben, welch erschreckendes Maß an mangelnder Koordinierung und innerbehördlicher Abstimmung sich hier auftut.

(Beifall bei der FDP — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Obwohl seine Fachbeamten, die zuständigen Fachbeamten, sich mit überzeugenden Argumenten

gegen den Bau der Anlage in dieser Form aussprechen, ein höchster Beamter des Hauses am Senator vorbei den Bürgermeister einschaltet, verfügt der Senator, daß die Planung im Sinne Bremerhavens unterstützt werden soll. Meine Damen und Herren, über die Motivation seines Dienstherrn hat der Zeuge Streu vor dem Untersuchungsausschuß interessante Mutmaßungen angestellt, die ich hier nicht wiederholen will, aber auf die ich mich beziehe.

Kommunalaufsicht! Zur Kommunalaufsicht lassen Sie mich namens der FDP-Fraktion vorweg sagen, daß wir Freien Demokraten sehr wohl dafür Verständnis haben, daß das Verhältnis zwischen Bremen und Bremerhaven nicht das einer Hauptstadt zu einer Provinzstadt sein kann, sondern daß es sich auf partnerschaftliche Zusammenarbeit gründen muß.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie mir in diesem Zusammenhang den historischen Rückblick gestatten, so darf ich darauf hinweisen, daß es in der Vergangenheit gerade hervorragende Vertreter der Liberalen wie zum Beispiel Herr Becké und Herr Koch-Weser gewesen sind, die sich um eben dieses Verhältnis in dem Sinne, den ich eben beschrieben habe, bemüht haben. Wir beabsichtigen, dies auch fortzusetzen und zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Diese gewachsene Entwicklung darf aber nicht dazu führen, meine Damen und Herren, daß eine Kommunalaufsicht praktisch nicht stattfindet. Das Institut der Kommunalaufsicht ist nicht nur dazu da, reglementierend in die Rechte selbständiger Gemeinden einzugreifen, sondern es erfüllt auch die im Interesse der Gemeinde positive Funktion, Fehlentscheidungen, die immer vorkommen können, zu verhindern.

Der Bremer Senat wird dieser Aufgabe nicht gerecht, wenn er die Kommunalaufsicht so ausübt, daß ein Beamter der Innenbehörde nach mehreren Wochen die Protokolle des Magistrats erhält, sie dann irgendwo ablegt oder weiterleitet an ein Fachressort, damit sie dann dort abgelegt werden.

(Beifall bei der FDP)

In der Empfehlung des Ausschusses zu diesem Punkt mag der Senat unsere Auffassung erkennen, daß hier ein klarer Mißstand vorliegt.

Finanzielle Belastungen des Landes Bremen! Auch wenn klar festgestellt ist, daß die auftretenden Verluste dieser Anlage auf keinen Fall vom Land Bremen getragen werden, so bleibt doch die Tatsache, daß die Finanzkraft Bremerhavens dadurch geschwächt wird. Ein dadurch entstehendes Loch im Haushalt Bremerhavens muß mit Mitteln gestopft werden, die sonst sinnvoll anderweitig eingesetzt werden könnten und sich dort positiv für unseren Zweistädtestaat auswirken könnten. Wichtig ist aber in diesem Zusammenhang aus der Sicht des

(C)

(D)



(A) Landes — das unterstreiche ich nochmals —, daß Bremerhaven etwaige Wünsche auf Finanzhilfe des Landes in Zukunft auch politisch nicht auf die finanzielle Klemme stützen kann, die durch die MBA entstehen kann, wir fürchten, entstehen wird.

(Beifall bei der FDP)

Abschließend, meine Damen und Herren, greife ich noch einmal in wenigen Punkten heraus und fasse zusammen, welche Versäumnisse und Fehler den Verantwortlichen in Bremen und Bremerhaven nach Auffassung der FDP-Fraktion anzulasten sind: erstens eine völlig unzulängliche Berechnung der Müllmenge in Bremerhaven; zweitens eine schlechte Verhandlungsführung mit den niedersächsischen Umlandgemeinden, auf deren Müll man angewiesen war; drittens eine unzureichende Unterrichtung Bremens und viertens die Schaffung vollendeter Tatsachen, die eine Änderung der Planung unmöglich machten. Diese Punkte richten sich an Bremerhaven.

(Beifall bei der FDP)

Dem Senat der Freien Hansestadt Bremen, der Landesregierung, muß angelastet werden: erstens die Nichtwahrnehmung gesetzlicher Kompetenzen durch das Land, zweitens die Unterdrückung schwerwiegender Bedenken der zuständigen Fachleute aufgrund faktischer Zwänge und drittens die mangelhafte Organisation und Ausübung der Kommunalaufsicht.

(B) (Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, welche Lehren sind zu ziehen? Die Lehren, die zu ziehen sind, müssen sein — nach unserer Auffassung —, daß wir in Zukunft jeder auf seiner Stufe die uns übertragenen Pflichten ernst nehmen und sie nicht irgendwelchen tatsächlichen oder vermeintlichen Zwängen politischer, wirtschaftlicher oder sonstiger sachlicher Art unterordnen.

Diese Anlage steht in Bremerhaven, und sie arbeitet. Wir sind — ich glaube, das müssen wir alle sein — daran interessiert, daß sie weiterarbeiten kann, daß sich die befürchteten Nachteile nicht in dem Maß, das sich jetzt abzeichnet, einstellen. Wir wollen nicht, daß sich politische Fehlentscheidungen letztlich zu Lasten des Bremerhavener Bürgers und Steuerzahlers auswirken.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wird die FDP alle sachgerechten Bemühungen unterstützen, die darauf gerichtet sind, diese Anlage auszulasten. Aber ich hebe hervor, alle sachgerechten Bemühungen, denn das Heranschaffen von Müll, durch dessen Verbrennung noch weitere Verluste produziert werden, ist keine sachgerechte Bemühung!

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Wir werden uns aber darum bemühen, jeden zu unterstützen, der sich für sachgerechte Lösungen einsetzt. Leider muß ich zur Zeit sagen, daß die MBA

gegenwärtig noch zu den Beispielen kommunaler Mißwirtschaft zählt. (C)

(Beifall bei der FDP — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Hört, hört!)

Ich verschweige auch nicht, daß nach unserer Auffassung dafür die SPD und ihre Funktionsträger die entscheidende Verantwortung tragen, und zwar in Bremerhaven ebenso wie im Land Bremen.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Dafür sollten die Bürger dieser SPD die Quittung geben. Die Bürger haben in diesem Jahr die Gelegenheit, der SPD die absolute Mehrheit und die Alleinherrschaft in Bremen und Bremerhaven zu nehmen. Die Bürger sollten diese Gelegenheit nutzen, denn Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hätte der Abgeordnete Wedemeier das Wort.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Nur wenn Sie noch 20 Minuten hierbleiben wollen!)

Wir wollen konzentriert arbeiten, meine Damen und Herren. Sind Sie bereit, etwas zu überziehen?

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Nein, dann müßt ihr allein bleiben! Wir haben einen Termin um 13 Uhr!)

Herr Abgeordneter Wedemeier, wie lange werden Sie sprechen? (D)

Abg. Wedemeier (SPD): Herr Präsident, der Kollege Neumann hat einen Termin um 13 Uhr. Da ich mich auch mit ihm unterhalten will, sehe ich nicht ein, daß ich das allein abmache.

**Präsident Dr. Klink:** Ist das so, Herr Kollege Neumann?

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist so!)

Dann unterbreche ich die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir kommen wieder zusammen um 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.51 Uhr)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir befinden uns bei Tagesordnungspunkt 17, Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

(A) **Abg. Wedemeler (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe etwas bedauert, daß bis jetzt die Chance, die ein einstimmiger Bericht bietet, nicht so recht genutzt worden ist, sondern statt dessen wieder einmal versucht wird, das eigene Süppchen gegenüber den anderen zu kochen. Das gilt insbesondere für Herrn Neumann. Ich komme darauf noch einmal zurück. Vielleicht bequemt er sich ja auch, die Debatte nicht nur zu verfolgen, wenn er an der Reihe ist, sondern auch einmal zuzuhören, was andere dazu zu sagen haben.

(Beifall bei der SPD)

Daß das Ganze mit einem Wahlauf Ruf der FDP endet, macht die Sache natürlich ein bißchen peinlich, Herr Lahmann.

(Abg. Lahmann [FDP]: Finde ich nicht!)

Aber ich habe dafür Verständnis, daß Sie sich nun nach dem gestrigen Landesparteitag etwas einfallen lassen müssen.

Ich will einmal auf Herrn Neumann zu sprechen kommen. Er hat den SPD-Mitgliedern gegenüber behauptet, das vorliegende Ergebnis hätten wir nicht verhindern können. Wir haben, und das wird Ihnen Herr Klein sicherlich bestätigen, wenn Sie ihn fragen würden, in keiner Phase im Ausschuß die Absicht gehabt, irgend etwas zu verschleiern oder ein Ergebnis zu verhindern. Mit der Stimmenmehrheit, die wir im Ausschuß gehabt haben, wäre das ohne weiteres möglich gewesen. Aber wir waren daran interessiert, Fehler, die gemacht worden sind, auch zu nennen und Lösungsvorschläge zu machen. So haben wir im Ausschuß mitgearbeitet, und unser Begehren war es nicht, dieses oder irgendein anderes Ergebnis zu verhindern.

Daß dabei natürlich auch wir selbst uns vorwerfen lassen müssen, daß die Sozialdemokraten sowohl im Land als auch in der Stadtgemeinde Bremerhaven wesentliche Verantwortung für dieses oder jenes tragen, zeigt, daß wir mit einiger Objektivität an die Sache herangegangen sind. Es ist völlig klar, daß überall dort, wo Verantwortung getragen und gearbeitet wird, auch Fehler gemacht werden, insofern sind Sie natürlich völlig fehlerlos, Herr Neumann!

(Abg. Neumann [CDU]: Da sind Sie der einzige, der das behauptet, aber ich bedanke mich!)

Aber Sozialdemokraten, die Verantwortung tragen, haben auch das Recht, Fehler machen zu dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihnen konnte man wahrscheinlich etwas anderes als das, was Sie hier heute morgen gebracht haben, auch gar nicht erwarten. Sie haben von Beginn an bei dieser Debatte wenig Wert darauf gelegt, Sachverhalte aufzuklären. Das begann mit dem Erpressungsvorwurf, den Sie hier, ohne ihn näher zu erläutern — das haben Sie erst im Aus-

schuß gemacht —, erhoben haben. Er hat sich am Ende in Luft aufgelöst. (C)

(Abg. Hollweg [CDU]: Sie sind doch als Linker hinein in den Ausschuß und kommen als Rechter wieder heraus, Herr Wedemeler! — Heiterkeit bei der CDU — Abg. v. Hassel [SPD]: Eine solche Veränderung geht bei Ihnen nicht, weil Sie schon so weit rechts sind!)

Im Gegensatz zu Ihnen habe ich wenigstens eine Position, Herr Hollweg! Sie wissen doch gar nicht, warum Sie in der CDU sind und warum Sie Abgeordneter sind!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wenn man nun mit dem Ergebnis als Rechter herausgekommen ist, dann kann ich das auch nicht ändern. Ich habe den Eindruck, daß dieses Ergebnis nicht unbedingt das ist, was man als ein rechtes betrachten muß, aber bei Ihrer Denkweise ist das vielleicht so zu sehen.

Ich komme zurück auf den Erpressungsvorwurf von Herrn Neumann und will dazu noch einmal wiederholen, was der Ausschuß in einem Zwischenbericht — leider nur mit den Stimmen der SPD und der FDP — festgestellt hat.

Aufgrund der Vernehmung des Zeugen Neumann steht zur Überzeugung des Untersuchungsausschusses fest, daß Neumann mit seiner Bemerkung in der Bremischen Bürgerschaft am 24. Juni 1976, es sei mit Methoden der Erpressung gearbeitet worden, ausschließlich eine politische Wertung vornehmen wollte. Es wäre schön gewesen, wenn dies bereits in der Bürgerschaftsdebatte am 24. Juni 1976 klar geworden wäre. Hier ist damals der Eindruck erweckt worden, als sei mit Methoden der Erpressung im strafrechtlichen Sinne gearbeitet worden. Dies ist erst im Ausschuß von Ihnen klargestellt worden. (D)

Die Frage wäre auch, wer auf wen — heute haben Sie von Druck gesprochen — Druck ausgeübt hat. Das ist auch eine Erörterung wert.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Sehr wahr!)

Ich weiß, daß zum Beispiel, als die Besetzung des Geschäftsführerpostens bei der MBA Bremerhaven anstand und dafür ein in der CDU qualifizierter Mann vorhanden war — was auch vorkommt —, die Bremer CDU offenbar besonders intensiven Druck in Bremerhaven ausgeübt hat, um zu verhindern, daß ein CDU-Mann sich überhaupt dafür bewirbt.

(Abg. Neumann [CDU]: Was? Wer war das denn?)

Wir wissen auch, daß während der Sitzung des Untersuchungsausschusses —

Daß Sie den Namen jetzt schnell vergessen wollen, ist mir völlig klar, aber es gibt in Bremerhaven auch CDU-Mitglieder, die sich verantwortlich fühlen für das, was dort passiert, und die daran mit-

(A) arbeiten wollen, daß die MBA ausgelastet werden kann!

Ich kann mich auch erinnern, daß, als im Untersuchungsausschuß die Frage der Vernehmung des Bürgermeisters Koschnick anstand, von Ihnen ein Brief an Herrn Bürgermeister Koschnick geschrieben wurde, er möge uns doch unter Druck setzen, damit er vernommen werde. Dies ist doch wichtig.

Wir haben als SPD-Mitglieder des Ausschusses weder mit dem Fraktionsvorstand Kontakt aufgenommen und gefragt, was zu tun sei, noch haben wir mit dem Bürgermeister in der Sache Kontakt aufgenommen. Wir haben einfach die Auffassung vertreten, und dies auch am Schluß, daß eine Vernehmung des Bürgermeisters sich erübrigt, daß er nach unserer Auffassung nichts Neues mehr beizusteuern hätte, um Sachverhalte aufzuklären, und dabei bleiben wir auch heute. Daß diese Meinung wenigstens im Ansatz geteilt wird, zeigt ja, daß trotz der Nichtvernehmung des Bürgermeisters ein einstimmiger Beschluß zustande gekommen ist. Wenn man der Auffassung ist, daß er unbedingt vernommen werden muß, dann kann man ja nicht einen einstimmigen Bericht zustande bekommen.

Unabhängig davon ist die Frage natürlich zu sehen, ob derartige Anträge von Minderheiten übernommen werden müssen, aber dazu bedarf es einer Regelung, die es zur Zeit in unserem Parlament noch nicht gibt.

(B) In Bremerhaven jedenfalls war es so, daß von Beginn an bei der Planung und Errichtung der Müllbeseitigungsanlage die im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien sich einig waren darin, daß eine Müllbeseitigungsanlage erstellt wird, und sich auch bis zur Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung über den Rahmenvertrag einig waren.

Darüber haben Sie nicht gesprochen. Sie haben so getan, als ob in Bremerhaven im Magistrat nur die Sozialdemokraten sitzen, und haben übersehen, daß auch CDU-Mitglieder und FDP-Mitglieder im Magistrat diese Sachentscheidung mit getroffen haben. Die einzigen Kritiker, die ich damals in Bremerhaven ausmachen konnte, waren die Jungsozialisten.

(Beifall bei der SPD — Abg. Wilhelm s  
[CDU]: Unter Anführung von Herrn Beck-  
meyer!)

Es läßt sich an verschiedenen Beispielen belegen.

Herr Wilhelm s, über die Rolle der einzelnen Mitglieder des Untersuchungsausschusses wollen wir nicht reden, auch nicht über Ihre frühere Rolle und auch nicht über die Frage, wer was für welche Politik in seinem Unterbezirk oder in seinem Kreisverband benutzt!

(Beifall bei der SPD — Abg. Kähler  
[SPD]: Sehr richtig!)

In Bremerhaven hat die SPD-Stadtverordnetenfraktion eine Sitzung zur Frage der Müllbeseitigung

durchgeführt, lange bevor entscheidende Beschlüsse gefaßt waren. Dazu wurden auch die Spitzen der CDU und der FDP eingeladen, die auch gekommen sind. Hier in Bremen hat das noch niemand getan, die anderen zu einer Fraktionssitzung einzuladen. Dort war das möglich. (C)

In Bremerhaven hat es auch am 5. 12. 1973 noch einen einstimmigen Magistratsbeschluß gegeben, am 14. 12. 1973 noch einen einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, und, wie gesagt, erst bei der Frage des Rahmenvertrages hat die CDU in Bremerhaven, ich glaube, auch die FDP in Bremerhaven, in der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr mitgestimmt.

Beim Sondervergabeausschuß sind ebenfalls einstimmige Beschlüsse gefallen. Dieser Sondervergabeausschuß ist nicht eingesetzt worden, damit Herr Lenz es leichter hatte oder damit andere Meinungen unterdrückt werden in Bremerhaven, sondern er ist eingesetzt worden von allen drei Parteien, einstimmig, um das Verfahren zu erleichtern, eine an sich sinnvolle Entscheidung!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Aber rechts-  
widrig!)

Ja! Übersehen, und zwar von allen übersehen, von SPD, CDU und FDP, das, was wohl nicht in Einklang zu bringen war mit der Geschäftsordnung und auch mit der Stadtverfassung von Bremerhaven! Hier liegt der entscheidende Fehler bei der Errichtung des Sondervergabeausschusses. Er hätte nicht eingesetzt werden dürfen. (D)

Wenn man dies kritisiert, dann muß jeder selbstkritisch sagen, und wir tun das, daß er die Einsetzung dieses Ausschusses hätte verhindern müssen. Aber nicht nur die Sozialdemokraten müssen es selbstkritisch sagen, auch die CDU und die FDP sind aufgerufen, darüber nachzudenken, warum sie nicht in Bremerhaven die Einsetzung dieses Sondervergabeausschusses verhindert haben. Ich könnte mir denken, daß man etwas euphorisch bei der Einrichtung dieses Ausschusses vorgegangen ist.

Herr Neumann, das ist es, was ich vermisse, daß Sie hier nicht dazu kommen, die Chancen, die dieser Bericht bietet, zu nutzen. Sie tun hier so, als gäbe es in Bremerhaven die CDU und die FDP nicht. Ich gebe zu, daß in der Öffentlichkeit in Bremerhaven dieser Eindruck entstehen kann, aber Sie wissen, daß in Bremerhaven die CDU in der Stadtverordnetenversammlung noch vertreten ist.

(Beifall bei der SPD — Abg. Wilhelm s  
[CDU]: Das bleibt sie auch!)

Zur Vorgeschichte der MBA! Die wesentlichen Gespräche und Entscheidungen in Bremerhaven sind unter dem Eindruck der Energiekrise 1973 gelaufen. Das muß man wissen, wenn man darüber redet, wie die Bremerhavener MBA zustande gekommen ist. Was eine auch nur noch so kleine Energiekrise bewirken kann, merken wir bei der Iran-Krise im

- (A) Augenblick, bei der sogar bisher gestandene Anti-Atomkämpfer darüber nachdenken, ob man vielleicht doch Atomkraft braucht, die man nach meiner Überzeugung später nicht mehr braucht, weil sich das wieder normalisieren wird und auch die neuen Machthaber an Geschäften interessiert sind. Aber damals, 1973, war die Energiekrise der große Schock.
- Unter diesem Aspekt muß man die Errichtung der Müllbeseitigungsanlage sehen, und es gab auch keine ernsthafte Alternative. All das, was an Alternativen diskutiert worden ist, war keine Alternative, weder Kompostierung noch Deponierung. Im Landkreis hat man bis heute keine geordnete Depo- nie zustande bekommen, und die Bremerhavener wären bis heute auf den Grauen Wall angewiesen gewesen, wenn sie sich nicht für die MBA entschieden hätten.
- Das entschuldigt natürlich überhaupt nicht die Kritik oder die Fehlentscheidungen, die hier und da in Bremerhaven und auch im Lande Bremen bei der Errichtung getroffen worden sind. Mir geht es nur darum, auch einmal klarzumachen, wie das Ganze zustande gekommen ist. Auch in Bremen, das ist heute morgen schon angesprochen worden, hat bisher jeder dazu geschwiegen, wie wohl der vierte Ofen zustande gekommen ist und wie wohl die Müllverbrennungsanlage überhaupt arbeitet. Ich habe das Vergnügen, jeden Morgen und jeden Nachmittag dort vorbeifahren zu dürfen, und wäre für eine Rauchgaswäsche ganz dankbar in Bremen.
- (B) (Beifall bei SPD und CDU)
- Zur Müllmengenberechnung kann man nicht sagen, daß die Sozialdemokraten in Bremerhaven eine falsche Müllmengenberechnung gemacht oder bestellt hätten. Das ist doch völliger Blödsinn! Auch die Neue Heimat mußte doch daran interessiert sein, eine vernünftige Müllmengenberechnung zu bekommen. Was nützt mir ein Pilot-Projekt, und was nützen mir Gäste aus Moskau, die sich auf zwei Ofen sonnen, weil nur einer brennt!
- (Heiterkeit bei der CDU)
- Man kann nicht sagen, daß nur, weil eine Riesen- anlage hingestellt werden sollte, eine falsche Müll- mengenberechnung aufgestellt worden sei. Herr Berghaus, der Experte war auf diesem Gebiet, der anerkannt war in der Bundesrepublik, über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus, hat schlichtweg eine falsche Berechnung vorgelegt, und den schieben Sie uns nun bitte nicht in die Schuhe, Herr Hollweg! Vielleicht wissen Sie, welcher Partei er angehört hat!
- (Heiterkeit bei der SPD)
- Man hätte natürlich auch daran denken können, diese Müllmengenberechnung zu überprüfen, das ist völlig klar. Man hätte dazu ein Gutachten einholen können.
- (Abg. Klein [CDU]: Für 3 000 Mark!)
- Für 3 000 DM, selbstverständlich! (C)
- (Abg. Fluß [SPD]: Sei doch nicht so vor- nehm! Sag doch, daß er in der CDU ist!)
- Das ist ja nicht der Grund, warum er sich verrechnet hat!
- (Stürmische Heiterkeit bei der SPD)
- Das ist nur der Grund für die CDU, ihn schamhaft zu verschweigen. Für uns wäre das kein Grund.
- (Beifall bei der SPD)
- Es ist auch darauf hingewiesen worden von dem Büro Goepfert und Reimer, daß das falsch sein könnte, und er hat die falschen Angaben trotzdem bestätigt.
- (Abg. Klein [CDU]: Aber nur für Bre- merhaven, nicht für das Umland!)
- Der Bürgermeister hat heute morgen bereits fest- gestellt, wo überall falsche Müllmengenberechnun- gen gemacht worden sind. In Bremen sind nach mei- nem Wissen überhaupt keine richtigen Müllmengen- berechnungen angestellt worden. Es ist auch ge- schätzt worden. Beim Umland haben sich zumindest die Angaben für Wesermünde als richtig erwiesen, das andere waren zum Teil auch Fehleinschätzun- gen.
- Eines ist natürlich Unsinn, Herr Lahmann! Man kann nicht sagen, weil sie nun in Bremerhaven für 10,50 DM Müll aus dem Umland annehmen, würden zusätzliche Verluste produziert. (D)
- (Abg. Gassdorf [CDU]: Das kann man nicht sagen, aber es stimmt!)
- Das stimmt nicht, das wird Ihnen jeder Kaufmann bestätigen. Ich glaube, Sie waren auch einmal eifer!
- (Heiterkeit bei der SPD)
- Auftretende Verluste kann man mit dem zusätz- lichen Müll auch verkleinern. Man hat es jetzt in Bremerhaven nicht mehr nötig, ab Freitagmittag oder -abend Ő hineinzukippen, denn man bekommt den Müll, den man braucht, um den Kessel durchzu- fahren, und dann noch 10,50 DM pro Tonne, da kann man nicht von weiteren Verlusten sprechen.
- (Abg. Lahmann [FDP]: Die bekommen noch etwas geschenkt, wie?)
- Im übrigen, wenn verglichen wird, welche Preise das Umland zahlt und welche Preise der Bremer- havener Bürger zahlt, der sich bisher, soweit ich die Bremerhavener Presse verfolgt habe, nicht dar- über beschwert hat, daß er für diese Anlage das zu bezahlen hat, dann muß man sich natürlich auch darum kümmern, was denn Bremen macht, um seine Müllverbrennungsanlage auszulasten. Die Verdener zahlen nur 50 Prozent des Preises, den die Bremer Bürger zu zahlen haben.
- (Abg. Klein [CDU]: Immerhin 24 DM statt 10,60 DM!)

(A) Natürlich, ein bißchen mehr als in Bremerhaven! Bremen war schon immer etwas teurer!

(Heiterkeit bei der SPD)

Zur Abstimmung mit Niedersachsen und Bremen! Man muß zugeben, daß die Bremerhavener frühzeitig Verhandlungen mit Niedersachsen geführt haben, auch wenn sie dazu nicht berechtigt waren, aber sie hätten auch zum Erfolg führen können, und dann hätten wir uns gefreut. Es muß aber auch gesagt werden, daß sie etwas zu spät Bremen unterrichtet haben. Am 25. 1. 1974 konkret eine Unterrichtung Bremens! Das war zu spät. Herr Berghaus hat auf Anforderung des Umweltschutzsenators in einer Phase, als die MBA schon im Gespräch war bei den Verantwortlichen in Bremerhaven, noch mitgeteilt, man denke nicht daran, eine MBA zu bauen. Das ist keine korrekte Unterrichtung Bremens.

Aber umgekehrt, das Land hatte die Kompetenz einzugreifen. Wenn man kritisiert, daß Bremerhaven Bremen zu spät unterrichtet hat, muß man auch sagen, das Land Bremen hätte früher, als es das getan hat, in Bremerhaven eingreifen können. Ich will das einmal vorsichtiger formulieren: sich sachverständig machen können, was dort passierte. Ich will von eingreifen gar nicht reden, aber Bremen hätte sich darum kümmern können. Das Sammeln von Zeitungsartikeln genügt da nicht. Es hätte mehr passieren müssen.

(B)

(Beifall bei CDU und FDP)

Man wußte seit langem, was in Bremerhaven geplant war, und konnte am Schluß nicht so tun, als ob man nichts davon gewußt hätte.

Hier ist aber festzuhalten, daß wir, wenn wir über Kommunalaufsicht diskutieren, vorsichtig sein müssen. Ich will einmal zitieren, was der Untersuchungsausschuß dazu gesagt hat: „Das Land hat die Kommunalaufsicht nicht hinreichend ausgeübt. Dabei verkennt der Ausschuß nicht, daß das gewachsene geschichtliche Verhältnis der Gebietskörperschaften im Land Bremen zueinander eine behutsame Handhabung der Kommunalaufsicht erfordert.“

Das unterstreiche ich. Es darf nicht sein, daß nach Errichtung der MBA und den Vorgängen um die Errichtung der MBA nun eine Kommunalaufsicht durchgeführt wird, die Bremerhaven etwa an der kurzen Leine hat. Dafür ist der Zusammenschluß von Bremen und Bremerhaven damals zu diskutieren, und man hat sich zu fragen, wie das Land Bremen eigentlich entstanden ist. Nur derjenige, dem es egal ist, ob es weiterexistiert, kann Bremerhaven an die kurze Leine legen. Es wäre allerdings sinnvoll, daß, wenn schon in der Bremerhavener Stadtverfassung selbst die Kommunalaufsicht aufgeführt ist, diese dann auch mehr als bisher ausgeübt wird.

Ich habe heute morgen aus der Rede des Bürgermeisters vernommen, daß da schon einiges passiert

ist, und ich meine, dies ist ein erstes konkretes Ergebnis in Sachen Kommunalaufsicht, für das wir dankbar sein sollten. Ich warne allerdings davor zu übertreiben. (C)

Dann werden hin und wieder — und bei Herrn Lenz macht das natürlich auch Spaß, Herr Neumann, für Sie jedenfalls —

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist wenigstens ein Gegner!)

der Paragraph 11 der Bremerhavener Stadtverfassung und der Artikel 84 Landesverfassung zitiert. Herr Neumann spricht sogar von einem Verstoß. Ich stelle noch einmal fest, daß der Untersuchungsausschuß keinen Verstoß gegen Paragraph 11 festgestellt hat, sondern gesagt hat,

(Abg. Neumann [CDU]: Er hat ihn aber nicht eingehalten, sagen Sie!)

es wäre besser gewesen, wenn der Anschein der Interessenkollision vermieden worden wäre. Das ist der Sinn des Paragraphen 11 der Bremerhavener Stadtverfassung, und das ist der Sinn des Artikels 84 der Landesverfassung.

Ich darf mir aber den Hinweis erlauben, daß die einzigen, die offen auch in der eigenen Partei vor der Öffentlichkeit über Paragraph 11 und Artikel 84 diskutieren, die Sozialdemokraten sind. Ich habe bisher von den Christlichen Demokraten und auch von Freien Demokraten

(D)

(Abg. Lahmann [FDP]: Stimmt nicht!)

wenig darüber gehört. Bei Ihnen, Herr Lahmann, ist es auch so, daß Sie mit 13 Abgeordneten nicht so leicht in die Gefahr der Interessenkollision kommen. Von der CDU habe ich bisher öffentlich wenig darüber gehört.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Wir sind aber mehr als 13!)

Es ging immer nur darum, den Versuch — die betroffenen sind, das glaube ich! —

(Abg. v. Hassel [SPD]: Allerdings!)

zu unternehmen, die SPD im Land Bremen zum Beispiel regierungsunfähig zu machen. Ich darf an Anfang 1976 erinnern. Das war doch keine Debatte um die Frage einer Befangenheit. Es war eine Debatte, die zum Ziel hatte, die Mehrheiten in diesem Hause zu verändern, und das haben die Sozialdemokraten verhindert, indem sie das Problem öffentlich diskutiert haben, Namen genannt haben und für Konsequenzen gesorgt haben. Ich komme gleich noch darauf zurück, daß wir das bei anderen Parteien vermissen.

Auch heute sind wir alle noch nicht so sensibilisiert, daß jedem gleich auffällt, daß er befangen sein könnte. Es hat neulich eine Abstimmung in der Stadtbürgerschaft gegeben über einen Bebauungsplan im Ostertorgebiet, bei der mir aufgefallen

(A) ist, daß ein Kollege noch anwesend war, der dort ein Grundstück besitzt. Also, wir sind noch nicht soweit, daß wir das jedesmal erkennen. Vielleicht ist es auch gar nicht sinnvoll, das nun allzusehr zu übertreiben.

Aber dies ist doch nicht nur eine Frage, mit der sich die SPD zu beschäftigen hat, und darauf möchte ich jetzt kommen. Herr Neumann, ich empfehle Ihnen dringend, daß Sie auch in Ihrer Partei, auch in Bremerhaven, nachfragen, wer denn wohl befähigt sein könnte, daß auch Sie sich ein bißchen sensibler verhalten, als das bisher der Fall gewesen ist, und Sie nicht nur Herrn Lenz vorwerfen, er hätte sich falsch verhalten.

Wir haben bereits festgestellt, daß formal ein Verstoß nicht vorliegt, daß aber, um den Anschein einer Interessenkollision zu vermeiden, es besser gewesen wäre, Herr Lenz hätte an bestimmten Sitzungen nicht teilgenommen. Aber da gibt es in Bremerhaven nicht nur Mitglieder der SPD, die sensibilisiert werden müssen. Es gibt einen Fraktionsvorsitzenden in Bremerhaven — ich sage jetzt immer Richard Lahmann, damit hier kein falscher Verdacht aufkommt —,

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Danke sehr!)

dem das ebenfalls nahezulegen wäre, auch im Zusammenhang mit der Errichtung der MBA.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Haben Sie da Anhaltspunkte?)

(B)

Ich habe Anhaltspunkte, ich komme darauf! Am 18. August 1975 hat es eine Sitzung des Finanzausschusses gegeben.

(Zuruf des Abg. H o l l w e g [CDU])

Wissen Sie, Herr Hollweg, als Landesvorsitzendem möchte ich Ihnen empfehlen, wenn in Ihrer Partei auch Mitglieder von Interessenkollisionen bedroht sind, sie nicht dadurch zu bestrafen, daß man sie von der Liste herunterholt und Herrn Wilhelms recht gibt, dann ist das doch völlig sinnlos, sondern es wäre doch sinnvoll, sie darauf hinzuweisen, sie sollten sich in Zukunft anders verhalten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Lahmann in Bremerhaven! Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß auch die anderen Parteien in Bremerhaven Wert darauf legen, daß ein so sachkundiger Mann wie Herr Richard Lahmann weiter in der Stadtverordnetenversammlung tätig ist. Ich will aber nur aufzeigen, daß auch Sie Anlaß haben, über dieses Thema nachzudenken.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Das steht aber nicht im Bericht! — Abg. v. H a s s e l [SPD]: Was Sie gesagt haben, steht auch nicht im Bericht!)

Am 18. August 1975 hat es eine Sitzung des Finanzausschusses in Bremerhaven gegeben, an der

Herr Lahmann teilgenommen hat. Es ging um weiter beabsichtigte Darlehensaufnahmen, die der Verwaltungsdirektor Schlemmermeier vorgetragen hat. Dort sind zwei Darlehen besprochen worden, die von der Geestemünder Bank aufgenommen wurden. Der Finanzausschuß beschließt, der Stadtverordnetenversammlung die Aufnahme auch dieser Darlehen zu empfehlen. Wo Herr Richard Lahmann im Vorstand beschäftigt ist, wissen wir.

Am 26. Mai 1976 hat es, als hier in der Bürgerschaft bereits über Interessenkollision diskutiert wurde und Sie so getan haben, als ob das nur die SPD angehe, ebenfalls eine Sitzung des Finanzausschusses gegeben. Dort hat der Stadtverordnete Lahmann angeregt zu prüfen, ob nicht günstigere kurzfristige Darlehen als Kassenkredite aufgenommen werden können als die, die vorgeschlagen worden sind. Es wurden nämlich welche vorgeschlagen, die nicht von der Geestemünder Bank aufgenommen werden sollten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Am 20. August 1976 hat es wieder eine Sitzung des Finanzausschusses, wieder mit Herrn Richard Lahmann, gegeben.

(Abg. J e t t k a [SPD]: Das ist keine Verfilzung!)

Dort ist wieder über Darlehen diskutiert worden, und der Stadtverordnetenvorsteher Lemke hat vorgeschlagen zu prüfen, ob nicht Bremerhavener Geldinstitute zu günstigeren oder gleichen Konditionen einsteigen könnten. Prompt antwortete der Stadtverordnete Richard Lahmann, daß er es für möglich halte, daß die Geestemünder Bank dazu bereit sein könnte.

(D)

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich möchte jetzt zu Ende kommen und keine Zwischenfrage annehmen. Am Ende erklärt sich auch lediglich die Geestemünder Bank bereit, günstigere Konditionen einzuräumen.

Noch 1977 war das Bewußtsein nicht so weit in der CDU, daß man auch in den eigenen Reihen einmal über dieses Problem diskutieren konnte. Am 8. Februar 1977 gab es erneut eine Sitzung des Finanzausschusses.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Steht das alles im Bericht?)

Ich zitiere das, ich gebe Ihnen das gern!

Nunmehr greift Stadtrat Brandt das Problem der Bürgschaften auf und gibt dem Finanzausschuß folgenden Situationsbericht zur 1975 übernommenen Bürgschaft, wobei er auf ein Gespräch, das am 3. 2. beim Senator für Finanzen stattfand, verweist. Teilnehmer an diesem Gespräch waren — und dann kommen einige Teilnehmer. Bei dieser Sitzung ver-

(A) läßt dann Herr Lahmann zum ersten Mal in der Geschichte seiner Karriere in Bremerhaven die Sitzung.

(Heiterkeit bei der SPD)

Zum ersten Mal! Anschließend gibt es eine heftige Debatte. Das ist auch — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Die wollten ihn drinbehalten! — Heiterkeit)

Passen Sie auf! Es gab in der Tat Mitglieder, die ihn wieder hereinhaben wollten!

(Abg. Neumann [CDU]: Von der SPD, oder wie?)

Da sind ja nicht nur SPD-Mitglieder im Ausschuß, auch Ihre Kollegen!

Er hat auf ausdrücklichen Wunsch die Sitzung wieder betreten

(Heiterkeit bei der SPD)

und dann aber nur noch Auskünfte gegeben und nicht mehr mitberaten. Feiner Unterschied!

Dann gibt es eine Diskussion. Stadtverordneter Dr. Hübner — CDU, muß ich dazu sagen — regt an, ein Betroffener solle sich jeweils zu Beginn einer Beratung fragen, ob allgemein gewünscht werde, daß er den Raum verlasse.

(Starke Heiterkeit bei der SPD)

(B) Stadtrat Jacobi, auch CDU, entgegnet, dies werde sich aber als schwierig erweisen, weil man oft, wie beispielsweise er selbst als Vertreter des Einzelhandelsverbandes — jetzt weiß ich gar nicht mehr, ob ich weiterreden darf,

(Starke Heiterkeit)

aber ich komme ja nicht aus Bremerhaven —, nicht wisse, wie weit eine solche Interessenkollision zu stecken sei. Also auch die CDU-Stadtverordneten haben enorme Schwierigkeiten, bei sich selbst festzustellen, ob Interessenkollision vorhanden ist!

Herr Dr. Illigner, FDP, meint — dessen Meinung sich auch der vorgenannte Stadtrat Jacobi ausdrücklich anschließt —, es müsse grundsätzlich nur gewährleistet werden, daß der Betroffene sich zurücksetze

(Heiterkeit)

und nicht mitstimme.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Zurücksetze oder zurücklehne?)

Dies sei jeweils im Protokoll zu vermerken. Man hat sich offenbar allgemein zurückgelehnt bei dem Problem!

Meine Damen und Herren, ich habe dies vorgebracht, weil ich — so spaßig ist das an sich gar nicht — der Meinung bin, daß, wenn wir über dieses Thema diskutieren, wir über uns alle zu diskutie-

ren haben und nicht nur immer der eine über den anderen zu diskutieren hat. (C)

(Beifall bei der SPD)

Nur dann werden wir bei der Wählerschaft auch insgesamt glaubwürdig, ansonsten ist all das, was wir über Parteiverdrossenheit — manche reden sogar über Staatsverdrossenheit — diskutieren, in den Wind geredet, wenn wir über diese Verdrossenheit diskutieren und immer nur die andere Partei meinen. Ich meine, es wäre an der Zeit, daß alle prüfen, ob nicht auch ihre eigene Partei bei solchen Themen gemeint ist. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Richter zu seiner Jungferrede das Wort. Das Thema Müll scheint ja große Reize zu haben!

Abg. Richter (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte mir eigentlich auch ein anderes Thema für meine Jungferrede gedacht, aber nachdem ich nun am Vormittag und auch eben am Nachmittag diese Debatte mit Aufmerksamkeit verfolgt habe, habe ich einmal an die Leute außerhalb dieses Hauses gedacht, die sich von dieser Debatte doch vielleicht Aufklärung, Information oder was auch immer über den Sachstand erhoffen. Ich habe versucht, mir vorzustellen, wie sie das werten würden, was wir hier debattieren. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei vielen der Bürger draußen hierbei der Eindruck entstehen muß, daß so, wie wir debattieren, ihnen in einer solchen Menge Sand in die Augen gestreut wird, daß davon bequem ein Strandbad zu errichten ist. (D)

(Beifall bei der FDP — Unruhe — Abg. Kähler [SPD]: Ein Strandbad aus Sand? Ich bade lieber in Wasser!)

Meine Damen und Herren, Sie haben vielleicht in der Erregung nicht ganz zugehört. Ich habe nicht gesagt, daß dies so sei. Dies ist der Eindruck, der beim Bürger entstehen kann.

Ich will auch etwas dazu sagen, weswegen ich dieser Meinung bin. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn jemand im Parlament hart angegangen wird und wenn er sich auch in ebensolcher Weise dessen erwehrt. Allerdings bin ich der Meinung, daß so ein Hickhack, ob nun der Herr Berghaus der Müllpapst ist oder ob er es nicht ist, wenn er es ist, welcher Partei er angehört oder nicht angehört, daß das Sachen sind, die bestenfalls zweit-rangig interessant sein können bei der Behandlung dieses Themas.

(Beifall bei der FDP)

Es ist zum Ergebnis des Untersuchungsausschusses schon sehr viel gesagt worden von verschiedenen Sprechern. Ich möchte mich jetzt primär einem Thema zuwenden, von dem ich annehme, daß es auch für die Bürger im Land in besonderem Maße

(A) interessant ist, und zwar ist das das Thema, was die Anlage kostet und nicht nur, was sie gekostet hat, sondern was sie laufend kostet.

Die Sache ist ganz klar, darüber sind wir uns alle einig, die Anlage steht, sie ist offensichtlich zu groß. Wir hatten eine Auslastung — wenn ich das richtig weiß — im vergangenen Jahr von etwa einem Drittel. Das führte dann zu der merkwürdigen Situation, daß an den Wochenenden die Anlage mit Heizöl gefahren wurde. Das muß man sich einmal vorstellen, das ist eine Ironie sondergleichen, die Anlage wird gebaut, da wird argumentiert mit der Situation „Olschock“, „autofreier Sonntag“, und dann verheizt man Heizöl, das ist schon ein bißchen merkwürdig!

Die Anlage muß möglichst voll betrieben werden, darüber sind wir uns auch einig. Um sie zu betreiben, muß man also jetzt — ganz klar — Müll importieren. Nun wird argumentiert, dies sei bisher alles schon ganz zufriedenstellend gelaufen, indem der Altkreis Wesermünde nunmehr seinen Müll in Bremerhaven anlieferne.

Der Effekt ist klar, die Anlage läuft also jetzt auch das Wochenende durch. Nur meine ich, daß das, was Herr Wedemeier vorgerechnet hat, dann doch irgendwo eine Milchmädchenrechnung ist. Vollkommen klar, wir sind uns einig, wenn die Anlage voll läuft, ist das immer noch besser, als wenn man weiter Heizöl verbrennen muß! Aber wenn man jetzt die Kosten dagegen hält — —.

(B) Ich wollte noch zu den Kosten des Heizöls etwas sagen: In den Unterlagen des Untersuchungsausschusses habe ich gelesen, daß die Kosten — das Heizöl und die Nebenkosten — per Anno eine Million DM betragen. Dann habe ich zurückgerechnet, daß man dafür ungefähr 100 000 Tonnen Müll verbrennen kann, wenn man den Preis zugrunde legt, den der Altkreis Wesermünde bezahlen muß, und das wiederum ist mehr, als Bremerhaven an Müll hat! Das ist übrigens auch eine ganz interessante Rechnung.

(Beifall bei FDP und CDU — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

Die Milchmädchenrechnung liegt darin, daß hier der Eindruck entstehen könnte — ich will es jetzt einmal überspitzt formulieren —, daß das eine großartige Sache ist und die Stadt Bremerhaven mit der Anlage ein Bombengeschäft macht und ungefähr jetzt noch eine weitere Anlage danebengestellt werden muß. Tatsache ist aber, daß Sie einem Bürger nur sehr schwer klarmachen können, weswegen er — und das weiß er ja — für das Verbrennen seines Mülls mehr zahlen muß als der Bürger, der außerhalb der Stadtgrenzen wohnt!

(Abg. v. Hassel [SPD]: Woher wissen Sie denn das? Kennen Sie die Müllgebühren des Landkreises?)

Ich kenne das Schreiben, aus dem hervorgeht, daß, laut Mitteilung der MBA-Gesellschaft, die Verbrennung aus dem Altkreis Wesermünde pro Tonne mit 10,60 DM bezahlt wird.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Aber das sind doch nicht die einzigen Kosten, Herr Richter! Das wissen Sie doch!)

Das ist mir vollkommen klar, aber Sie wissen doch auch, daß die Verbrennungskosten für die Bremerhavener Bürger höher sind! Die Abschlagszahlung, meine Damen und Herren, beläuft sich auf 50 DM. Aber auch die stimmt nur dann, wenn die Anlage Vollast fährt, und das ist ja bis dato noch nicht der Fall!

(Beifall bei der FDP und CDU)

Tun wir doch nicht so, als ob das also wirklich preiswert wäre! Ich habe gar nichts dagegen, daß man eine möglichst umweltfreundliche Anlage baut, daß man eine möglichst gute Technologie hinstellt. Aber, und das ist das Anliegen meiner Rede, ich meine, es ist ein Gebot der Fairneß gegenüber den Bremerhavener Bürgern, wenn wir hier erklären — und das sollten nicht nur die Oppositionspolitiker tun, meine ich —, und zwar ausdrücklich, daß das etwas kostet und daß das bezahlt werden muß!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das steht doch im Bericht!)

So etwas muß doch einmal ausdrücklich gesagt werden! Der Hinweis, daß für das Land keine weiteren Belastungen aufkommen würden, wie ich ihn im Bericht gefunden habe, reicht mir nicht, der ist mir so zu lapidar. Das Geld fehlt irgendwo. Ich kann nicht aus der rechten Tasche etwas ausgeben, was ich nicht im Zweifel in die linke hineinbekomme.

Meine Damen und Herren, niemand kommt an der Tatsache vorbei, daß jede einzelne Tonne verbrannter Müll einen kräftigen Zuschuß aus Steuergeldern frißt. Verantwortliche sollen jedoch meines Erachtens den Mut haben, das dem Bürger auch in aller Deutlichkeit zu sagen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige wenige Worte zu den Ausführungen der Sprecher der Opposition von heute vormittag! Ich habe versucht, in meinem Bericht auch Stellung zu nehmen zu einigen Fragen, die im Untersuchungsausschuß nicht abgehandelt werden konnten. Ich gebe zu, für Herrn Neumann war schwierig, bei der Vorbereitung seiner Rede darauf einzugehen in Unkenntnis dessen, ob ich dazu etwas sagen würde. Sonst wären manche seiner Beiträge nicht so ausgefallen, wie er sie heute morgen geleistet hat.

(C)

(D)



(A) Ich darf folgende Bemerkungen machen! Erste Bemerkung: 1972 gab es ein Gespräch zwischen Herrn Boljahn und mir über die Übernahme der Bremer Müllverbrennungsanlage in eine freie gemeinnützige Gesellschaft, um außerhalb des Haushalts die Aufgaben des Umweltschutzes in diesem Bereich anzugehen.

Ich habe damals diesen Vorschlag an den Bau-senator mit der Bitte um Prüfung weitergegeben. Nach einem Jahr gab es ein neues Gespräch, weil die Prüfung bisher kein positives Ergebnis für Herrn Boljahn gebracht hatte. Übrigens bis heute nicht! Wir haben entschieden, wir werden die Müllverbrennungsanlage nicht in der Sonderform einer GmbH führen, sondern sie weiter in der jetzigen Form betreiben.

Erst im Jahre 1973 kam das erste Gespräch hinsichtlich der Überlegungen eines Modellvorhabens in Bremerhaven. Das ergeben die Unterlagen auch ganz eindeutig. Heute morgen ist wieder ein bißchen an der Sache vorbeigeredet worden. Ein Modellvorhaben ist doch ganz legitim in einer Zeit, in der wir fragen, was ist der beste Weg, um den Müll zu beseitigen. Kompostieren? Deponien sollen nicht mehr sein. Welcher Weg soll beschritten werden, wenn verbrannt wird, etwa mit Energieerzeugung oder nicht?

(B) Das waren Fragen, die wir schon einmal in Bremen erörtert hatten, als wir unsere Müllverbrennungsanlage gebaut haben und als die Stadtwerke Bremen AG sagte, wenn ihr Strom erzeugt, nehmen wir euch den Strom nur zu dem Preis ab, zu dem wir ihn selbst erzeugen. Es wurde nachgerechnet, und man kam zu dem Ergebnis, daß es sich nicht lohnte, Strom in Bremen zu erzeugen. Aber wir haben damals gesagt, daß wir Wärme auf jeden Fall aus dem Verbrennungsbereich haben wollen. Wir beheizen die Universität mit unserer Abfallwärme und jagen die Wärme nicht in die Luft, was heute — bei etwas mehr Umweltbewußtsein — auch wohl die falscheste Entscheidung gewesen wäre.

Wenn in jenen Beratungen in Bremerhaven — Müllmengen falsch berechnet oder nicht — die Überlegung aufkam, ob nicht eine solche Anlage nach den modernsten Gesichtspunkten des Umweltschutzes gebaut werden sollte, und wenn zwischenzeitlich im Planungszeitpunkt festgestellt wird, was man eigentlich tun kann, um ein Höchstmaß von energiepolitischer Auswertung von Müll zu bekommen, und jetzt kritisiert wird, die Anlage habe viel mehr Geld gekostet als geplant, dann muß ich Ihnen sagen, haben alle, die das sagen, noch nicht begriffen, daß mehr Umweltschutz auch mehr Geld kosten wird!

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir diese Wege gehen wollen, kostet das Geld. Zwar wird man fragen können, ob nicht am Anfang zu erkennen gewesen sei, daß Belastungen auf Bremerhaven zukommen würden. Dazu würde ich sagen: ja! Nur eines wird jeder sagen, der heute

(C) mit technischen Bauwerken zu tun hat, daß der Umfang dessen, was an neuen Forderungen an Umweltschutz kommt, nicht im Jahr 1970 oder 1971 geplant werden kann, wenn das Bauwerk erst im Jahr 1975 oder 1976 fertiggestellt werden kann. Diesen Aspekt werden wir bei allen Bauvorhaben erleben. Insofern reduziert sich der Vorwurf auf die Frage, ob nicht trotz allem noch das Bauvorhaben zu teuer gekommen ist! Diese Frage mag bautechnisch untersucht werden. Ich bin viel zuwenig Techniker, um das genau untersuchen zu können.

Für mich kam es aber darauf an, als damals für Bremerhaven die Chance bestand, fünf Millionen DM durch die Hilfe des Bundes zu bekommen und als gesagt wurde, es müßten Entscheidungen getroffen werden, oder die fünf Millionen DM verfallen, die als Zuschuß gewährt worden sind, zu versuchen, dieses Geld für Bremerhaven zu bekommen, denn es reduziert die künftigen Belastungen in Bremerhaven. Um nicht mehr und nicht weniger ging es im Gespräch mit Herrn Oberbürgermeister Selge und Herrn Dr. Illigner, dem Kollegen Seifritz und mir in meinem Zimmer.

(D) Nun kann man natürlich in einem Anflug von Kabarett oder Karneval daraus machen, „die Genossen haben zu Hans gesagt, nun mache das einmal so, mache einmal jenes“. Herr Neumann, Sie haben eine etwas seltsame Vorstellung von Umgangsformen im Rathaus! Verzeihen Sie! Wenn mir der Oberbürgermeister und der Stadtrat, wenn ein Abgeordneter dieses Parlaments, der heute Geburtstag feiert, in amtlicher Eigenschaft bei mir sind, dann sollten Sie mindestens soviel Respekt bezeugen und davon ausgehen, daß auch Kollegen der FDP — Dr. Illigner ist nämlich FDP-Mann gewesen und ist es heute noch — vernünftig mit mir verhandeln und daß diese Verhandlungen nicht in einer Form geführt werden, wie es Herr Neumann hier demonstriert hat!

(Beifall bei der SPD — Zuruf der Abg.  
Marianne Hänecke [CDU])

Jetzt lenken Sie ab, Frau Hänecke! Ich äußere mich im Augenblick zu Beiträgen von Herrn Neumann.

Die nächste Bemerkung ist: Es klingt ja alles so wunderschön. Plötzlich hat man von Erpressung nicht gesprochen oder Erpressung nicht gemeint, sondern jetzt wird gesagt, damit sei nur politischer Druck gemeint. Lesen Sie bitte einmal nach, was Sie hier und in Bremerhaven zur Müllverbrennungsanlage gesagt haben! Lesen Sie einmal nach, was Sie offen und nicht ganz so deutlich unterstellt haben, wer alles daran seine Schäfchen ins Trockene gebracht hat! Vergessen Sie bitte nicht, was damals hier an Mißstimmung aufgekommen ist, weil Sie nicht bereit waren, die Probleme aufzureißen und zu sagen, das soll untersucht werden, sondern weil Sie es verbunden haben mit einer persönlichen Diffamierung! Heute morgen waren Sie wieder auf dem besten Wege, in diese Richtung zu gehen!

(A) Damit jedenfalls schaffen wir keine Lösung von Problemen, und damit schaffen wir auch nicht eine offene Diskussion über eine Form von gegenseitiger Kontrolle, wie sie in unserem stadtstaatlichen Bereich geboten ist. Die Betonung liegt auf Gegenseitigkeit, denn ich kann als Bremer Bürgermeister nicht immer unterschiedlich denken, einmal als Landeschef und einmal als kommunaler Bürgermeister. Wenn das Sinn haben soll in unserem Land, dann muß das Spiel mit Bremerhaven offen und fair gespielt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe auch kein Interesse an Schau. Ich habe auch kein Interesse, die Arbeit des Ausschusses schlechtzumachen. Wir haben schon während seiner Arbeit Konsequenzen gezogen. Ein Teil der Maßnahmen, die angeregt worden sind, ist 1976 vollzogen worden, weil wir gesehen haben, daß man mit der früheren Form von Zusammenarbeit nicht auskommt, daß man auch beachten muß, daß ein Teil der Bundesgesetze — anders als in den ersten zehn Jahren nach 1949 — mehr Zuständigkeiten unverlagerbar den Landesressorts zugewiesen hat.

Dann müssen wir einmal darüber nachdenken, wie wir in unseren Landesressorts zu Lösungen kommen, die nicht diskriminierend für Bremerhaven sind. Darauf haben wir noch keine abschließende Antwort. Eines muß ich allerdings Ihnen sagen: Eine klare Trennung in Bremen zwischen Kommune und Land, um keine Diskriminierung herbeizuführen, würde zunächst einmal bedeuten, daß neue Planstellen gefordert würden, dann können wir eine saubere Trennung vornehmen.

(B)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist zu teuer!)

Ja, wenn das eine zu teuer ist, darf das andere nicht zu einer Diskriminierung einer einzigen Gemeinde führen in diesem Land. Das mache ich nicht mit!

(Beifall bei der SPD)

Schließlich leugne ich auch nicht, daß ich Bauchschmerzen hatte, als ich zum ersten Mal hörte, daß die Nachrichten aus Wesermünde nicht ganz so gut klingen wie die, die vorher zu hören gewesen waren. Es scheint einfach so zu sein, als wenn im Landkreis Wesermünde die Tendenz zur Deponie größer ist als zur Müllverbrennungsanlage. Manchmal hat man Freunde, die in der Nähe einer solchen Deponie wohnen, und die plötzlich sagen: Mein Gott, ich habe mich gerade da angesiedelt, und plötzlich errichtet der Landkreis dort eine Deponie. Was ist eigentlich los? Da kann man nur eines sagen: Dann geht man den Dingen nach. Dann hat man Unterlagen und sagt, die reichen mir nicht aus, und dann bittet man die zuständige Verwaltung um Prüfung.

Die zuständigen Verwaltungen haben geprüft und haben gesagt, diese Fragen seien beim Bausenator

in der fachlichen Beratung des Amtes für Straßen und, nein, für Müllabfuhr, wie heißt es genau? (C)

(Abg. Kähler [SPD]: Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung!)

Stadtreinigung, Sie wissen, was ich meine!

(Heiterkeit)

Verzeihen Sie, Behördenmamen können auch ziemlich schwer sein! Jedenfalls waren die Fragen in der fachlichen Beratung des Amtes, dem früher Herr Benedickt vorgestanden hatte! Die Fachleute des Amtes haben gerechnet und haben bereits damals darauf hingewiesen, daß ihrer Meinung nach die Anlage zu groß sein könnte, da sie glaubten, nicht soviel Müllaufkommen zu haben. Aber sie konnten nicht belegen, daß Herr Berghaus falsch gerechnet hatte. Es ist mir egal, das sage ich Ihnen, ob Herr Berghaus im CDU-Landesvorstand ist oder nicht. Er hat nämlich nicht als CDU-Mann, sondern als Beamter gerechnet. Ich habe mich vorher vor Herrn Berghaus gestellt, weil ich meine — auch wenn das nachher noch so falsch war —, daß, solange jemand sich ernsthaft hingesezt und nach bestem Gewissen und Wissen gearbeitet hat, ich ihn intern unter Umständen rügen kann, daß ein falsches Ergebnis herausgekommen ist, aber ich stehe für die Beamten ein, damit sie auch das Recht haben, in ihrer Arbeit Fehler machen zu können. Keiner von uns ist unfehlbar!

(Beifall bei SPD und FDP) (D)

Nur kosten diese Fehler Geld, und die Hoffnung, die ich habe, ist, daß es den Bremerhavenern gelingt, mehr verbrennbaren Müll nach Bremerhaven zu bekommen.

Im Parlament befinden sich auch Kaufleute — einige sprechen für die Kaufleute, andere sind Kaufleute, das ist beides nicht schädlich —, und diese wissen doch unter Umständen, wie wir im Grenzkostenbereich kalkulieren. Wenn ich schon einmal Unkosten habe, dann sind bereits Deckungsbeiträge eine Reduzierung von Kosten im eigenen Bereich. Bevor ich jetzt mit der Nachbargemeinde oder dem Nachbarkreis auf Kostenersatz kalkuliere, und ich bekomme gar nichts, oder ich bekomme Müll für einen Bereich, der meine Grenzkosten herunterbringt und Kostendeckungsbeiträge bringt, dann werde ich als Kaufmann diesen Weg gehen. Natürlich werde ich sehen, daß ich mehr und mehr Ware bekomme, die ich verarbeiten kann, um hinterher zu einem vernünftigen Mindestpreis zu kommen. Das ist kaufmännisch und ganz normal, und selbst ein Handelsstudienrat würde genauso handeln, wenn er in der Funktion stände, Herr von Groeling-Müller!

(Zuruf des Abg. v. Groeling-Müller [FDP] — Heiterkeit bei SPD und CDU)

Dies würden wir beide gemeinsam machen.

(A) Daß Sie sagen, ich hätte mehr herausgeholt, das mag sein. Das ist eine Frage der Überzeugungsfähigkeit, und das akzeptiere ich.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Ich sage es für mich nicht. Da ich hier nicht verhandelt habe, halte ich mich in dieser Beurteilung zurück. Fest steht aber für mich, daß einige Bereiche nicht angreifbar sind:

Erstens, eine Anlage mit drei Kesseln! Drei Kessel müssen auf jeden Fall sein, und zwar einer als Reservekessel, wenn ein Kessel ausfällt, und zwei Kessel, um gegenseitig fahren zu können. Sicher, das sage ich heute, wären die Acht-Tonnen-Kessel besser als die Zehn-Tonnen-Kessel. Wenn ich jedoch die Zahlen von damals zugrunde legte und die Hoffnung nicht nur als Vision, sondern als Realität kalkulierte, waren die Zehn-Tonnen-Kessel nicht falsch dimensioniert.

Zweite Bemerkung: Es kam mir jetzt darauf an, in der Diskussion mit Bremerhaven dafür zu sorgen, daß im Rahmen anderer Entscheidungen — dort ist doch nicht nur die Müllverbrennungsanlage, in Kürze haben wir das Zentralkläwerk dort, übermorgen ein anderes großes bauliches Vorhaben in Bremerhaven mit Ent- und Versorgungscharakter — Einigkeit besteht zwischen Bremen und Bremerhaven, daß jede Gemeinde diesen Teil kommunaler Aufgaben auf eigene Rechnung vornimmt.

(B) Ich sage allerdings auch, wenn diese kommunalen Aufgaben vorgenommen werden, dann hätte auch ein wesentlicher Teil der Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven geführt werden müssen. In der Stadtverordnetenversammlung hätten die Töne anders geklungen, als wir sie hier gehört haben. Dort ist man etwas sachkundiger vor Ort, weiß ein wenig mehr, wie manche Entscheidungen gelaufen sind, weiß auch, daß das nicht eine alleinige Entscheidung eines ansonsten einflußreichen Politikers in Bremerhaven war, der bestraft worden ist, der deswegen Oberbürgermeister werden mußte!

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Mit einem Satz: Dort weiß man etwas mehr von den Sachproblemen, und hier klingt das so schön, und zwar deshalb, weil man auch sagt: Kameraden, da haben wir ein Wahlkampfthema!

Ich sage Ihnen, Glück auf! Ich sage den Bremerhavenern ein anderes Glückauf: Hoffentlich schaffen sie es in noch wesentlichem Umfang als bisher, Müllmengen zu bekommen, um einfach eine Kostenreduzierung zu erreichen!

Herr Neumann, mancher Beitrag, den Sie hier bieten, gibt mir Veranlassung zu sagen, es wäre grausig, wenn Sie in solchen Zeiten etwa nur allein für Bremerhaven Verantwortung tragen würden!

(Starker Beifall bei der SPD)

(C) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

**Abg. Klein (CDU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Bürgermeister, Ihr Beitrag gibt mir Veranlassung, in Kenntnis der Untersuchungshandlungen Ihnen zu erwidern, unter Berücksichtigung, und zwar unter voller Berücksichtigung meiner persönlichen Meinung, die ich mir natürlich auch bei diesem langjährigen Bemühen um Wahrheitsfindung gebildet habe.

Herr Bürgermeister, ich hätte mir vorgestellt, im Interesse des Hauses, im Interesse des Auftrags dieses Parlaments, daß Sie hier nicht advokatorisch

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Winkeladvokatorisch!)

eine Rede gehalten hätten, um die Wahrheit zu vernebeln, sondern daß Sie sich im Interesse der Wahrheitsfindung auf Beschluß des Ausschusses als Zeuge zur Verfügung gestellt hätten. Das, in der Tat, wäre ein Beitrag gewesen, der der Erhellung mehr gedient hätte als Ihr jetziger Diskussionsbeitrag.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kähler [SPD]: Nicht klopfen! Bei der Telefonaffäre haben Sie, Herr Neumann, die Aussage verweigert!)

(D) Ich kann da ja anknüpfen an die Erfahrung mit dem Untersuchungsausschuß Baulandskandal. Meine Damen und Herren, als wir den Baulandskandal hatten und wir ihn aufklären mußten in mühseligen, schwierigen Sitzungen, da war der Bürgermeister nicht durch Vertreter bei nichtöffentlichen Sitzungen präsent, und er war auch bereit zur Aussage. Damals war es anders.

(Abg. Wedemeier [SPD]: War er hier auch! Er war auch bereit!)

Verzeihen Sie, ich bemühe mich, die Dinge realistisch zu sehen.

(Abg. Bugla [SPD]: Dann dürfen Sie sie auch nicht falsch darstellen!)

Ich lehne es völlig ab, eine Schizophrenie zu bejahen zwischen der Erklärung des Herrn Bürgermeisters, er sei bereit, und der Erklärung der ihn tragenden SPD-Kräfte, sie seien nicht bereit. Das ist für mich ein und dasselbe. Ein Bürgermeister, der bereit ist, hat auch seine Kräfte entsprechend zu instrumentieren, wenn er wirklich — —.

(Widerspruch bei der SPD — Abg. v. Hassel [SPD]: Jetzt weiß ich erst, wie Sie das aushalten unter Neumann! — Abg. Kähler [SPD]: Jetzt weiß ich, warum ihr ihn damals abgewählt habt!)

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister Koschnick hat mich verstanden!

(A) Wir haben folgendes festgestellt, einmütig, und ich darf aus Seite 42 zitieren: „Daß die große Kapazität der MBA“ — haben wir festgestellt, Herr Kollege Wedemeier und Herr von Hassel, einstimmig, ich zitiere — „unter dem Gesichtspunkt der Kommunalaufsicht relevant sein könnte, wird zuerst von Bürgermeister Koschnick gesehen. Auf einem Artikel der ‚Nordsee-Zeitung‘ vom 19. Februar 1974 (‚Müllverbrennung wie Pfahl im Fleische‘) findet sich außer dem handschriftlichen Vermerk ‚Stadtverordnetenversammlung hat am 21. 2. 74 Vertrag mit NH Kommunal beschlossen‘, auch folgender handschriftlicher Vermerk vom 5. März 1974: ‚Bürgermeister‘“ — das ist nach dem Zusammenhang Herr Bürgermeister Koschnick, ich fahre im Zitat fort — „bat anlässlich einer Rücksprache am 22. 2. darum, die Aufsichtsbehörden (Inneres und Finanz) über die Vermutung zu informieren, daß die geplante MVA für Bremerhaven überdimensioniert sei und den Anschluß weiterer Gebiete/Städte erforderlich mache. Dies solle bei eventuellen Genehmigungsverfahren überprüft werden.“

Meine Damen und Herren, aufgrund dieser unstrittigen Feststellung, aufgrund des Akteninhalts hätten wir eigentlich Herrn Bürgermeister Koschnick als Kronzeugen für eine hinreichende Ausübung der Kommunalaufsicht in Anspruch nehmen müssen. Die Sache hätte es geboten!

(Abg. v. Hassel [SPD]: Das war Ihre Meinung!)

(B) Herr Kollege Wedemeier, warum ist es denn nicht dazu gekommen? Wir haben es ursprünglich vorge­merkt, einvernehmlich. Sie haben sich hinterher zweimal verweigert durch Gebrauch Ihrer Mehrheit, zweimal vier zu drei! Warum ist es denn dazu gekommen?

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Nicht verhindert durch unsere Mehrheit! Das ist abgestimmt worden!)

Sie, und ich spreche jetzt hier ganz frei meine persönliche Meinung aus, ganz freimütig aufgrund meiner Erkenntnisse und Erfahrungen, die ich mittlerweile gesammelt habe,

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Die sind aber oft falsch!)

Sie wollten Herrn Bürgermeister Koschnick hier nicht in diese Schwierigkeiten bringen, unter Zeugeneid zu dieser seiner eigenen Besorgnis Aussagen zu machen, weil dann natürlich selbstverständlich die Frage von uns gekommen wäre: Warum, Herr Bürgermeister, wenn Sie das so rechtzeitig erkannt haben, haben Sie denn nichts getan?

Das ist doch die Frage, die Bremen interessiert, denn, meine Damen und Herren von der SPD, das war hier der 22. 2. 1974! Die erste faktische Präjudizierung in dieser Angelegenheit ist erfolgt am 10. Mai 1974, nämlich durch die Vergabe der Verfahrenskette durch den verfassungswidrigen Sonder-

vergabeausschuß. Der Herr Bürgermeister hat Monate Zeit gehabt, für eine verfassungsgemäße, wirtschaftliche und der Vernunft entsprechende Vergabe Sorge zu tragen. Die Frage lautet unter Eid, Herr Bürgermeister: Warum haben Sie das nicht getan? Davor haben Sie gekniffen mit Hilfe Ihrer Kräfte in der SPD! (C)

(Starker Beifall bei der CDU)

Das ist die Wahrheit.

Und was haben Sie uns dafür geboten, Herr Wedemeier? Ich habe einen Sinn für politische Geschäfte, es ist ja mittlerweile mein vierter Untersuchungsausschuß, mein vierter!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Also ist das ein Geschäft für Sie?)

Sie haben gesagt: Wissen Sie, und —.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Und letzter!)

Das wissen wir noch nicht, Herr Kollege!

(Abg. v. Hassel [SPD]: Aber was Sie betrifft, was ich dazu tun kann!)

Das wissen wir noch nicht, Herr von Hassel! Im übrigen, Herr von Hassel, wenn ich das sagen darf: Sie haben ja immer sozusagen ab ovo für Bremerhaven diskutiert und haben uns das Geschäft wirklich nicht leichtgemacht,

(Abg. v. Hassel [SPD]: Na, Gott sei Dank!) (D)

aber immerhin ist es uns gelungen, daß Sie diese Feststellungen mit Ihrer Stimme abgesegnet haben. Deswegen darf ich mich noch einmal bei Ihnen bedanken!

(Starker Beifall bei der CDU — Abg. Neumann [CDU]: Bringen Sie Herrn von Hassel nicht in Schwierigkeiten!)

Ich möchte mich meinem Kollegen Wedemeier, meinem ersten stellvertretenden Vorsitzenden, widmen! Herr Kollege, was haben Sie denn da nun eingebracht mit meiner Stimme, nachdem wir uns zweimal nicht durchsetzen konnten mit dem Minderheitenbeweis­antrag Koschnick, der im übrigen in allen anderen deutschen Parlamenten, abgesehen von der DDR, akzeptiert worden wäre, weil das Minderheitenrecht da mittlerweile sich durchgesetzt hat? Das weiß ich als Mitglied der IPA ganz genau. Was haben Sie denn nun hier hineingenommen, Herr Kollege Wedemeier?

Ich zitiere auf Seite 47 zum Schluß von II: „Der Untersuchungsausschuß hat keinen Beweis darüber erhoben, ob weitere Personen an Entscheidungen bezüglich der MBA beteiligt waren, die aufgrund des Paragraphen 11 der Stadtverfassung daran hätten gehindert werden können.“

(Abg. Jettka [SPD]: Lahmann!)

(A) Das war Ihr Gegengeschäft! Herr Kollege Jettka, darüber ist kein Beweis erhoben worden.

(Abg. Jettka [SPD]: Ja, aber warum denn nicht?)

Wir waren bereit, gründlich zu ermitteln, nicht nur in Sachen Berghaus, auch meinerwegen in Sachen Lahmann, auch meinerwegen in Sachen Sandmann, meine Herren von der SPD!

(Abg. Jettka [SPD]: Waren wir das nicht?)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, und dazu stehe ich, daß ich in Sachen Baulandskandal, als es um die Verfilzung ging, Boljahn, Lohmann und Blase, nicht Rücksicht genommen habe zum Schaden des öffentlichen Interesses Bremens darauf, daß auch ein CDU-Mann involviert war.

(Abg. Kähler [SPD]: Warum nennen Sie den Namen denn nicht?)

Ich habe nicht Rücksicht genommen und den Kollegen im Ausschuß hier erneut erklärt, auch jetzt nehme ich darauf nicht Rücksicht, denn ich weiß, daß jeder Schlingensiefel auch Luftwurzeln in die Opposition hineintreibt. Diese Luftwurzeln müssen gekappt werden.

(Heiterkeit — Zurufe von der SPD)

(B) Aber, Herr Kollege Wedemeier, Sie haben entsprechende Beweisaufnahmen unterbunden und haben gleichzeitig abgelehnt die Vernehmung von Bürgermeister Koschnick, und dieses Gegengeschäft lehne ich heute noch ab!

Was noch hinzukommt als besondere Verschlimm-besserung, ist folgendes: Obgleich Sie hier nun sagen, bezüglich Paragraph 11 haben wir keine weiteren Beweise erhoben, gehen Sie jetzt hierher als stellvertretender Ausschußvorsitzender und verkünden Feststellungen bezüglich des Vorsitzenden der CDU-Stadtverordnetenfraktion Richard Lahmann. Diese Feststellungen können Sie nur vom Hörensagen haben, denn Sie haben hier ja selbst unterschrieben, daß wir insoweit keine Beweise erhoben haben.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das waren keine Feststellungen innerhalb der MBA-Feststellungen!)

Ich lehne es ab, in diesem Hause Beweisaufnahmen zunächst einmal nicht zu veranlassen und dann hinterher so zu tun, als hätte man diese Beweis-erhebungen vollzogen!

(Beifall bei der CDU)

Das ist weder fair noch sachgerecht, denn, Herr Kollege Wedemeier, eines ist doch klar: Ich hätte doch nicht gegen die Vernehmung von Herrn Lahmann oder die Vernehmung von Herrn Sandmann, der einmal Mitglied in diesem merkwürdigen Sonder-

vergabeausschuß war, gestimmt! Ich hätte aber gleichzeitig, und das habe ich Ihnen mehrmals erklärt, die Vernehmung von Herrn Bürgermeister Koschnick verlangt. Sie wußten, wenn Sie Lahmann vernehmen lassen, müssen Sie auch Koschnick anhören. Das wollten Sie nicht, und deswegen haben Sie auf Lahmann verzichtet. Das ist Ihr Wille, die Wahrheit gründlich aufzuklären!

(Beifall bei der CDU)

Nun lassen Sie mich auch etwas zugunsten von Herrn Lahmann sagen. Verzeihen Sie, Herr Kollege aus dem Ausschuß, ich meine natürlich Herrn Richard Lahmann! Kann denn einem Bankier, dem Mitglied des Vorstands einer Bank, die natürlich auch an kommunalen Kreditgeschäften interessiert ist, etwas Besseres passieren als folgendes:

(Abg. Wedemeier [SPD]: Als seine Kredite selbst zu bewilligen!)

Investitionskredite werden von der Stadt verbürgt. Soll Herr Lahmann, weil er Oppositionsführer ist, diese von der Stadt Bremerhaven verbürgten Investitionskredite verweigern? Das kann er doch wohl nicht machen!

(Unruhe bei der SPD)

Anderes Beispiel: Zehn Millionen DM Betriebskosten der MBA müssen, das hat selbst Bürgermeister Koschnick eingeräumt, auch mittelfristig für die Zukunft kreditiert werden. Der Vertrag zwischen der MBA-Gesellschaft und der Stadtgemeinde sieht vor, daß zur Sicherung dieser Kredite die Forderungen gegen die Stadtgemeinde abgetreten werden können. Jeder Bankier würde pflichtwidrig handeln, wenn er eine solche hundertprozentige Sicherheit nicht akzeptieren und die Kredite gegen marktübliche Zinsen nicht gewähren würde!

Das ist das Problem, Herr Kollege Wedemeier, was offen anzusprechen ich niemals gescheut habe! Ich hoffe, daß die demokratischen Kräfte in Bremerhaven so stark und so vernünftig sind, daß solche naturgegebenen Interessenkonflikte im Interesse des öffentlichen Wohls ausgeglichen werden! Ich wäre froh, wenn ich Ihre Unterstützung dabei hätte.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Haben Sie, Herr Klein!)

Herr Wedemeier, und jetzt lassen Sie mich ein Kompliment auch sagen! Sie haben ja in Ihrer Rede letztlich sich nicht distanziert von dem Bericht, und Sie haben sich auch nicht distanziert von meiner mündlichen Begründung.

Zum Schluß meines Diskussionsbeitrages — ich habe hier wirklich freimütig nur meine persönliche Meinung gesagt — möchte ich eines natürlich festhalten: Meine Herren Kollegen aus dem Ausschuß, wir haben hart gearbeitet, wir haben uns gestritten, manchmal stand es kurz vor dem Platzen, wir sind

- (A) aus- und eingezogen, und wir haben ein Ergebnis geliefert, das sich sehen lassen kann im Interesse des Ansehens der parlamentarischen Demokratie!

(Beifall bei der CDU)

Ich sage das jetzt ohne plumpen, primitiven, persönlichen Stolz, sondern im Interesse unseres Engagements für die Sache. Und der Teufel soll uns holen,

(Heiterkeit — Abg. Kähler [SPD]: Ja-wohl! — Bürgermeister Koschnick: Dem wird nicht widersprochen von mir!)

wenn wir uns dieses Ergebnis durch unsachliche Querelen stehlen lassen! Dieses Ergebnis steht, die Senatoren mögen sehen, daß sie im Interesse des Staates Verbesserungen einleiten, und meinetwegen mögen Verwaltungsschulen in Bremen und woanders zumindest den Sachbericht zum Anlaß nehmen zu lehren, wie Kommunal- und Landesverwaltung gut und wie sie schlecht geführt werden kann. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Hassel.

Abg. v. Hassel (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um bei dem letzten anzufangen, Herr Kollege Klein: Ich würde empfehlen, halten Sie sich fest, damit nicht der, den Sie eben berufen haben, Sie flugs nach unten zieht!

- (B) (Heiterkeit bei der SPD)

Der Kollege Klein ist da in einer anderen Rolle, weil er natürlich sich mit uns in der Gemeinschaft derjenigen befindet, die das erarbeitet und am Ende gemeinsam verantwortet haben. Sie haben das eben zum Schluß Ihrer zweiten Rede wieder berufen mit diesem hohen Wort. Das, was davor war, war geeignet, Sie als den ersten auf die Liste derer zu setzen, die es dann abgeführt hätte nach meinem Verständnis!

(Heiterkeit bei der SPD)

Also, wenn Sie sich schon solche Verbündeten suchen! Ich habe Ihnen den ja nicht zugebracht.

Ich bin auf Ihre zweite Rede ganz besonders neugierig gewesen nach dem Bericht, den Sie heute morgen vorgetragen haben. Ich war neugierig darauf, wie Sie das beim zweiten Mal, in der freien politischen Debatte, nun wohl machen würden. Ich sage Ihnen ganz persönlich — wir haben uns da gegenseitig etwas besser kennengelernt —, selbst nach dieser Rede glaube ich Ihnen noch, daß Sie im Grunde Ihres Herzens das wollen und meinen, was Sie in der Einbringungsrede und ganz zum Schluß Ihres zweiten Vortrags gesagt haben. Das, was dazwischen war und was den Beelzebub legitimieren könnte, sehe ich lediglich als einen fraktionsintern zu begreifenden Reflex auf die Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden. Ich komme darauf noch!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sehen Sie einmal, ich sage das hier jedenfalls für mich selbst, und ich bin hier nun mehrere Male apostrophiert worden, ich gebe zu, daß dies nicht nur viel Zeit gekostet hat und viel Anstrengung und Nerven, sondern daß vielleicht die Rolle der beiden Bremerhavener, die in diesem Ausschuß gesessen haben, der sich mit Fragen beschäftigt hat, die uns elementar betrafen, ganz besonders schwierig war in vielen Situationen! Das bestreite ich nicht! Das war schwer, und vielleicht gibt es da den einen oder anderen, der, wenn er sich ein bißchen Mühe gibt, das nachempfinden kann.

Aber ich traue mir hier heute noch zu, ohne mich verbiegen zu müssen und ohne einen Gesichtverlust befürchten zu müssen, nach dem, was hier heute diskutiert worden ist, mich gleichzeitig mit meinem Fraktionskollegen und Genossen Wedemeier, der sich hier hingestellt hat — was Sie eigentlich hätten noch einmal ausdrücklich respektieren müssen — und das Ergebnis, das wir gemeinsam verantwortet haben, mit all den kritischen Feststellungen, die sich überwiegend, wenn man es einmal so pauschal nimmt, an unsere eigene Adresse richten,

(Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr!)

noch einmal vertreten hat und keine Abstriche davon gemacht hat, verbunden zu fühlen und gleichzeitig mit meinem Bürgermeister und Genossen Hans Koschnick, der das, was Sie wohl auch als die eigentliche Essenz, die demokratische Essenz dieses einstimmigen Ergebnisses für sich selbst betrachtet haben, aufgenommen hat, nicht mit einer pauschalen Abwehr, sondern differenziert, mit entsprechenden Zugeständnissen und, was mich ganz besonders freut, natürlich auch, wie ich das begreife, mit der historischen richtigen Einordnung des besonderen Verhältnisses dieser beiden Städte in diesem Land zueinander und zu dem Land insgesamt und gleichzeitig mit meinem Bremerhavener Genossen und Freund Werner Lenz, der diese Angelegenheit, weil er das damals und heute für die Bewältigung eines drängenden Problems für die Bürger unserer Heimatstadt für nötig gehalten hat, mit anderen zusammen — zugegeben, das ist sein Temperament — dynamisch betrieben hat. Aber nach allen Kenntnissen und Erkenntnissen, die ich aus der persönlichen Bekanntschaft, aus dem politischen Wirken in Bremerhaven und aus unserer Tätigkeit im Ausschuß gewonnen habe, kann ich sagen, daß er dieses Geschäft als Person integer und untadelig und ohne Absichten der Begünstigung in irgendeiner Richtung betrieben hat.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen dreien meiner Freunde und Genossen kann ich mich nach dieser Debatte gleichzeitig immer noch verbunden fühlen, ohne mich verbiegen zu müssen.

Sehen Sie, und das ist bei Ihnen etwas anders! Bei Ihnen war das nämlich so, daß das, was wir gemeinsam herausgefunden und aufgeschrieben und gemeinsam beschlossen haben, natürlich Ihrem

(C)

(D)

(A) Fraktionsvorsitzenden nicht gefallen konnte, weil es den zentralen Punkt — er war ja so ehrlich heute, das noch einmal richtig vorzutragen —, den er damals politisch eigentlich gemeint hat, negativ beschrieben hat, mit Ihnen und mit uns. Er hat selbst gesagt, das mit der Größe und Kapazität, das wußten wir schon. All die anderen Sachen, die den eigentlichen Sachverhalt betreffen, interessierten ihn damals und heute nicht. Was ihn interessiert hat und was er damals als so einen miesen Dunst von Vermutungen bis hin zu solchen Vokabeln, die hier geprägt worden sind — ich weiß nicht, ob Sie es waren oder Herr Kollege Wilhelms, der damals auch geredet hat —, mit der Mafia,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das war Wilhelms!)

in die Welt gesetzt hat, was dann von dem Bürger natürlich nicht mehr recht differenziert werden kann zwischen persönlicher Bereicherung, Begünstigung, Druck, Pression, Erpressung, das nennt man alles, und das bleibt dann alles so, und das gibt so einen miesen Brei.

Sehen Sie, von all diesen Sachen steht bei — ich weiß nicht — zehn Zeugen, bis auf einen alle unter Eid, und bis auf den einen, den Sie nun nicht bekommen haben, nichts in unseren Protokollen, was Sie an irgendeiner Stelle beweiskräftig festgestellt haben könnten! Das war sein Problem!

(B) Er hätte eigentlich im Interesse der demokratischen Gemeinsamkeit hier heute ans Pult kommen und sagen müssen an die Adresse derjenigen, deren Namen er damals hier in die Öffentlichkeit gesetzt hat und die sich hier in diesem Haus dagegen nicht verteidigen und rechtfertigen konnten, daß mindestens dieser Teil der Vorwürfe auch nach seiner Erkenntnis, wenn er diesen Bericht ernst nimmt, unberechtigt ist und daß er sie aus der Welt zieht, weil das ja wohl auch für Menschen, wenn man sie politisch nicht so mag und sie auf der anderen Seite stehen — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Vielleicht täuschen Sie sich!)

Entschuldigen Sie, ich weiß nicht, welche Vorstellung Sie von dem politischen Gegner haben, den Sie sich wünschen, aber ich weiß, daß zum Beispiel auch bei demjenigen, den Sie da zentral aufs Korn genommen haben, gerade weil es sich um solche Vorwürfe gehandelt hat, dies natürlich auch persönlich unter die Haut gegangen ist und geschmerzt hat und es gerecht gewesen wäre, dies hier heute aus dem Verkehr zu ziehen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Was denn? Sagen Sie das einmal! Welchen Vorwurf?)

Den Vorwurf, den Sie immer weiter zurückgehend, dann heute reduziert haben auf diesen miesen Rest „aber Druck war es doch, aber Druck war es doch!“ Damit die Leute weiterhin im Ohr behalten: natür-

lich hat er irgendwo hinten — beweisen kann ich es nicht, niemand hat es belegen können — herumgedrückt und herumgewirkt! (C)

(Abg. Neumann [CDU]: Wo steht denn das? Zitieren Sie das doch einmal!)

Das haben Sie heute hier noch gesagt! „Ich bleibe bei dem Druck“, das war Ihr letztes Wort! Gerade das meine ich!

(Abg. Neumann [CDU]: Den kennen Sie wohl gar nicht, den Druck in Ihrer Partei!)

Das geht an die Adresse einer bestimmten Person, was die Vorstellung erzeugen soll, als wäre diese Überkapazität, die da heute vorhanden ist, Ergebnis einer solchen Machenschaft und einer solchen Manipulation mit Absicht, um irgendwo eine finanzielle Größenordnung herauszubekommen, die sich nicht rechtfertigt aus der sachlichen Entscheidung! Das hätten Sie hier heute, wenn Sie für politische Qualität in der Auseinandersetzung hätten sorgen wollen, aus dem Verkehr ziehen müssen.

(Abg. Neumann [CDU]: Ich denke gar nicht daran! Ich kann es gleich noch einmal sagen!)

Ja, sehen Sie, das unterscheidet uns! Das unterscheidet uns! Ich will Ihnen einmal sagen, damit die Zuhörer und die Bürger es hören: Ich habe nichts dagegen, wenn jemand aus unserem Kollegenkreis hier, weil ihm in der politischen Auseinandersetzung, die hart sein soll — ich bin dafür —, die deutlich sein soll, die nicht um Dinge herumredet, sich irgendwann auch einmal vergaloppiert, dann hinterher kommt und sagt, es tut mir leid. Aber prinzipiell bin ich der Auffassung — damit Sie wissen, was ich mir auch für die Zukunft wünsche, weil ich annehme, daß wir beide uns noch länger hier begegnen werden —, daß ein möglichst geringer Unterschied zwischen dem bestehen sollte, was man hier sagt, und dem, was man auch anderswo sagen kann. (D)

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie, darin unterscheiden wir beide uns vielleicht ein wenig. Ich würde mir jedenfalls die Mühe machen und Sie sogar auch darum bitten, mich darauf hinzuweisen, wenn Sie mich dabei erwischen, daß ich hier irgend etwas gesagt hätte, nur weil es vor dem Mikrofon ist und vor der Öffentlichkeit, was ich nicht bereit wäre, am anderen Ort zu sagen. Ich bitte Sie darum, zur Kenntnis zu nehmen, daß das meine Position ist.

Was bleibt denn nun in der Sache selbst? Sehen Sie, auch mit der ganzen Wirtschaftlichkeit: Herr Berghaus hat, zugeben, und wir wissen das, auf falschen Voraussetzungen basierend damals berechnet, und ich unterstelle nun einmal, es wäre so eingetreten, daß wir in diesem Jahr des vollen Laufs dieser Anlage mit etwa 120 000 Tonnen Müll aus Bremerhaven dastehen würden, er hätte richtig

(A) gerechnet, und mit all der Kritik, die gesagt worden ist und der ich mich anschließe, kämen 20 000 Tonnen aus dem Landkreis, wie sie damals prognostiziert waren, dann wäre diese Anlage bei drei Zehn-Tonnen-Kesseln und 60 Prozent Auslastung, die nach den heutigen technischen Erfahrungen wohl als normal anzusehen ist, bis auf 10 000 Tonnen ausgelastet. 150 000 Tonnen wäre die Auslastung bei 60 Prozent. Ich bitte Sie!

Der erste Fehler also, über den es überhaupt kein Streiten gibt, ist die Müllmenge Bremerhavens selbst, die ist nicht eingetreten. Daran kranken wir, das müssen wir bewältigen, auch finanziell bewältigen, aber nicht auf dem Rücken unserer Bürger, das ist ganz klar. Das geschieht dann aus dem Haushalt, und das muß uns, und das tut es auch — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Sie sind ein toller Politiker! Bezahlen Sie den Haushalt, oder wer bezahlt den?)

Hier ist vorhin von Gebührenerhöhung gesprochen worden, und die Höhe der Belastung des einzelnen Bürgers über die Gebühren ist noch im Augenblick, Herr Kollege Richter, in der Stadt Bremerhaven niedriger als im Landkreis, weil Sie natürlich zu diesen Kosten Transportkosten und ähnliches hinzurechnen müssen. Erkundigen Sie sich einmal!

(B) So, und was ist nun mit dem Landkreis? Das habe ich dem Kollegen Klein auch im Ausschuß schon einmal gesagt. Wissen Sie, was die Position bedeuten würde, die Sie vorgetragen haben?

1974 war Bremerhaven in der Situation, sich wegen der Lage auf der Deponie am Grauen Wall für eine neue Müllbeseitigungsart entscheiden zu müssen. Hahnenknoop übrigens, und das ist nicht nur durch den verhindert worden, den Sie genannt haben, Herr Bürgermeister, gibt es heute noch nicht. Wenn man sich heute mit Herrn Prieß, dem Oberkreisdirektor, unterhält, dann sagt er natürlich auch selbst, weil er das längst hat durchrechnen lassen, daß eine geordnete Deponie im Landkreis nach den Regularien, wie sie der Umweltschutz heute vorschreibt, viel teurer würde für die Bürger im Landkreis als dies, was sie jetzt gemacht haben.

Aber im Jahr 1974 war die Situation so, daß Bremerhaven nicht warten konnte. Der Landkreis war in einer Situation, daß er in Holßel und in Wittstedt in diesen schlimmen, ungeordneten Deponien mitten in der Landschaft noch Platz hatte.

(Abg. Töpfer [SPD]: Wassereinzugsgebiet!)

Es wäre natürlich in der politischen Verantwortung vor dem Bürger mit der Notwendigkeit, Gebühren erhöhen zu müssen bei einem Anschluß an die MBA, doch wohl kurzfristig gewesen, nun zu diesem Zeitpunkt bereits zu erklären, natürlich, wir machen das.

Also gab es für Bremerhaven nur die Alternative zu sagen, wir können nach der gegebenen Sachlage

1974 einen verbindlichen Anschluß des Landkreises nicht bekommen, aber es gibt eine hohe Erwartungssicherheit, daß sich die Situation in dem Landkreis so entwickeln wird, wie sie heute ist. Machen wir aus der Verantwortung, die wir als ein Oberzentrum auf vielen anderen Gebieten gegenüber dem Umland auch sonst schon mit eigenen Kosten übernommen haben, hier eine zusätzliche Investition, noch dazu in Kenntnis der Tatsache, daß dies mit fünf Millionen DM zusätzlichem Zuschuß vom Bund in der damaligen Zeit honoriert werden konnte und an einen Termin gebunden war oder nicht!

Wenn die Bremerhavener sich damals so entschieden hätten, Herr Klein, wie Sie es vorschlagen — keine genügende Sicherheit und deshalb nein —, dann würde, unterstellt, die Müllmenge Bremerhavens war richtig berechnet, für den Landkreis heute folgende Situation da sein: Sie müßten sich an Bremerhaven wenden und sagen, wir können unseren Müll nicht mehr loswerden; könnt ihr ihn nicht verbrennen? Bremerhaven hätte antworten müssen: Das tut uns leid, unsere Kapazität ist mit eigenem Müll ausgelastet. Wir können aber einen vierten Kessel dazusetzen, das kostet 20 Millionen DM, siehe Bremen, die Investition zahlt ihr, bitte schön, denn unser Interesse ist befriedigt!

Ich frage Sie, ob das aus der Funktion des Oberzentrums ein freundliches Verhalten gegenüber dem Umland wäre. Wenn das zur Maxime gemacht würde, dann müßten wir uns beim Stadttheater, bei unseren beruflichen Schulen, die zur Hälfte von niedersächsischen Schülern besucht werden, und auf vielen anderen Gebieten umstellen in unserer Einstellung gegenüber dem Umland.

(Abg. Klein [CDU]: Deswegen rechtzeitige Abstimmung mit den Landesregierungen nach Paragraph 6 des Abfallbeseitigungsgesetzes!)

Aber, ich frage Sie noch einmal: Glauben Sie denn nach allen Erkenntnissen, daß zu dem damaligen Zeitpunkt, 1974, auch wenn es die Landesregierungen gemacht hätten, ein verbindliches Zugeständnis Niedersachsens mit der Verpflichtung für den Landkreis Wesermünde, seinen Müll dort anzuliefern, erreichbar war?

(Abg. Klein [CDU]: Tauglicher Versuch oder sonst Baukastenprinzip!)

Die Frage hätten wir beide doch jetzt zu verneinen. Also wäre da etwas weggeblieben. Dann wäre die Situation, wie ich sie eben beschrieben habe, für die Leute im Landkreis eingetreten.

(Abg. Klein [CDU]: Baukastenprinzip! Ofen an Ofen!)

Ja, natürlich, wie Bremen, zwanzig Millionen DM! Der vierte Kessel zu den gleichen Kosten wie die drei, die vorher gebaut worden sind, zusammen, und dann aber natürlich für einen fremden Benut-

(C)

(D)



- (A) zer, und ich frage Sie, was hätten Sie den Leuten aus dem Landkreis denn dann gesagt mit den 20 Millionen DM?

(Abg. Klein [CDU]: 24 DM auf Zeit und nicht auf 15 Jahre 10,60 DM!)

Ich fasse das noch einmal zusammen: Ich stehe auch als Bremerhavener — ich kann das sicher auch für Herrn Beckmeyer sagen — zu jedem Wort dieses Berichts. Davon nehme ich nichts zurück. Aber ich bedauere, daß der Kollege Neumann — da hat sich übrigens der Kollege Lahmann für die FDP nach meinem Verständnis über weite Strecken seiner Ausführungen anders eingelassen und gerade sich auf diesen wesentlichen Kern unseres gemeinsamen Ergebnisses bezogen — diese Entscheidung und diese Kurve heute nicht bekommen hat, das, was er damals ausgebreitet hat, wegzunehmen, weil es sich, Herr Kollege Neumann, in den Untersuchungen, an denen Ihre Leute beteiligt waren und die sie unterschrieben haben, aber auch nicht um ein Stückchen in der Beweisaufnahme bestätigt hat. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

- (B) Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, und es geht ganz kurz, nicht, weil ich das, was Sie gesagt haben, Herr von Hassel, so bemerkenswert finde, sondern lassen Sie mich auch einmal deutlich werden! Sie pflegen ja Ihre Deutlichkeit mit einem gewissen moralischen Panorama zu umgeben, das wirkt dann auch teilweise.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Soll es auch!)

Das ehrt Sie, daß Sie das auch versuchen, und das kann Sie dann nur verbessern im Rahmen der politischen Auseinandersetzung. Ich möchte deshalb nicht darauf eingehen.

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]:  
Lehrer! — Abg. Stichweh [SPD]: Präzeptor heißt das!)

Danke, Herr Kollege! Danke, Herr Kollege!

(Heiterkeit)

Beförderungsmäßig muß Herr Thape aber das noch einmal zur Kenntnis nehmen, da kommt ja schon seit Jahren nichts mehr!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich gehe deshalb nicht auf die Argumente von Herrn von Hassel ein, weil ich glaube, daß sie so gewichtig sind, daß darüber geredet werden muß, sondern ich habe mich nur zu Wort gemeldet, Herr Kollege von Hassel, um Ihren Beitrag richtig einzuschätzen.

Wissen Sie, es liegt der Ergebnisbericht eines Untersuchungsausschusses vor, und ein Untersu-

- chungsausschuß setzt sich zusammen aus verschiedenen Gruppierungen. Da ist deutlich geworden, daß Sie natürlich auch den Versuch unternommen haben, das, was ist, wohl festzustellen, aber man kann das eine so und das andere anders formulieren, und Sie wären ein schlechter Vertreter Ihrer Partei und Ihrer Kollegen in Bremerhaven, wenn Sie das alles akzeptiert hätten, was die Opposition meint, formulieren zu müssen. Insofern muß es doch zulässig sein, dies hier zu interpretieren und Positionen deutlich zu machen. (C)

Ich will Ihnen nun die Wiederholung meines Beitrags ersparen. Ich habe nichts von dem zuzunehmen, was auch bereits vor der Debatte vor der Einsetzung des Untersuchungsausschusses festgestellt wurde. Ich habe Ihnen das doch dargelegt!

Ich habe einen Punkt, weil Sie es wollten, interpretiert, und der betrifft den Druck, und — mit Verlaub gesagt — ich bleibe dabei. Ich bin der Auffassung, daß diese Entscheidung, die ausging von der SPD Bremerhaven und unter anderem von dem damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden, in gewisser Weise durch Druck, durch politischen Druck, durch politischen Einfluß, der ziemlich stark war, auch auf die bremischen Entscheidungen und auf Herrn Koschnick, entstanden ist. Das ist meine Meinung, ich bleibe dabei, ich habe da nichts zurückzunehmen! Nur, daß Sie es wissen!

(Beifall bei der CDU — Abg. v. Hassel [SPD]: Nur, Sie können es nicht belegen!)

(D)

Nun könnte ich sagen, Sie können das Gegenteil nicht belegen. Ich meine, der Beleg ist eben da, weil wir die Entscheidung haben. Denn man muß sich doch fragen, wie kommt es, daß ein solches Gebäude da steht mit soviel Fehlplanung, obwohl bereits wichtige Leute dies vorher erkannt haben! Ich kann Ihnen das nicht beweisen. Ich bin natürlich nicht dabeigewesen, und wenn ich es beweisen könnte, oh Gott, was glauben Sie, was wir da schon veranstaltet hätten! Davon gehen Sie einmal aus!

Aber die Vermutung — und Politik ist doch nun auch ein Phänomen der Debatte, der Überzeugung, der Argumentation und natürlich auch der Interpretation — ist berechtigt, wenn ein Bürgermeister, der das 1974 erkennt, die Schwierigkeiten sieht, ja sogar sagt, Vorsicht, da kommt etwas auf die Bürger zu, der warnt vor weiteren Großprojekten, dann aber trotzdem gegen seinen Willen dies erfolgt und ich dann woanders lese, daß Herr Boljahn sagt, das Ding wird gebaut, egal, was ihr denkt, oder ein anderer sagt aus Bremerhaven, Freunde, seid vorsichtig, sonst braut sich über dem Bausenator ein Gewitter zusammen, daß — ohne daß man mir nun Unlauterkeit vorwerfen kann — hier politischer Druck eine Rolle gespielt hat, meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist keine Polemik, sondern es ist legitim, daß man dies sagen darf. Ich will das nur noch einmal sagen!

(Beifall bei der CDU)

(A) Ja, meine Damen und Herren, ich bin nicht so empfindlich. Herr Kollege von Hassel, Sie sind es auch nicht? Deswegen schätze ich Sie, und ich darf das doch einmal so sagen. Weswegen leisten Sie denn diesen Beitrag? Nun einmal unter uns: Weswegen leisten Sie diesen Beitrag? Sie können es sich doch unmöglich leisten — —. Bitte, jetzt nicht ungeduldig werden!

(Abg. v. Hassel [SPD]: Ich habe erst vorgehabt, das selbst zu sagen! Natürlich weiß ich, was kommt!)

Lassen Sie mich doch das sagen, meine Damen und Herren! Ich werfe Ihnen das doch gar nicht vor. Daß der Herr Kollege Wedemeier hier in einer anderen Position ist, das weiß doch jeder. Der kann doch viel unbefangener reden.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sagen Sie! — Heiterkeit)

Die Tatsache, daß Sie — psychologisch verständlich — sogar immer begründen müssen, selbst wir Bremerhavener bleiben nach wie vor dabei — wieso, ist Herr Wedemeier auch schon soweit? —

(Heiterkeit)

meine Damen und Herren, macht doch deutlich — —.

(Zurufe)

(B) Will ich gar nicht! Wenn Sie wüßten, wofür ich Sie vorschlagen würde, wenn überhaupt jemand in der Fraktion bei Ihnen für etwas in Frage kommt in der Zukunft, dann werden Sie vielleicht ganz begeistert sein! Nun, ich will Ihnen nicht schaden, deswegen sage ich Ihnen das nicht.

(Heiterkeit)

Nur, damit Sie meine Wertschätzung sehen! Meine Damen und Herren, Herr von Hassel, damit wir beide dieses gemeinsame Ziel — ich nehme an, daß Sie die gleichen Absichten haben — erreichen, müssen Sie natürlich dies alles auch im Rücken haben, was aus Bremerhaven notwendig ist. Deswegen habe ich volles Verständnis, daß Sie hier in geschickter Weise als Moralist auftreten und sagen: Wieder einmal hat er da einen abgeschossen, und er nimmt das noch nicht einmal zurück, wir sind uns doch alle einig, und Herr Neumann, nun, Sie sind der einzige, der hier im Haus noch ein bißchen für Stimmung sorgt.

Nein, meine Damen und Herren, Stimmung gehört in das Haus, aber ich bin der Auffassung, daß diese Stimmung, bezogen auf den Sachverhalt, nur gerechtfertigt ist. Ich muß schon sagen, es gehört viel Phantasie dazu, wenn man als SPD-Vertreter nach diesen klaren Mißbilligungen im Untersuchungsausschußbericht nun auch noch zufrieden ist.

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Herr Wilhelms!)

Wir sind am Ende unserer Aussprache. Der Abgeordnete Wilhelms hat seine Wortmeldung zurückgezogen.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Kenntnis.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) jetzt bis 16.15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 15.57 Uhr)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.16 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet. Wir fahren mit der Beratung der Tagesordnung fort.

#### Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 1. November 1978 (Drucksache 9/908) (D)

Dazu

Antwort des Senats vom 4. Dezember 1978 (Drucksache 9/937)

Die Große Anfrage Drucksache 9/908 ist unterschrieben von den Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP.

Den tabellarischen Teil seiner mündlichen Antwort legt der Senat der Bürgerschaft (Landtag) mit seiner Mitteilung vom 4. Dezember 1978 unter der Drucksachen-Nummer 9/937 schriftlich vor.

#### Drucksache 9/908

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Ausbildungsplätze hat der Senat in den einzelnen Ressorts in den Jahren
  - a) 1974
  - b) 1975
  - c) 1976
  - d) 1977
  - e) 1978
 zur Verfügung gestellt, aufgegliedert in handwerkliche und Ausbildungsgänge der Verwaltungen?
2. Wie viele Ausbildungsplätze waren davon jeweils für
  - a) männliche
  - b) weibliche
 Auszubildende eingerichtet worden?

- (A) 3. Wie viele Auszubildende hatten davon jeweils
- Hauptschulabschluß
  - Realschulabschluß/mittlere Reife
  - Abitur?
4. Wie viele der in Fragen 1 bis 3 angesprochenen Ausbildungsplätze entfielen auf schwerbehinderte Auszubildende?

Das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage hat Herr Senator Fröhlich.

**Senator für Inneres Fröhlich:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Präsident hat mitgeteilt, daß wir das tabellarische Werk über die Ausbildungsplätze dem Parlament bereits schriftlich unterbreitet haben, aber es würde dem Gegenstand der Großen Anfrage nicht gerecht, sich mit der bloßen Wiedergabe der erfragten Zahlen zu begnügen, die wir Ihnen schriftlich vorgelegt haben. Ich möchte dazu noch folgende erläuternde Hinweise geben:

Der Senat hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt darum bemüht, zusätzliche Ausbildungsplätze im Bereich des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einzurichten, um auf diese Weise zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beizutragen. Ich darf hier hinzufügen, auch dieses Haus hat sich seit 1974 mehrfach mit dieser Frage beschäftigt.

Das Ergebnis der Bemühungen des Senats können Sie aus der Ihnen vorliegenden Aufstellung entnehmen. Aus ihr ergibt sich, daß in den Einstellungsjahren von 1976 bis 1978 eine prozentuale Steigerung der Ausbildungsplätze im Bereich des Landes und der Stadtgemeinde Bremen um 34 Prozent zu verzeichnen ist.

Als Einzelmaßnahmen möchte ich insbesondere erwähnen, daß im Jahr 1975 zusätzlich 120 Bewerber mit Hauptschulabschluß zur Ausbildung für die spätere Verwendung als Beamter eingestellt wurden. Im Jahr 1977 konnten 96 Ausbildungsplätze und im Jahr 1978 weitere 145 Ausbildungsplätze für Ausbildungsberufe im kaufmännischen und gewerblichen Bereich eingerichtet werden.

Dabei hat sich der Senat von der Auffassung leiten lassen, Ausbildungsplätze insbesondere in solchen Ausbildungsberufen zu schaffen, in denen es nach der Ausbildung auch außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Eine Ausbildung zur späteren Verwendung als Beamter ist demgegenüber nur im Rahmen des von der Bürgerschaft beschlossenen Stellenplans und des sich daraus ergebenden Personalbedarfs vertretbar.

Aus den Ihnen vorliegenden Zahlen wird darüber hinaus das Anliegen des Senats deutlich, die männlichen und weiblichen Bewerber in gleichem Umfang zu berücksichtigen. Ich wünschte, es wäre überall so!

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]:  
Auch im Parlament!)

Das macht nicht der Senat, Frau Leinemann!

Sie können diesen Zahlen auch entnehmen, daß die Schulabgänger mit Hauptschulabschluß bei der

Besetzung der Ausbildungsplätze in erheblichem Umfang berücksichtigt worden sind. (C)

Die Zahl von 27 Schwerbehinderten, die in den Jahren 1974 bis 1978 als Auszubildende eingestellt wurden, mag Ihnen gering erscheinen; dabei ist aber zu berücksichtigen, daß von den eingerichteten Ausbildungsplätzen allein 2 393 Plätze auf die Bereiche der Polizei, der Krankenpflege, der Rechtspflege und des Strafvollzugs entfallen, in denen wegen der besonderen beruflichen Anforderungen nur in Ausnahmefällen schwerbehinderte Auszubildende eingestellt werden können. Es kommt hinzu, daß sich erst in den letzten Jahren vermehrt Schwerbehinderte, die auch ausbildungsfähig sind, um eine Einstellung bewerben. Es haben sich zum Beispiel im Bereich der Senatskommission für das Personalwesen zum 1. 8. 1978 16 Schwerbehinderte beworben, von denen elf eingestellt wurden. Bei der beruflichen Eingliederung der Schwerbehinderten wirken die Einstellungsbehörden mit den Arbeitsämtern und dem Gesamtvertrauensmann beziehungsweise den Vertrauensmännern der Schwerbehinderten eng zusammen.

Der Senat hat im übrigen zuletzt durch Beschluß vom 10. 10. 1977 die für die Einstellung von Nachwuchskräften zuständigen Stellen aufgefordert, verstärkt schwerbehinderte Jugendliche zu berücksichtigen. Außerdem hat der Senat am 10. 10. 1977 beschlossen, daß von 1979 bis 1983 für mehr als 400 Jugendliche zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß der Senat eine besondere Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingerichtet hat, ihm Anfang des kommenden Jahres einen Bericht vorzulegen — ich hoffe, daß dieser Bericht noch im Laufe des Monats Februar vorgelegt wird —, in dem unter anderem weitere Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aufgezeigt werden sollen. Der Senat wird die Vorschläge prüfen und über die Schaffung weiterer Ausbildungsplätze unter Berücksichtigung der finanziellen Gegebenheiten beschließen. (D)

Aus den Ihnen vorgelegten Zahlen und meinen ergänzenden Ausführungen mögen Sie ersehen, daß der Senat im Rahmen der ihm von der Bürgerschaft zur Verfügung gestellten Mittel einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geleistet hat. Ich darf hinzufügen, daß auch künftig der Senat bestrebt sein wird, dem Ausbildungsplatzmangel nach Kräften entgegenzuwirken. Der Senat dankt in diesem Zusammenhang allen Beteiligten und nicht zuletzt den Personalräten, die ihn bei diesen Bemühungen tatkräftig unterstützt haben. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Vielen Dank, Herr Senator Fröhlich!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies von Mitgliedern der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangt wird.

(A) Ich frage das Haus, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. — Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zu dem Problem Auszubildende im öffentlichen Dienst hat es, Herr Senator, in der Tat eine Reihe von Anfragen und Anträgen gegeben, einschließlich der Entschliessungen und Berichte zur Förderung lernschwacher Jugendlicher und über „Maßnahmen zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit“; das ist richtig. Aber wir meinen, daß diese Große Anfrage in Verbindung mit der von Ihnen erteilten Antwort das Bild vervollständigt und, wie ich meine, ihren ganz besonderen Wert hat, weil durch die Antwort erstmals Auskunft gegeben wird über die jeweils im ersten Jahr zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze, so daß die jeweiligen Zuwachsraten in den unterschiedlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung von nun an übersehen und von uns ausgewertet werden können. Vor allen Dingen können die Fortschreibung und die eben von Ihnen wiederholten Absichtserklärungen auch besser kontrolliert werden.

Ich will mich im Bereich der Aussprache auf drei Schwerpunkte konzentrieren, die ich meine ansprechen zu müssen und die man ansprechen sollte, wenn man die Problematik Auszubildende im öffentlichen Dienst vorgestellt bekommt.

(B) Der erste Problemkreis ist die Frage, soll der öffentliche Dienst, so wie es von der Wirtschaft erwartet und von verschiedenen Gruppen, politischen Parteien immer wieder gefordert wird, über seinen voraussichtlichen Bedarf hinaus ausbilden, um einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen, und es gibt unterschiedliche Beurteilungen auch in den politischen Parteien.

Das beginnt bei der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der CDA, die eine vermehrte Beteiligung des öffentlichen Dienstes auch über den Bedarf hinaus in allen Bereichen jüngst gefordert hat. Da gibt es Äußerungen von Herrn Stingl, da gibt es Äußerungen von den Jungsozialisten, und da gibt es sicherlich noch einige Bereiche zu nennen, die ein „Recht auf Ausbildung“ verwirklichen wollen mit der Forderung, der öffentliche Dienst habe in diesem Zusammenhang seinen Beitrag zu leisten. Ich möchte die Haltung der FDP zu dieser Frage deutlich machen.

Erstens: Die Ausbildung zur späteren Verwendung als Beamter sollte nach Meinung der FDP grundsätzlich personalbedarfsbezogen geführt sein. Es sollten so viele Ausbildungsplätze eingerichtet werden, wie auf der Grundlage einer Personalbedarfsberechnung zum Zeitpunkt des Ausbildungsabschlusses benötigt werden. Das setzt allerdings voraus, meine Damen und Herren, daß die Personalbedarfsberechnungen in Bremen nach einheitli-

chen Kriterien und möglichst auf zuverlässigen Personalbemessungsdaten beruhen und möglichst jährlich vorgenommen werden.

Es gibt leider Beispiele in Bremen, bei denen die am Personalbedarf orientierte Einstellungsquote mit der Anzahl der normalen und vor allen Dingen der nicht ordentlichen Abgänge nicht harmonisiert und somit ein Stellenproblem bewirkt wird.

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Wo denn?)

Ich glaube, Herr Senator Fröhlich und Frau Leinemann, das Stellenproblem bei der Polizei hat auch in diesem Zusammenhang seinen Stellenwert. Um hier einmal die Lücke schließen zu können, die ja geschlossen werden muß, wird auch der Vorschlag gemacht, endlich dieses System zu überdenken. Ich weiß nicht, ob es des Rätsels Lösung ist, aber daß wir dort diese Stellen haben, hängt damit zusammen, daß, wie ich meine, eine nicht ordnungsgemäße Personalbedarfsmessung vorgelegen hat und wir hier in einen Engpaß geraten sind, was jetzt durch zusätzliche Einstellungen von der Seite her dankenswerterweise aufgefüllt werden soll.

Zweitens: Da das Angebot von Ausbildungsplätzen im Bereich der Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz mit Rücksicht auf die zu erwartenden Schülerzahlen ausgeweitet werden muß, haben nach Auffassung der FDP neben den Arbeitgebern der privaten Wirtschaft auch die öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber einen Beitrag zu leisten. Ich begrüße hier nochmals, wie wir das in der Vergangenheit getan haben, die Anstrengungen, die seit 1977 der Senat unternommen hat, um in der Verwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zusätzliche Ausbildungsplätze einzurichten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, diese Maßnahmen sind in der Vergangenheit von uns mitgetragen worden, und wir werden sie auch in Zukunft tragen. Wer keine Berufsausbildung besitzt, läuft als junger Mensch eher Gefahr, nicht nur den Arbeitsplatz schneller zu verlieren, oft erhält er ihn erst gar nicht, und ein ausgebildeter Jugendlicher ist auch psychologisch gesehen stabiler, motivierter als ein nicht ausgebildeter.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

Nicht ganz einverstanden, meine Damen und Herren, können wir allerdings sein, wenn in dem von Ihnen angeschnittenen Berufsbildungsbericht — es gibt ja bisher einen Entwurf des Senats — folgende Formulierung sich wiederfindet — ich zitiere —:

„Eine Einstellung von Auszubildenden über den Bedarf hinaus kann bei diesen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis durchgeführten Ausbildungsgängen nicht befürwortet werden, da nach Abschluß der Ausbildung ein Einsatz in der Regel

(C)

(D)

- (A) nur innerhalb der öffentlichen Verwaltung möglich ist und andere Träger der öffentlichen Verwaltung im allgemeinen wegen der eigenen Ausbildungskapazität keine bei einem anderen Dienstherrn ausgebildeten Kräfte übernehmen."

Meine Damen und Herren, das heißt, und deswegen scheinen mir diese Feststellungen problematisch zu sein, daß hier womöglich Strukturen unseres Laufbahnrechts eine flexiblere und mobilere Verwendung im Rahmen der allgemeinen Verwaltungszweige verbieten. Ich meine, es ist daher zu überprüfen, ob hier nicht veraltete und verkrustete Strukturen des Laufbahnrechts aufgeweicht werden müssen, um eine verbesserte Mobilität und Flexibilität innerhalb der Verwaltung sicherzustellen, damit nicht einer, der in einem Verwaltungsbereich ausgebildet worden ist, dazu verurteilt wird, sein Leben lang dort zu bleiben und nicht umgesetzt werden kann in einen anderen Bereich.

Ein weiteres in diesem Zusammenhang, was ich anzumerken bitte, Herr Senator: Bei den Bediensteten stellt sich, was verständlich ist, in Verbindung mit einer Forderung nach Erhöhung der Ausbildungskapazität die Frage, ob und wie dem damit erhöhten Bedarf an Ausbildern, und zwar qualifizierten Ausbildern, personell und materiell Rechnung getragen wird.

Wir sind der Meinung, daß selbstverständlich auch mehr qualifiziertes Personal zur Verfügung gestellt werden muß, wenn mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden, und dieses Personal muß nun nicht zusätzlich eingestellt werden, sondern es geht in erster Linie darum, daß das Personal, das zur Ausbildung vorgesehen ist, auch entsprechend aus- und fortgebildet wird.

- (B) Ein weiterer Punkt, den ich hier vortragen möchte: Wir unterstützen ausdrücklich die Bemühungen der Personalräte, insbesondere des Gesamtpersonalrats, Blockaden, die sich in vielfältigen Bereichen der Verwaltung finden, Widerstände in den einzelnen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und auch im Bereich der Daseinsvorsorge, aufzubrechen, um überhaupt mehr Bereitschaft für die Ausbildung zu erwecken. Dies gilt insbesondere für die weiblichen Auszubildenden, bei denen man allenthalben Vorbehalte und Zurückhaltung, wenn nicht sogar Widerstände trifft.

Die Personalräte, das darf ich hier sagen, insbesondere der Gesamtpersonalrat, bemühen sich dort redlich, zum Teil gegen diese Widerstände bei ihren eigenen Personalräten, Verständnis für die Situation der jungen Leute zu finden. Dies erkennen wir an.

(Beifall bei der FDP — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Für mich stellt sich im Zusammenhang mit den Auszubildenden im öffentlichen Dienst — das war nicht Gegenstand der Frage, sollte aber angeschnitten werden, ich tue es — auch die Frage nach den Ausbildungsplätzen und der Ausbildungskapazität

bei den stadteigenen Gesellschaften, den Stadtwerken zum Beispiel, wo es vermutlich zusätzliche Ausbildungsreserven gibt, vor allem im handwerklichen Bereich, und ich frage, ob hier bedarfsdeckend oder, was ich hoffe, auch darüber hinaus ausgebildet wird.

In einem Bericht des Senats vom 17. 10. 1977, Drucksache 9/614, heißt es zu dieser Frage unbefriedigend, daß es sich hierbei um elf Ausbildungsplätze handelt; elf Jugendliche sind in der Berufsausbildung. Die Stadtwerke Bremen haben seit 1975 ihre Ausbildungsplätze im gewerblichen Bereich von neun auf 20 und 1977 um drei weitere Plätze erhöht. Es ist angekündigt worden, man wolle diese Kapazität erweitern.

Ich erlaube mir die Frage, ob sich jemand dafür zuständig fühlt, Auskunft zu geben, ob dieses Versprechen eingelöst worden ist. Ich würde sonst an diese Betriebe appellieren, ihr Versprechen einzuhalten und auch ihre Kapazitäten zu erweitern, denn das muß für sie genauso gelten, was für die öffentliche Verwaltung gilt.

Ich möchte zusammenfassend zu diesem Problemkreis sagen, nach Auffassung meiner Fraktion sollte im öffentlichen Dienst immer und überall auch über den Bedarf hinaus eine Ausbildung durchgeführt werden, sofern diese Ausbildung auch eine Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes erlaubt und sichergestellt ist, daß der Ausgebildete keine Rechte auf Übernahme herleiten kann.

Ein zweiter Problemkreis, den ich hier ansprechen möchte, ist die Frage — und darauf zielte auch unsere Große Anfrage —: Werden bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst die Hauptschüler gegenüber den Realschülern und Abiturienten benachteiligt? (D)

Ich habe Anlaß zu dieser Frage — ich habe das hier schon einmal erwähnt in einem anderen Zusammenhang — aufgrund eines Protokolls einer Sitzung der Deputation für öffentliches Dienstrecht, in dem es anläßlich eines anderen Tagesordnungspunkts, nämlich bei der Frage der Beschleunigung des Einstellungsverfahrens, zu einer Debatte gekommen ist über die Hauptschüler.

Herr Kauffmann hatte gefragt nach dem Anteil der Hauptschüler, und da sind bemerkenswerte Ausführungen — leider unwidersprochen — von seiten der Verwaltung gemacht worden, die ich zitieren möchte. Einmal heißt es aus dem Mund der Verwaltung: „Auch Hauptschüler könnten sich bei den Einstellungen bewerben, was sie auch täten, allerdings im Testverfahren könnten sie sich jedoch nur in Einzelfällen gegenüber den Realschülern durchsetzen.“

Das hat mir zu denken gegeben. Dem Problem der Hauptschüler hat dieser leitende Beamte einen erheblichen Stellenwert zugemessen. „Hier müsse etwas getan werden. Aus den Erfahrungen der hinreichend bekannten Sonderaktion müsse entnommen werden, daß das Gros erhebliche Defizite an Wissen

(A) und in charakterlicher Hinsicht aufzuweisen habe.“ Das Gros der Hauptschüler! „Trotz intensiver Bemühungen, zum Beispiel der Erteilung zusätzlichen Deutschunterrichts, müsse festgestellt werden, daß die Hauptschüler in der Konkurrenz mit den Realschülern regelmäßig unterlegen seien.“

Es heißt dann an einer weiteren Stelle, daß man zwar mit der Bildungsbehörde gesprochen habe, dieses Problem zwar sehe, aber es ist dann allgemein festgestellt worden, dies sei ein Problem der Hauptschule.

Meine Damen und Herren, ich teile diese Auffassung, und wenn man in der Deputation das Gespräch darüber abgebrochen hat, dann darf das aber für uns nicht heißen, daß wir nun sagen, wir sind nicht mehr zuständig. Das ist nicht eine Sache des öffentlichen Dienstes, sondern es wird schwerfallen, den jungen Leuten klarzumachen, daß sie in einem Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge oder des Staats, nämlich in der Schule, schlecht ausgebildet werden, wenn sie von derselben Stelle gesagt bekommen, weil wir dich so schlecht ausgebildet haben in der Schule, können wir dich nicht einstellen!

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich glaube, diesen Fehler dürfen wir nicht machen. Daß ich so unrecht nicht habe, daß es sich hier um ein Problem der Hauptschule handelt, dafür kann ich zitieren aus einem Protokoll der Bildungsdeputation. In einer Bildungsdeputationssitzung hat man auch die Probleme anscheinend erkannt. Da heißt es nämlich am 13. 6. 1978, ich zitiere:

(B) „Drittens, die Schwierigkeit bei der Vermittlung von Hauptschülern in berufliche Ausbildungsverhältnisse oder Arbeitsverhältnisse erweist sich zunehmend nicht als zeitlich begrenztes Problem aufgrund einer augenblicklichen Wirtschaftslage, sondern als strukturelles Problem unseres Ausbildungs- und Beschäftigungssystems. Das macht curriculare und schulorganisatorische Änderungen dringlicher, die ohne zusätzliches Personal, zusätzliche Lehrer, Lehrwerkmeister und Raumkapazitäten nicht zu verwirklichen seien. Alle Analysen verdichten, daß hier zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen.“

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Weniger wissenschaftlich gearbeitet wird!)

Herr Dr. Sieling, ich warte ja darauf, daß die Bildungspolitiker hier sich dazu äußern und es mir nicht übelnehmen, wenn ich sie geradezu dazu auffordere, zu der Entwicklung dieses Erkenntnisstands und zu dem sich zu äußern, was nun im Vollzug dieser Erkenntnisse geschehen ist.

Ich meine, meine Damen und Herren, daß diese Entwicklung, nämlich der Vorwurf an die Schule, insbesondere der Vorwurf an die Hauptschule, nun nicht mehr vom Tisch zu wischen ist, denn es gibt kaum einen Lehrherrn, kaum einen Lehrmeister in der privaten Wirtschaft, der, befragt, in etwa wie

folgt die Ausbildungssituation darstellt, er sagt nämlich: (C)

Diejenigen, die zu uns kommen, weisen in erster Linie Mängel auf in Deutsch und Rechnen, das sind die Hauptschüler. Das hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Es fehlt den jetzigen Hauptschülern, die sich um eine Lehrstelle bewerben, zudem die Fähigkeit, konzentriert und exakt zu arbeiten. Statt dessen wird den Auszubildenden genauso gleichmütig bescheinigt, sie hätten eine überdimensionale Freude am Diskutieren, alles und jedes kritisch zu hinterfragen, wobei ich der Auffassung bin, letzteres ist kein Negativmerkmal, da würden wir uns mißverstehen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Aber, Herr Stühweh, wenn proportional dazu die Bereitschaft, die Aufgaben zu erfüllen, und die Bereitschaft mitzuarbeiten in den Hintergrund gedrängt wird, dann ist das nicht zu goutieren. Ich bin der Auffassung, meine Damen und Herren Bildungspolitiker, Sie sollten dafür sorgen, daß das Bildungswesen nicht in zunehmendem Maß ein Eigenleben führt und am Bedarf vorbei ausbildet.

Meine Damen und Herren Bildungspolitiker, ich meine, das gilt sowohl für die Hauptschüler, das gilt für Abiturienten, und das gilt für Studenten mit ihren viel zu hohen Berufserwartungen, und ich bin der Überzeugung, daß die Verdrossenheit, von der hier schon oft die Rede gewesen ist, auch zu einem großen Teil darin ihre Ursache hat. (D)

Wenn wir in diesem Haus sehr viele, zeitweise sogar zu viele Bildungsdebatten gehört haben, dann hatte man manchmal den Eindruck, daß hier in der Tat die Bildungspolitiker ein Eigenleben führen und daß das Problem zum Beispiel der Hauptschüler zu wenig gesehen wird in Verbindung mit dem Beschäftigungssystem.

Lassen Sie es mich so sagen: Der Bildungsanspruch und der Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren, müssen zu einem sinnvollen Ausgleich gebracht werden. Wenn Sie das nicht tun, wenn das nicht geschieht, dann erweisen wir unseren jungen Leuten einen Bärendienst.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein richtiger Schritt, Herr Senator, in die richtige Richtung, ein erster Schritt, möchte ich sagen, in die richtige Richtung erscheint mir die letzte Ausschreibung zu sein, mit der Auszubildende für den mittleren Dienst im November 1978 im Amtsblatt Nummer 72 angeworben werden. Da geschieht folgendes: Da hat der Senat erstmalig Stellen für den mittleren Dienst mit der Bemerkung ausgeschrieben, „bewerben können sich Absolventen der Realschule und der Hauptschule“.

Ich bin der Auffassung, auch wenn ich als Jurist natürlich jetzt ein „Aber“ sagen müßte und dieses „Aber“ sicherlich verfassungsrechtlich auch begrün-

(A) det wäre, wir sollten diesen ersten Schritt in die richtige Richtung begrüßen, und wir sollten ohne verfassungsrechtliche oder verfahrensrechtliche Wenn und Aber diese neue Form der Ausschreibung begrüßen. Hier ist damit begonnen worden, zumindest den bisher geführten Zusatz „und Abiturienten“ wegzulassen. Das hilft den Hauptschülern mit Sicherheit im ersten Schritt sehr.

(Beifall bei der FDP)

Ein drittes Problem im Bereich der Auszubildenden im öffentlichen Dienst, Herr Senator, ist das auch von Ihnen angesprochene Problem der Behinderten und der lernschwächeren Jugendlichen. Es geht um eine ganz wichtige Frage, und auch im Rahmen unserer Fragestellung nimmt dies einen hohen Stellenwert ein. Das ist die Frage, inwieweit behinderte und lernschwächere Jugendliche einen Ausbildungsplatz in der öffentlichen Verwaltung finden können. Ich möchte die Haltung der FDP dazu kurz skizzieren. Vielleicht kann ein Kollege von mir, der diese Dinge weit besser übersieht, es noch besser tun als ich, aber ich habe eine Meinung dazu, weil ich mich auch mit dem öffentlichen Dienst beschäftige, deputationsmäßig, und die Dinge von der Seite, auf der ich mich bewege, auch beurteilt bekomme.

(B) Es ist sicherlich auf der einen Seite sehr zu begrüßen, daß 54 Sonderschüler — in erster Linie Jugendliche mit einem noch nicht so starken Grad der Lernschwäche, das ergibt sich aus der Antwort zu Frage vier — im öffentlichen Dienst einen Ausbildungsplatz bekommen haben. Aber die Einstellung von nur 27 schwerbehinderten Auszubildenden in einem Zeitraum von fast fünf Jahren ist als zu mager zu bezeichnen.

Wenn es heißt, daß sich nun die Schwerbehinderten zu wenig bewerben, dann steht das im Widerspruch zu den Auskünften, die wir bekommen haben. Ich möchte daher an den Senat die Bitte richten — meine Fraktion jedenfalls wäre dafür sehr dankbar im Interesse dieser Schwerbehinderten und im Interesse dieses Kreises, von dem ich hier spreche —, bei künftigen Anfragen und bei künftigen Anwerbungen, wie das eben auch in Ihrer Antwort angeklungen ist, die Vermittlung von schwerbehinderten Jugendlichen auf Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst mehr als bisher im Auge zu behalten und sich dafür einzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

Ich füge hinzu, dies gilt auch im privatwirtschaftlichen Bereich, soweit man darauf Einfluß hat. Auch hier gilt dieses Engagement der Freien Demokraten, daß für diese Gruppe der Benachteiligten, der Schwerbehinderten und derjenigen, die sonst am Rand der Gesellschaft nun wirklich stehenbleiben müssen, ein wenig mehr, wenn nicht sogar weit mehr getan werden soll und muß, als es bisher der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der FDP)

(C) Ich möchte zusammenfassend sagen, daß die Aktivitäten, die hier dargestellt worden sind in den vergangenen Zeiten zum Bereich Auszubildende im öffentlichen Dienst, von uns nicht einfach vom Tisch gewischt werden sollen. Wir haben, wie ich gesagt habe, daran mitgewirkt und haben auch unseren Beitrag dazu geleistet.

Ich möchte aber diese Antwort des Senats und diese Ausführungen dazu benutzen, den Appell, den ich zu den jeweiligen Bereichen hier im einzelnen angesprochen habe, zusammenzufassen und die Verwaltungen, die einzelnen Verwaltungszweige aufzufordern, wenn und soweit sich nur irgendwie die Möglichkeit bietet, einen zusätzlichen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, wenn sich nur irgend jemand in der Verwaltung befähigt sieht und bereit findet, junge Leute auszubilden, Widerstände, Zurückhaltungen zu überwinden. Der öffentliche Dienst soll hier einen vorbildlichen Beitrag leisten, um der immer drohenden und auf uns zukommenden Jugendarbeitslosigkeit entgegenzutreten. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ravens.

(D) **Abg. Ravens (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte unsere Kritik in wenigen Sätzen zusammenfassen. Herr von Schönfeldt, eigentlich steht es mir nicht an, jetzt Kritik zu üben an der Anfrage. Ich hätte mir gewünscht, daß auch in der Anfrage und dann natürlich in der Antwort des Senats über die Ausbildungskapazitäten in den einzelnen senatorischen Dienststellen gesprochen worden wäre. Ich kann nämlich überhaupt keine Aussage machen, und wir können es auch nicht kontrollieren, wie Sie gesagt haben. Wo sind noch freie Ausbildungsstellen? Nur dann können wir darauf hinweisen und sagen, hier sind noch zwei Plätze zu besetzen, da sind noch fünf, und da sind noch zehn. Wir haben doch überhaupt keine Kontrolle, nur ist das auch in der Anfrage nicht ausgeführt, dies ist nicht unsere Schuld.

Eine weitere Frage, die haben Sie allerdings angeschnitten, ist mir aufgefallen — Sie haben jetzt aus einem anderen Protokoll zitiert —, das ist die Beteiligung der Gesellschaften mit bremischer Beteiligung. Darüber ist auch nichts gefragt und auch nichts angeführt worden. Ich nehme an, daß Sie das aus der Drucksache 9/614 zitiert haben, darin standen ja einige Ausführungen. Ich hätte mir jetzt allerdings gewünscht, daß auch der Senat noch einige Ausführungen dazu gemacht hätte, wieviel Plätze tatsächlich besetzt worden sind. Diese Kritik muß ich auch unterstreichen.

Vorweg muß ich sagen, bevor ich meine Ausführungen beginne, daß wir anerkennen, daß der Senat doch einiges gegen die Jugendarbeitslosigkeit getan hat. Wir sind jedoch der Meinung, daß in einigen Bereichen noch etwas mehr getan werden müßte.

- (A) Hierbei möchte ich noch einmal an den Brief des Gesamtpersonalrats an den Präsidenten des Senats erinnern, in dem der Gesamtpersonalrat ausdrücklich begrüßt, daß zusätzliche Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst geschaffen werden. Er führt dann weiter aus, daß in diesem Jahr eine große Anzahl Schulabgänger um einen Ausbildungsplatz in der bremischen Verwaltung nachgefragt hat, aber der größte Teil nicht berücksichtigt werden konnte.

Dann kommt für mich ein wichtiger Satz, und den möchte ich gern wörtlich zitieren: „Stichproben haben ergeben, daß in den Dienststellen durchaus weitere Ausbildungsplätze ohne großen finanziellen Aufwand eingerichtet werden können.“

Ich meine, wenn der Gesamtpersonalrat von Stichproben spricht, dann möchte ich nicht nachforschen, wenn wir einmal die gesamten senatorischen Dienststellen durchgehen, wieviel Ausbildungsplätze noch zusätzlich geschaffen werden könnten. Dies beweist eben noch einmal, wie wichtig es ist, daß man auch die Ausbildungskapazitäten nachfragt.

Entgegen der häufigen politischen Behauptung des Senats wurden weder besonders viele Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, noch wurde in den letzten Jahren ein besonderer Schwerpunkt gesetzt. Dies beklagt nämlich auch der Bundesminister für Bildung in seinem letzten Berufsbildungsbericht 1978. In der Statistik über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt das Land Bremen mit an letzter Stelle. So wurden 1975/76 im öffentlichen Dienst 266 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, das bedeutet ein Minus von 33,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, obwohl Industrie und Handel ein Plus von 15,2 Prozent zu verzeichnen hatten und das Handwerk von 6,6 Prozent. Ein Jahr später, und das möchte ich hier eben stark monieren, rühmt sich dann der öffentliche Dienst, und Herr Senator Fröhlich hat es dann auch ausgeführt, daß er mit einer Steigerung von 36,1 Prozent, das sind 362 neue Ausbildungsverträge, im nächsten Jahr aufzuwarten hat.

- (B) Also, wer rechnen kann, dem liegt klar auf der Hand, das eine Jahr 33 Prozent weniger, das andere Jahr 36 Prozent mehr, das besagt entsprechend der Statistik des Bildungsministers: nicht ein einziger zusätzlicher Ausbildungsplatz! Ich bin der Meinung, daß hier gerade der Senat mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Man kann nicht immer auf anderen herumhämmern und dann selbst nichts machen.

(Beifall bei der CDU)

Dann habe ich gestern durch Zufall gelesen, daß sie eine Arbeitsgruppe eingerichtet haben beim Bundesvorstand der SPD. Da heißt es in dem SPD-Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: „Neben der gewerblichen Wirtschaft muß auch der öffentliche Bereich einen aktiven Beitrag zur Lösung der Beschäftigungs- und Ausbildungsprobleme junger Menschen leisten. Im einzelnen fordern wir die Schaffung zusätzlicher Be-

- (C) schäftigungsmöglichkeiten im Sozialbereich, und zwar sowohl im öffentlichen Dienst als auch bei den freien Trägern, sowie die Erweiterung eines Angebotes qualifizierter Ausbildung in Sozialberufen.“

Und dann: „Schaffung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzangebots vor allem in nicht verwaltungs-internen Berufen.“ Ich komme darauf auch noch einmal zurück. Damit meinen Sie vor allem auch handwerkliche Berufe, und damit sieht es hier in Bremen nicht sehr gut aus.

Ausweislich der Antwort zur Frage 1.1 der Großen Anfrage wurde sogar das Maximum von 827 Ausbildungsplätzen im Jahr 1975 bis heute nicht wieder erreicht, damals 827, heute 752. Eine nennenswerte Erhöhung der Ausbildungsstellen ist nur erfolgt im Bereich der Senatskommission für das Personalwesen, während sonst überall die Werte von 1975 zum Teil massiv unterschritten wurden.

Im übrigen sind nur die Ausbildungsstellen der SKP einem allgemeinen Ausbildungsprogramm zuzurechnen, während im übrigen stark bedarfsbezogen ausgebildet wurde. Für mich ist angesichts der großen Personaldefizite beim Finanzamt und der Bremer Polizei der dort verzeichnete allgemeine Rückgang der Zahlen der Ausbildungsplätze unerklärlich sowie die Tatsache, daß nicht zusätzlich Ausbildungsplätze geschaffen worden sind. Für mich ist unerklärlich, daß man dies auf der einen Seite beklagt und dann nicht ausbildet.

(D) In der Antwort zur Frage 1.2 gliedern sich die Ausbildungsplätze vor allen Dingen in solche der Verwaltung, während die handwerklichen Ausbildungsberufe knapp unter sechs Prozent liegen. Damit stellt der öffentliche Dienst in Bremen vor allen Dingen im Bereich der Mangelberufe keine Ausbildungsplätze in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Von zur Zeit 3 535 Ausbildungsplätzen sind ganze 210 Ausbildungsplätze im handwerklichen Bereich zu finden. Ich meine, das ist schlechthin eine Farce, denn Sie können doch wirklich keinem erzählen, daß in den gesamten senatorischen Bereichen nur 210 gewerblich Auszubildende einen Platz finden können, das ist überhaupt nicht möglich!

Auch die Aufteilung nach männlichen und weiblichen Auszubildenden muß stark kritisiert werden. Wenn Herr Senator Fröhlich vorhin gesagt hat, sie hätten einen Ausgleich geschaffen, so stimmt das nicht. Ich möchte das hier noch gar nicht einmal alles vorlesen, aber Sie haben uns doch die Antworten gegeben, 1974 420 männliche und 340 weibliche, kein Ausgleich; 1975 ist er geschaffen, 413 zu 414, das ist der Ausgleich; 1976 289 zu 274, und so geht es weiter, immer mehr männliche als weibliche. Es ist uns doch bekannt, daß gerade die weiblichen Jugendlichen Ausbildungsplätze nachfragen. Da hätte ich gerade vom Senat verlangt, daß er in diesem Bereich mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der CDU)



(A) Das mag zwar etwas hart klingen, aber im Bereich der Hauptschüler kann ich nur von Skandal reden, denn ich sehe die Aufteilung nach Hauptschülern, Realschülern und Abiturienten und Sonderschülern als skandalös an. Von 3 535 Auszubildenden sind 54 Sonderschüler, 432 Abiturienten und 2 046 Realschüler und ganze 1 003 Ausbildungsplätze für Hauptschüler bereitgestellt worden. Das heißt doch nichts anderes, als daß der Anteil von rund 28 Prozent Hauptschülern und 1,5 Prozent Sonderschulabgängern nicht einmal von deren Anteil her den Schulabgängern in Bremen entspricht. Die Auswahlpraxis des öffentlichen Dienstes unterscheidet sich also, und dies ist aus der Antwort zu Frage drei ersichtlich, überhaupt nicht von der privater Arbeitgeber, obwohl hier in besonderer Weise antizyklisches Verhalten des öffentlichen Arbeitgebers zu erwarten wäre.

Hier, meine Damen und Herren von der SPD, legitimiert sich unsere Kritik an der desolaten Situation der Hauptschule. Denn wenn für Sie die Einstellungskriterien der Hauptschüler für den öffentlichen Dienst nicht genügen, so haben Sie das zu verantworten, denn Sie sind verantwortlich für den Bildungsbereich!

(Beifall bei der CDU)

(B) In diesem Zusammenhang sollte auch noch einmal erörtert werden, daß die öffentliche Hand durch besonders starke Laufbahnvorschriften zusätzlich die Probleme der Hauptschüler verstärkt. Das kann nämlich so weit führen, daß ein Absolvent der Abteilung Bremerhaven der Hochschule für Technik mit dem Patent eines Steuermannes auf Großer Fahrt bei der Wasserschutzpolizei Bremen trotz eines Mangels an Fahrensleuten nicht eingestellt werden kann, weil er seinerzeit nur einen Hauptschulabschluß zuzüglich abgeschlossener Lehre für den Fachhochschulbereich nachzuweisen hatte, während heute Realschulabschluß gefordert wird, der zugleich heute für den gehobenen Dienst der Wasserschutzpolizei gleichfalls gefordert wird. Hier, meine Damen und Herren, sind doch dringend Änderungen der Laufbahnvorschriften notwendig.

Schließlich weist auch die Antwort auf die Frage vier aus, daß insgesamt nur 27 schwerbehinderte Auszubildende eingestellt wurden. Das sind 0,76 Prozent aller Auszubildenden. Diese Zahl ist derart gering, daß man hier noch stärker als bei den genannten Einstellungszahlen der Haupt- und Sonderschulabgänger von einem eklatanten Versagen des öffentlichen Arbeitgebers sprechen muß.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt hören Sie sich einmal die Sätze, die ich vorlese, genau an! Ich sage Ihnen nachher, woraus das stammt.

„Das Ausbildungsplatzangebot im Lande Bremen im öffentlichen Dienst einschließlich der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven und in den Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung soll

mindestens so hoch sein, daß für den eigenen Bedarf ausgebildet werden kann. Dem öffentlichen Dienst und den bremischen Gesellschaften mit Eigenbeteiligung ist darüber hinaus eine Überlastquote bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen zuzumuten. Dabei ist davon auszugehen, daß bei den so geschaffenen zusätzlichen Ausbildungsplätzen ein Ausbildungsabschluß in anerkannten Ausbildungsberufen gewährleistet wird, der den Auszubildenden nach Abschluß ihrer Ausbildung eine berufliche Tätigkeit in oder außerhalb des öffentlichen Dienstes erlauben sollte, zumal dem Auszubildenden keine Garantie für eine Übernahme in ein Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst gegeben werden kann.“

Dann ein schöner Satz: „Ausbildungsplätze sollen insbesondere den Benachteiligten auf dem Arbeitsmarkt, nämlich Hauptschülern mit und ohne Abschluß, Sonderschülern und Behinderten, zur Verfügung gestellt werden.“

Diese Ausführungen, meine Damen und Herren, stammen aus einer Vorlage der Deputation für zentrale Planung, und denen haben Sie alle zugestimmt, nur verfahren worden ist in keiner Weise so!

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube sowieso, daß bei der SPD-Fraktion oft die Linke nicht weiß, was die Rechte macht. Ich spreche jetzt von den Händen und nicht von der Ideologie. Dafür nenne ich ein Beispiel.

(D) Vorlage Nummer 20 der Deputation für Bildung vom 28. 12. 1977, dort heißt es: „Darüber hinaus werden im öffentlichen Dienst des Landes Bremen und der Stadtgemeinde Bremen und in den Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung bis 1980 zirka 430 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen.“

Drei Monate später heißt es dann in einer Pressemitteilung des Senats, ich zitiere: „Bis 1980 können insgesamt folgende Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen sowie bei den Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung zur Verfügung gestellt werden.“. Dann kommt die Auflistung: „Ausgewiesen insgesamt 386“.

Ich weiß nicht, einmal 430, dann wieder 386, Herr Senator Fröhlich sprach von zirka 400! Ich glaube, man weiß innerhalb von fünf Monaten nicht mehr, was man gesagt hat!

Was ich auch nicht verstehe in dieser Pressemitteilung, das ist ein Artikel über den öffentlichen Dienst und die Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung, 1978 gewerbliche Berufe 69; 1979 geht man komischerweise schon wieder herunter auf 21 Einstellungen. Das erhebt bei mir sofort den Vorwurf, daß garantiert — wenn überhaupt — nur bedarfsbezogen ausgebildet wird, obwohl man vorher etwas anderes beschlossen hat in der Deputation für zentrale Planung, ich darf daran erinnern: „auch über den Bedarf hinaus“.

(A) Wie ich von Ihnen hörte — ich habe den vorläufigen Berufsbildungsbericht des Landes Bremen noch nicht gehabt —, steht in dem Bericht nun schon wieder, daß nicht über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet werden soll. Das würde innerhalb eines Jahres eine Kehrtwendung bedeuten. Welche Aussagen nun richtig sind, weiß ich nach wie vor nicht. Wir werden überhäuft mit Statistiken über Berufsausbildungsplätze, aber jede Statistik sagt etwas anderes aus.

Mehr Ausbildungsplätze schaffen, alle Möglichkeiten nutzen, das fordern immer wieder Senat und Bürgerschaft. Ist es Ihnen selbst ernst damit? Das schrieben die „Bremer Nachrichten“ zu dem Artikel „Uni meldete 15 Ausbildungsplätze an, bisher nur fünf besetzt“. Hierbei ging es damals um die Ausbildung von Hauptschülern zu Elektroanlageninstallateuren. Das war zwar 1976, ich weiß nicht, was daraus geworden ist. Ich habe bis heute noch keine Mitteilung. Auch in der Anlage Drucksache 9/614, von der Sie vorhin sprachen, Herr von Schönfeldt, ist nichts darüber gesagt worden.

Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Ihnen wirklich daran gelegen ist, der Jugend zu helfen, ihr eine qualifizierte Ausbildung zu geben, dann hören Sie endlich einmal damit auf, mit riesigen Geldsummen Ihre heilige Kuh zu füttern, nämlich mit der Verschulung der Berufsausbildung! Man kann es fast nicht mehr mit ansehen!

(B) (Abg. Stichweh [SPD]: Das ist doch Blödsinn!)

Das ist überhaupt kein Blödsinn!

(Abg. Stichweh [SPD]: Die jungen Leute stehen doch ohne Ausbildungsplatz auf der Straße! So ist es doch! — Beifall bei der SPD)

Herr Stichweh, wenn Sie dieses Geld einsetzen würden, was Sie dafür ausgeben, Berufsfachschule-q 77,3 Millionen DM bis 1980,

(Abg. Stichweh [SPD]: Herr Urban stimmt doch immer zu!)

Berufsgrundbildungsjahr 29,2 Millionen DM, wenn Sie das einsetzen würden zur Förderung im dualen System oder bei Ihnen selbst im öffentlichen Dienst, würden Sie wahrscheinlich den jungen Leuten einen größeren Gefallen tun.

(Beifall bei der CDU)

Herr Stichweh, Sie hätten sich die Sendung von „Direkt“ im ZDF am Sonnabend ansehen sollen, da ging es um Haupt- und Sonderschüler. Vielleicht haben Sie das gesehen.

(Zuruf von der CDU: Er hört doch nur Radio Bremen!)

Sie haben nicht von Schule gesprochen, sie wollten arbeiten, das bedeutet im dualen System, Berufsschule ja, aber auch „Maloché“.

(Abg. Stichweh [SPD]: Aber wenn keine Arbeit da ist? Es hält sie keiner davon ab! — Abg. Stelljes [SPD]: Spaßmacher!)

Ich weiß nicht, ob das spaßig ist. Wenn das für Sie spaßig ist, dann ist das traurig!

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, für uns ist klar, daß Förderung von Ausbildungsplätzen im dualen System vor allen Verschulungs- und Verstaatlichungstendenzen Vorrang zu geben ist.

(Beifall bei der CDU)

Erstens ist das effektiver, und zweitens ist das wesentlich billiger, aber wahrscheinlich lassen Sie sich nicht belehren.

Dann lassen Sie mich mit einem Wort schließen von Martin Luther King,

(Abg. Meyer [SPD]: Jetzt muß der auch noch für Sie herhalten, was?)

und das sollten Sie sich einmal zu Gemüte führen. Ja, er muß auch hier herhalten, ein Satz zumindest, und den sollten Sie sich zuschreiben! Er hat damals gesagt: „Kein Problem wird gelöst, wenn wir träge darauf warten, daß ein anderer sich darum kümmert.“

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Franke.

Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ravens, ich möchte jetzt zu einem Teilaspekt Ihrer Ausführungen Stellung nehmen. Sie haben vorhin von den Stadtwerken gesprochen und haben danach gefragt, was denn dort an Ausbildungsplätzen des Landes überhaupt geschaffen worden ist. Ich will Ihnen die Zahlen genau nennen.

Wir haben dort zur Zeit 110 Ausbildungsplätze, hatten früher einmal wesentlich weniger und haben sie jetzt auf 110 hochgetrieben plus zehn Praktikanten.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Bei wieviel Beschäftigten?)

Bei einer Beschäftigtenzahl von genau 2 800 minus 600 Schichtarbeiter, die Sie ja absetzen müssen, und Sie müssen auch die 400 in Kleingruppen Beschäftigten absetzen, die im Außendienst tätig sind, wo Ausbildungsplätze gar nicht möglich sind, dann bleiben Ihnen noch 1 800. Von den 1 800 haben wir 600 kaufmännische Arbeitsplätze und auf 600 kauf-

(A) männliche Arbeitsplätze zirka 35 Auszubildende als Kaufleute.

(Glocke)

Der Rest sind gewerbliche Ausbildungsplätze, wovon ein Drittel auch insbesondere von Hauptschülern genutzt wird.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Bürgermeister Dr. Franke:** Ja, gern!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr von Schönfeldt!

**Abg. v. Schönfeldt (FDP):** Herr Bürgermeister, könnten Sie in diesem Zusammenhang, wenn Sie es da haben, auch die Zahlen nennen, die nach 1977 dazugekommen sind, denn in dem Bericht des Senats ist seinerzeit bei den Stadtwerken angegeben worden, daß sie 1975 erhöht haben. 1977 noch einmal? Hat sich da in der Zwischenzeit etwas getan? Die absoluten Zahlen helfen nicht weiter, wir wollen nur gern wissen, ob dieses Versprechen eingelöst worden ist, weitere Ausbildungsplätze einzurichten.

**Bürgermeister Dr. Franke:** Ich meine auf jeden Fall, daß hier eine Erhöhung stattgefunden hat, nur kann ich Ihnen das jetzt nicht in absoluten Zahlen sagen, denn ich habe mich eben auch erst kurz erkundigen müssen, um die Zahlen überhaupt zusammentragen zu können.

(B) (Abg. Ditttrich [SPD]: Fragen Sie mich doch einmal!)

Nur eines, Herr Ravens: Sie können hier nicht das Schreckgespenst der Jugendarbeitslosigkeit hinstellen, das wir nämlich im Grunde genommen, zumindest im Lande Bremen, überhaupt nicht haben.

(Abg. Ravens [CDU]: Das habe ich nicht gesagt! Strukturell, habe ich gesagt, in den einzelnen Bereichen! — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

Kurzum, glaube ich, können die Stadtwerke sich mit den Zahlen, die wir hier nennen können, sehr wohl sehen lassen. Zu den übrigen Fragen werden, glaube ich, noch von anderer Seite Stellungnahmen abgegeben werden.

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat Herr Senator Thape.

(Abg. Ravens [CDU]: Das war alles?)

**Senator für Bildung Thape:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Ausführungen des Abgeordneten Ravens haben mich wegen ihrer unerwarteten Unsachlichkeit auf das höchste überrascht. Das muß ich hier schon sagen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Uns auch!)

Ich möchte eines klarstellen: Wenn die Wirtschaft alle Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz su-

chen, unterbringt, halten wir uns von staatlicher Seite aus zurück. Das ist doch selbstverständlich.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Dieses Unterbringen gilt allerdings auch für Sonderschüler, für Jugendliche, die keinen Schulabschluß haben, und für Jugendliche, die schwer unterzubringen sind, und das gilt vor allen Dingen auch für die Mädchen, nicht nur in diesem Lande, sondern in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Das ist doch das Problem, und lediglich aus diesem Grunde ist ein Ausbau der Berufsfachschule qualifizierender Art und ein erheblicher Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres vorgesehen. Die Mittel stehen dafür bereit, und nach all unseren Berechnungen werden wir für einen bestimmten Kreis diese staatlichen zusätzlichen Maßnahmen anbieten müssen, wenn wir über die Jugendarbeitslosigkeit hinweg nicht zusätzliche soziale Probleme bekommen wollen.

Ich will bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen, daß die Handwerkskammer, die Handelskammer, daß alle Beteiligten, einschließlich der öffentlichen Hand, sich in den letzten drei Jahren ganz erheblich bemüht haben, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Ich habe das in aller Öffentlichkeit gesagt, ich will das hier nicht unter den Tisch fegen, sondern dankbar anerkennen. Wir wissen aber, daß eine Steigerung der Lehrstellen-Nachfrage noch bis 1983/84 zu erwarten ist, und um diese Probleme geht es, die unmittelbar vor uns stehen. Da wissen wir nicht, ob tatsächlich im dualen System alle diese Belastungen aufgefangen werden können.

(D)

Die staatlichen Maßnahmen sind eine zusätzliche Hilfe im Interesse der Jugendlichen und keine Experimente und wahrhaftig nichts, was man hier in diesem Hause angreifen kann. Das könnte man nur dann tun, wenn alle Jugendlichen untergebracht wären, wenn freie Lehrstellen noch übrig wären und wir hier nur aus Lust und Laune heraus zusätzliche Millionen hinauswerfen würden. So viel Geld haben wir auch nicht, daß wir das tun können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben im schulischen Bereich sicherlich noch einiges zu tun, und dafür könnten wir das Geld auch gebrauchen. Wir haben aber die Berufsausbildung als einen ausdrücklichen Schwerpunkt dieser Legislaturperiode und der nächsten herausgestellt, und ich finde, das verdient Anerkennung und keine Kritik.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Leinemann.

**Abg. Anneliese Leinemann (SPD):** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Urban hat in der letzten Sitzung der Bürgerschaft gesagt — ich hatte das mitgeschrieben, das Protokoll ist aber geän-

(A) dert —, ich würde heute alt aussehen. Das Protokoll ist dahingehend geändert worden, ich würde nicht so gut aussehen.

(Heiterkeit und Zurufe)

Ich habe gedacht, Herr Urban, ich wollte lieber nicht zum Friseur gehen, um Ihnen recht zu geben, und dann habe ich heute auch erstmalig eine Brille mitgebracht, damit Sie auch recht behalten.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]:  
Kurzsichtig auch noch!)

Aber jetzt zur Sache! Hier sind eben Worte gefallen von Herrn Ravens, auf die ich nicht vorbereitet war, denn es gab die Anfrage der Fraktion der FDP vom 1. 11. 1978, und der Senat hat, soweit ich erkennen kann, völlig korrekt geantwortet. Herr von Schönfeldt hat das auch herausgestellt. Alle Fragen sind beantwortet worden.

Herr Ravens hat ganz andere Themen angesprochen, und ich habe eigentlich erwartet, daß das Präsidium sagen würde, das hat mit der Großen Anfrage nichts zu tun, das gehört nicht zum aufgerufenen Tagesordnungspunkt. Gefragt war nämlich nur, wie die Ausbildungsplätze in den verschiedenen Jahren zur Verfügung gestellt worden sind. Das ist beantwortet worden. Dazu war von der FDP-Fraktion gefragt worden, in welchen Bereichen sind die Ausbildungsplätze. Das ist ebenfalls korrekt beantwortet worden. Die zusätzliche Frage nach dem Anteil handwerklicher Berufe ist auch korrekt beantwortet worden. Ergänzend dazu möchte ich gleich etwas sagen.

(B)

Der öffentliche Dienst hat weitaus mehr geleistet als die sogenannte private Wirtschaft, die ihren Auftrag nicht erfüllt hat und nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß allerdings die Handwerksbetriebe ausnehmen. Sie stellen nach wie vor ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung. Wir haben das wiederholt gesagt. Im öffentlichen Dienst haben sich nicht mehr um handwerkliche Ausbildung beworben, als wir Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben, Herr Ravens. Wenn Sie mir beweisen können, daß ein Auszubildender, der einen Handwerksberuf ergreifen möchte, in Bremen keinen Ausbildungsplatz bekommt, dann würde ich dazu auch gern die Handwerkskammer hören. Sie wird Ihnen dasselbe sagen, was ich Ihnen hier sage, daß es das in Handwerksberufen in Bremen nicht gibt.

Herr von Schönfeldt hat ausgeführt, daß wir doch über den Bedarf hinaus ausbilden möchten. Das geht natürlich nur bedingt, Herr von Schönfeldt. Das geht nicht in den Berufen, in denen die jungen Leute einmal verbeamtet werden sollen. Die Aussage „über den Bedarf hinaus“ ist einfach zu pauschal,

da müßten Sie mir einmal sagen, wo und in welchen Bereichen! (C)

(Zuruf des Abg. v. Schönfeldt [FDP])

Zum Beispiel im Krankenhausbereich bilden wir schon jetzt über den Bedarf hinaus aus, das sind Dinge, die zum Beispiel im Bericht gar nicht erscheinen. Ich habe mich aber heute noch einmal danach erkundigt, wir haben zur Zeit 600 in Ausbildung stehende Krankenschwestern und Krankenpfleger. Das ist nach dem Krankenhausbedarfsplan mehr, als wir auszubilden brauchen.

Sie haben recht, hier sind auch erstmalig Ausbildungsberater eingesetzt, die wünschte ich mir, das kann ich hier deutlich sagen, im öffentlichen Dienst auch, nur, soweit sind wir da noch nicht. Ich gehe davon aus, daß wir nach dem Berufsbildungsgesetz auch im öffentlichen Dienst einmal dahin kommen, Ausbildungsberater zu haben.

Ich hatte eigentlich nicht gedacht, daß wir die Antwort des Senats heute diskutieren müßten, und ich war erstaunt über dieses Engagement von Herrn Ravens. Alle Fragen, die die FDP gestellt hatte, sind beantwortet worden.

Wenn Sie hier zum Thema Hauptschüler sich so engagiert haben, dann muß ich Sie einmal fragen: Was sagen Sie denn in Versammlungen, wo Gymnasiasten sind? Ich habe festgestellt, daß Sie da etwas ganz anderes sagen, daß Ihre Forderung da viel zu hoch geschraubt ist, daß Sie am liebsten im öffentlichen Dienst, zumindest in der Verwaltung, nur Abiturienten haben möchten. Wenn das nicht so ist, wo wollen Sie dann Hauptschüler einsetzen im öffentlichen Dienst? Wir fordern nicht, sondern da, wo es möglich ist, setzen wir sie ein. (D)

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Ich habe noch eine weitere Frage dazu. Sie haben das Thema männliche und weibliche Auszubildende angesprochen. Wenn die Zahl richtig ist — ich habe das eben im Kopf ausgerechnet —, ist der Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Auszubildenden in fünf Jahren 161 im gesamten öffentlichen Dienst. Finden Sie das viel? Sehen Sie sich einmal die freie Wirtschaft an, oder sehen Sie sich doch nur einmal um in Ihrer eigenen Fraktion, wie Sie das Parlament prozentual besetzen! Wenn hier pro Jahr tatsächlich 30 der Unterschied ist zwischen männlichen und weiblichen Auszubildenden, dann meine ich, hat die öffentliche Hand hier einen ganz besonders guten Dienst den weiblichen Arbeitnehmerinnen gegenüber geleistet.

Ich möchte wissen, was jetzt von der CDU konkret zum Bericht zu sagen ist, und nicht all die Dinge, die Sie hier angeführt haben, die meiner Meinung nach mit dem Bericht überhaupt nichts zu tun haben. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. v. **Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich das Unangenehmste vorweg sagen: Ich glaube erst, als der Kollege von Schönfeldt das Protokoll der Sitzung der Deputation für öffentliches Dienstrecht vom 11. Mai 1977 zitierte, nicht richtig zu hören, bis mir einer meiner Kollegen empört dieses Protokoll auf den Tisch legte. Nur mit Beurteilung von Menschen und mit Beauftragung von Notengebung so unerfahrene Leute wie die Kollegen der Deputation für öffentliches Dienstrecht konnten diese Ungeheuerlichkeit durchgehen lassen, die da steht, die ein Mann, der eine Schule leitet, als Pauschalurteil abzugeben wagt!

Ich darf Ihnen das mit Genehmigung des Präsidenten vorlesen, und ich muß gleich verlangen, daß der Senator dies tilgen läßt. Das ist eine Unerhörtheit, und Schulleiter sind aus diesem Grunde wegen Unfähigkeit aus dem Dienst entfernt worden! Ich zitiere:

„Dem Problem der Hauptschüler maß Herr Dr. Prüser einen erheblichen Stellenwert zu. Hier müsse etwas getan werden. Aus den Erfahrungen der hinreichend bekannten Sonderaktion müsse entnommen werden, daß das Gros erhebliche Defizite an Wissen“ — das mag noch gehen, aber jetzt kommt es — „und in charakterlicher Hinsicht aufzuweisen habe.“

(B) Wie kommt so ein hartgesottener Pädagoge oder Leiter einer Schule zu seinem unverschämten Urteil? Das müssen wir hier im Hause zurückweisen! Das Gros der Hauptschüler hat keine Defizite in charakterlicher Hinsicht! Das ist unerhört! Senator, beseitigen Sie das gefälligst!

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt zur Sache, die hier schon sehr vielseitig angesprochen wurde! Meine Damen und Herren, ich möchte eines in Erinnerung rufen: Wenn Sie sagen, die Privatwirtschaft sei nicht ihren Anforderungen, Auszubildende einzustellen, in genügender Art nachgekommen, muß ich Sie ganz leise daran erinnern, daß wir es waren — wir aus der Politik —, die der Privatwirtschaft erhebliche Sozialdaten verändert haben, so daß die Ausbildung von Lehrlingen erheblich erschwert wurde. Das hat automatisch zur Folge, daß ein Teil der Leute zögert. Das muß man verstehen und kann nicht Pauschalurteile abgeben. Wir müssen die Privatwirtschaft dann wieder heranziehen und sagen, sie müsse trotz der Erschwerung mehr Leute ausbilden.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. v. **Groeling-Müller** (FDP): Ja, gern!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Frau Leinemann!

(C)

Abg. **Anneliese Leinemann** (SPD): Herr von Groeling-Müller, Sie sind zwar schon etwas weiter, aber darf ich Sie bitten, das Protokoll weiter zu zitieren, was denn Ihr Vertreter in der Deputation für öffentliches Dienstrecht zu diesen Äußerungen eines Schulleiters gesagt hat?

(Zuruf von der CDU: Der war ja nicht da!)

Abg. v. **Groeling-Müller** (FDP): Verehrte Frau Leinemann, das würde ich gern tun. Der Vertreter ist aber kein Pädagoge und hat nicht als Leiter einer Schule solche Urteile abzugeben. Er hat sich dem Urteil nicht angeschlossen. Ich habe vorausgeschickt, keiner der Damen und Herren hat widersprochen, weil sie nicht gewöhnt sind, junge Leute zu beurteilen. Wären sie mehr schulmeisterlich angelegt, hätten sie das bestimmt entschieden zurückgewiesen, jeder von ihnen. Aber sie sind es nicht gewohnt, und es hat niemand in der Deputation zu meinem Bedauern das zurückgewiesen. Ich bitte um nachträgliche, ich fordere nachträgliche Reparatur!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das heißt doch nicht, daß wir das gebilligt hätten, was da gesagt worden ist! — Senator **Thape**: Dann hat man keine Zensuren!)

Ja, Senator, das ist richtig! Die Zensuren verteilen Sie gern, Herr Senator Thape. Ich wünschte, daß Sie in Ihrem Bereich dann alles so gut machten, daß Sie „eins plus“ daständen und nicht so fehlerhaft wie wir armen Abgeordneten, die es gelegentlich wagen, Opposition zu machen, worüber Sie sich dann auch noch empören!

(D)

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. v. **Groeling-Müller** (FDP): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Frau Leinemann!

Abg. **Anneliese Leinemann** (SPD): Herr von Groeling-Müller, ist Ihnen bekannt, daß in dieser Deputation kein Wortprotokoll geführt wird, und ist Ihnen weiterhin bekannt, was tatsächlich gesagt worden ist? Ich kann doch wohl davon ausgehen, daß Sie von Ihrem Vertreter in dieser Deputation unterrichtet worden sind?

Abg. v. **Groeling-Müller** (FDP): Ich muß das sagen, weil ich keine Behauptung aufstelle, sondern das Protokoll vorlese, auch wenn es kein Wortprotokoll ist. Mehr als dieses Protokoll verlesen kann ich nicht, verehrte Kollegin!

(Abg. **Anneliese Leinemann** [SPD]: Das ist unglaublich!)

Ich bitte dennoch, dies zu tilgen und etwas hineinzuschreiben, was klärend ist, aber nicht so katastrophale Pauschalurteile!

Ich sage Ihnen, durch Aussagen von Schülern, die nicht protokolliert wurden von Leuten, die es ge-

(A) wohnt sein sollten, hat man Schulleiter aufgrund solch unsinniger Pauschalurteile wegen Unfähigkeit aus ihrem Amt entfernt. Das waren Aussagen von Schülern, die sie gelegentlich weitergegeben haben. Hier ist es ein Protokoll, unterschrieben vom Senator, gehört von allen! Also bitte, hier muß dringend etwas getan werden, auch wenn es etwas älter ist!

Zur Sache, meine Damen und Herren! Das berufsqualifizierende Berufsbildungsjahr, die berufsqualifizierende Berufsfachschule sollte, das ist gesagt worden, die Jugendlichen aufnehmen, die keine Stelle finden. Das ist richtig. Aber ist eigentlich der Appell an die Wirtschaft glaubwürdig, wenn der Senat nicht alles tut, was in seinen Bereichen möglich ist?

Es ist hier und da versucht worden zu sagen, wieviel der Senat tut. Ich möchte Ihnen im einzelnen willkürlich von mir herausgegriffene, durch eine schlichte Zufallsunterhaltung in Gang gebrachte Fälle nennen, in denen der Senat keineswegs alles getan hat, sondern einfach nichts unternommen hat, um mehr Jugendliche auszubilden. Es ergab sich aus einer Unterhaltung beim Schlittenfahren meiner Kinder.

Wir erwarten also, daß der Senat wenigstens für einen Teil seines Bedarfs Jugendliche ausbildet. Wir erwarten, daß er handwerklich arbeitsreiche Arbeitsgebiete zusammenstellt und so, wie Bürgermeister Dr. Franke es eben gesagt hat, im Verhältnis zu der Zahl der Beschäftigten dann Auszubildende nimmt, überprüft, wo könnte man überhaupt Gesellen mit dreijähriger Lehrzeit, wo könnte man überhaupt Werker in größerer Zahl noch beschäftigen, wo beschäftigt man zur Zeit solche Leute, und wo könnte man dort auch Jugendliche ausbilden, auf diese Richtung hin.

Ich darf das mit zwei kleinen Beispielen untermauern, die sich zufällig ergaben: Die Stadt beschäftigt und braucht rund 600 Gärtner und Gartenwerker oder wie Sie das nennen mögen. Die Gärtner sind knapp. Es gibt wenige, und wenn man einen anstellen will, wird man nur sehr schwer einen bekommen.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Die muß man nur nach A 13 bezahlen!)

Das ist in Ihrem Bereich zwar üblich, aber normalerweise bekommt ein Gärtner nicht A 13, es sei denn, er ist diplomierter und geprüfter Gartenarchitekt, dann hat er das vielleicht verdient, wenn Sie eine Stelle freigemacht haben!

Meine Damen und Herren, zurück zu den Gärtnern! Wir haben aber nur sechs Lehrlinge auf diesem Gebiet. Es gibt eine Abteilung in Bremen-Nord, die gern Lehrlinge ausgebildet hätte. Dazu bedarf sie eines Ausbildungsmeisters, der ist ihr nicht bewilligt worden. Die Lehrlingsstellen, die sie hätte einrichten können, konnte sie nicht einrichten.

Wir richten also lieber eine berufsqualifizierende Berufsfachschule ein und unterrichten Auszubildende

mehr theoretisch als in den Bereichen, die gewaltigen Nachwuchsbedarf haben. Dort haben wir auch noch nicht so viele Facharbeiterstellen bewilligt, wie die Senatskommission für das Personalwesen als notwendig berechnet hat, wie wir Gartenpersonal für öffentliche Park- und Grünflächen haben müßten.

Auch wäre die Hauptabteilung in dem Bereich interessiert an mehr Nachwuchsbildung. Sie brauchte natürlich den Lehrmeister dazu. Es scheitert also an Lehrmeistern. Man hätte mehr tun können auf der einen Seite. In Bremen-Nord hat man sogar darum gebeten. Die Behörde hat es zurückgewiesen, hat es also nicht genehmigt. Ich hoffe, daß es dem jetzt noch auf uns zukommenden Kinderberg zugute kommt. Das zu Ausbildungsplätzen für Gärtnerlehrlinge!

Die Lehre ist schwierig und käme für Realschüler und Hauptschüler in etwa in Frage. Eine nicht einfache Lehre, aber, meine Damen und Herren, die meisten der dort Arbeitenden sind Gartenwerker, und eine Ausbildung zum Gartenwerker hätte man einrichten können. Man hätte mit dem Herrn Gulasch beim Senator für Bildung ein Gespräch führen können und lernen, was es heißt, eine Gartenwerker- oder Werkerausbildung mit zwei Jahren Ausbildungszeit aufzubauen.

Hier fehlt erhebliches Personal, hier wären sogar Chancen für eine erhebliche Zahl von weiblichen Gartenhelfern und Gartenwerkern gewesen, aber dieser Bereich bleibt unbeackert. Man muß die Hilfskräfte, die man dort zur Gartentechnik braucht, woanders anwerben oder mühsam umschulen. Ich wollte Ihnen nur die Gebiete aufzeigen, auf denen der Senat nicht genügend tut, obwohl er, weil dort eine große Zahl von Arbeitskräften erforderlich ist, Auszubildende dringend benötigt.

(Beifall bei der FDP)

Er macht nichts oder nur Dürftiges für die Ausbildung!

Meine Damen und Herren, und wenn ich jetzt auf weitere Gebiete hinweise, zum Beispiel auf den Bereich des Amtes für Wasserwirtschaft, des Amtes für Stadtreinigung und Stadtentwässerung und vielleicht auch des Straßen- und Brückenbauamtes, kann ich das sehr viel weniger beurteilen. Dennoch, dort sind rund 550 Werker tätig in den Bereichen. Auch dort hätte man eine Werkerausbildung einrichten können. Hier wären gute Chancen für Hauptschüler und Sonderschüler, auch eventuell für Leute, die nicht ihren Hauptschulabschluß haben. Auch denen hätte man in der Werkerausbildung, die es dort eventuell zu schaffen gilt, gute Chancen bieten können.

Mir ist gesagt worden, daß mit den Kolonnen ein oder zwei junge Auszubildende mitgeschickt werden könnten. Wenn sie dann noch einmal in den nötigen Zeitabständen von einem Ausbildungsbeauftragten zusammengefaßt würden, dann hätte hier

(C)

(B)

(D)

(A) eine nicht unbeachtliche Ausweitung der Ausbildung stattfinden können. Die Zahl, auf die ich bei ganz losen Gesprächen kam, war ungefähr 25 bis 30. Bei den Gärtnern etwa 10 zusätzliche Lehrlinge. Dazu könnten noch Gartenwerker kommen.

Das sei nicht viel, würden Sie sagen! Ich habe mich auf vier Gebiete beschränkt. Ich habe nicht nur die Leute angesprochen, die ich im Ausbildungsbereich dort kannte. Wenn Sie also von Heldentaten den Senats berichten, dann muß auch gesagt werden, wo der Senat viele Arbeitsleute hat, aber für diese Tätigkeitsbereiche überhaupt nicht ausbildet, obwohl sich eine gute Chance geboten hätte. Hier sind Lücken, und ich hoffe auf und bitte um Füllung!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne haben nunmehr Platz genommen eine Reihe von Vorstandsmitgliedern der Bremer Gruppen der katholischen Arbeitnehmerbewegung. Ich freue mich über das Interesse, das diese Repräsentanten der katholischen Arbeitnehmer an unserem parlamentarischen Leben nehmen, und begrüße sie herzlich.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Urban.

(B) **Abg. Urban (CDU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre sicherlich auf eine ganze Reihe von Argumenten, die hier vorgebracht worden sind, einzugehen. Ich möchte mir das ersparen, weil wir in aller Kürze oder zumindest in zwei, drei Monaten den Berufsbildungsbericht des Senats zu verhandeln haben. Wir können alles dort unterbringen, was heute noch hätte gesagt werden müssen.

Ich wollte mich eigentlich nur an die Kollegin Leinemann wenden. Es wäre mit Sicherheit unverantwortlich von mir gewesen, wenn ich in der Sitzung vom 15. Dezember in irgendeiner Form auf Ihre Person bezogen das Wort „alt“ gebraucht hätte. Wenn ich mir das Protokoll der Sitzung ansehe, dann habe ich, ohne auch bei der Korrektur etwas hinzuzufügen oder wegzulassen, lediglich gesagt: „So gut werden Sie dabei nicht aussehen.“ Nur war das „nicht so gut aussehen“ natürlich nicht darauf bezogen, welche äußere Erscheinung Sie haben. Für mich sehen Sie auch mit und ohne Brille gut aus.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen dies zumindest an dieser Stelle gesagt haben. Allerdings, sehr geehrte Frau Leinemann, und jetzt werden Sie mir sicherlich wieder etwas böse sein, den einzigen Vorwurf im Zusammenhang mit „alt“ würde ich dahin erheben, daß Sie immer wieder alte Argumente verwenden,

(Beifall bei der CDU)

die an die Adresse der Wirtschaft gerichtet sind. Sie vergessen dabei die anderen Bereiche. Diese alten

Argumente werden durch Wiederholung auch nicht viel besser. (C)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leinemann.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Keine Komplimente! Es muß sauber bleiben!)

**Abg. Anneliese Leinemann (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Cassens sagt: „Keine wilden Komplimente!“ Herr von Schönfeldt hat gesagt: „Nun machen Sie Herrn Urban hier keine Liebeserklärung!“ Ich halte mich also zurück!

Herr von Groeling-Müller, ich werde Ihnen antworten, und zwar, Punkt eins, zu dem Protokoll. Ich bin überhaupt noch nie auf die Idee gekommen, Protokolle anderer Deputationen zu zitieren und dann zu sagen, nehmen Sie zurück, was da gesagt worden ist.

Man muß dann wohl eine Deputationssitzung im Zusammenhang kennen und darf nicht nur einen Satz aus dem Protokoll vorlesen. Man muß zum Beispiel, um das hier einmal richtigzustellen, wissen, daß der Leiter der Schule nicht gesagt hat, ein Hauptschüler sei charakterlich nicht geeignet, so wie das hier eben den Anschein hatte. Das hat er keinesfalls gesagt, sondern er hat gesagt, wenn wir jemanden ausbilden im mittleren Dienst, und nur darum ging es, dann muß das gesamte Charakterbild natürlich auch passen. Es wurde im Zusammenhang diskutiert, warum das Auswahlverfahren so lange dauert. Es wurde in der Deputation darüber diskutiert, daß es einmal der psychologische Test ist, daß es zum anderen der fachlich wissenschaftliche Test ist und daß dann ein Gespräch stattfindet mit Personalrat, Ausbildern und Psychologen und daß dann überlegt wird, wie wohl die charakterliche Eignung ist. Dann kann man einen Satz hier nicht so einfach im Raum stehenlassen! (D)

(Abg. Jackisch [CDU]: Dann ist das niemals so gesagt worden?)

Nein, niemals ist das so gesagt worden.

(Abg. Jackisch [CDU]: Dann kann man das ja auch streichen! — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten?

**Abg. Anneliese Leinemann (SPD):** Ja, immer!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr von Groeling-Müller!

**Abg. v. Groeling-Müller (FDP):** Wenn hier Artikel aus diesem Protokoll zitiert werden und wenn ich das dann noch einmal nachlese, weil ich das gar nicht begreifen kann, daß man so etwas sagt, dann müssen Sie doch wahrnehmen, Frau Kollegin, daß da im Protokoll steht — —.

(Zuruf: Fragestellung!)

- (A) Lesen Sie das anders, oder steht da in dem Protokoll, Frau Kollegin, daß die Hauptschüler Mängel im Wissen und Charakter haben? Das habe ich doch vorliegen!

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Wenn Sie das vorgelesen haben, ich habe das Protokoll natürlich nicht hier, gehe ich davon aus, daß es so darin steht. Ich werde das Protokoll auch noch einmal daraufhin in aller Ruhe durchlesen.

Ich wundere mich nur über Ihren Vertreter in der Deputation, Herrn Jäger, der in meinen Augen ein sehr gut arbeitendes Mitglied in dieser Deputation ist, daß Herr Jäger nicht darüber gestolpert ist, weil Herr Jäger nämlich Zusammenhänge kannte und gar nicht über ein einziges Wort allein stolpert. Aber wenn der arme Herr Jäger so viel zu tun hat, daß er keine Zeit hat, Protokolle nachzulesen, dann ist die FDP-Fraktion sicher überlastet und sollte ihre Leute nicht in jede Deputation schicken. Da gebe ich Ihnen recht.

Punkt zwei: Herr von Groeling-Müller, der Bereich der Gärtnerausbildung nahm in Ihrem langen Diskussionsbeitrag den breitesten Raum ein. Haben Sie schon einmal mit Eltern diskutiert, und ist Ihnen bekannt, daß nach wie vor jeder nach Artikel 8 unserer Bremischen Landesverfassung das Recht hat, sich seinen Beruf selbst zu wählen? Können Sie mir wohl sagen, wie viele Auszubildende sich zum Gärtnerberuf gemeldet haben im letzten Jahr? Ich bin also nicht davon überzeugt, daß es in Bremen Auszubildende gibt, die gern Gärtner werden möchten und nicht untergebracht werden. Das könnten Sie uns doch bitte einmal vorlegen!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr von Groeling-Müller!

Abg. v. Groeling-Müller (FDP): Sehr geehrte Kollegin Leinemann, könnten Sie eventuell differenzieren zwischen dem Auszubildenden im Gartenbetrieb privater Art und dem Auszubildenden im staatlichen Betrieb, der die Aussicht hätte und gute Aussicht hat auf Anstellung, weil nicht alle Posten besetzt sind?

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Aber, Herr von Groeling-Müller, da hat doch Herr von Schönfeldt gerade vorher gesagt, Sie möchten gern, daß die Leute ausgebildet werden auch ohne Anspruch auf einen Arbeitsplatz hinterher. Jetzt verstehe ich Sie überhaupt nicht mehr!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Hast du bei der FDP schon einmal eine einheitliche Meinung festgestellt? — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zwischenfrage Herr von Groeling-Müller! Vielleicht läßt sich das Mißverständnis auch im Gespräch klären. — Bitte sehr!

Abg. v. Groeling-Müller (FDP): Sehr geehrte Frau Leinemann, warum verstehen Sie mich denn so absichtlich falsch? Ich habe sagen wollen, können und müssen, daß der Bedarf an Gärtnern im staatlichen Dienst nicht gedeckt werden kann, weil nicht genug ausgebildet wird. Hier wäre es eine ganz wichtige Aufgabe, viele auszubilden.

(Abg. Ditttrich [SPD]: Anneliese, mach Schluß!)

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Lieber Herr von Groeling-Müller, ich gebe Ihnen darauf nur noch eine kurze Antwort! Es gibt 455 anerkannte Ausbildungsberufe. Nach wie vor orientieren sich aber junge Menschen nur an Berufen, die sie von Eltern, die sie von Nachbarn, die sie von ihren Freunden kennen. Wenn man den jungen Leuten sagt, es gibt auch noch freie Stellen, ihr könntet eventuell als Gärtner ausgebildet werden, dann würden wir sicherlich auch Ausbildungsplätze dafür schaffen, wenn sie Interesse hätten, einen solchen Beruf zu ergreifen. Aber Sie müssen wirklich einmal mit jungen Leuten diskutieren, welche Berufe denn gewünscht sind. Das sind ganze 30 Berufe von 455 möglichen Ausbildungsberufen!

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (D)

Die Beratung ist geschlossen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen und schriftlichen Antwort des Senats Kenntnis.

#### **Unterbringung drogenabhängiger Strafgefangener**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 23. November 1978  
(Drucksache 9/927)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat zu Beginn ihrer Sitzung beschlossen, diesen Punkt von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen.

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der Sitzung am 28. Februar 1979.

#### **Arbeitsplätze an Kassen in Selbstbedienungsläden**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 7. Dezember 1978  
(Drucksache 9/934)

D a z u

**Anderungsantrag der Fraktion der CDU**  
vom 31. Januar 1979  
(Drucksache 9/967)



(A) **Anderungsantrag der Fraktion der FDP  
vom 31. Januar 1979  
(Drucksache 9/975)**

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/934 trägt die Unterschriften der Abgeordneten Hede Lütjen, Kähler und Fraktion der SPD. Der Änderungsantrag Drucksache 9/967 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Urban, Neumann und Fraktion der CDU, und der Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 9/975 ist unterschrieben von den Abgeordneten Kuhnert, Lahmann und Fraktion der FDP.

Die Anträge liegen im Wortlaut vor.

**Drucksache 9/934**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Verordnung zu erlassen, die es dem Einzelhandel umgehend untersagt, weiterhin „Umpackkassen“ zu verwenden, und darüber hinaus technische Hilfsmittel zur Minderung der körperlichen Belastung an Kassensarbeitsplätzen zwingend vorschreibt.

Außerdem wird der Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, daß die durch die einseitige Belastung an Kassensarbeitsplätzen bei den Arbeitnehmern auftretenden Krankheiten der Arm- und Schultergelenke als Berufskrankheit anerkannt werden.

(B) **Drucksache 9/967**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Bundesrat sich dafür einzusetzen, daß der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung gemäß der Arbeitsstättenverordnung Richtlinien erläßt, die es dem Einzelhandel untersagen, weiterhin „Umpackkassen“ zu verwenden, und darüber hinaus technische Hilfsmittel zur Verminderung der körperlichen Belastung an Kassensarbeitsplätzen zwingend vorschreiben.

**Drucksache 9/975**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Hinter dem Absatz 1 des SPD-Antrags wird folgender Satz eingefügt:

Durch diese Verordnung ist sicherzustellen, daß das Verbot nur für solche Betriebe gilt, bei denen die Kassiererinnen überwiegend oder ausschließlich durch Tätigkeit an der Kasse einseitig belastet werden.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lütjen.

Abg. Hede Lütjen (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das anstehende Problem ist, scheint mir, wohl allen im Haus bekannt. So geht es auch nicht darum, noch viele Worte über die Arbeitsplätze der Kassiererinnen zu verlieren. Hierüber gibt im übrigen die Informationsschrift — ich will sie gern allen zur Verfügung stellen — der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen

(C) ausführlich Auskunft. Es muß vielmehr darüber gesprochen werden, wie diesen Frauen — es sind fast ausschließlich Frauen, die an Kassen tätig sind — geholfen werden kann. Das ist der Sinn unseres Antrags.

Im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung wurde ein Forschungsbericht über menschengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes in Selbstbedienungsläden erstellt. In diesem Forschungsbericht wird deutlich auf drei Problemkreise hingewiesen, die dann auch Inhalt unseres Antrags sind: erstens, die Abschaffung der Umpackkassen; zweitens, die Verpflichtung, durch technische Hilfsmittel die Kassen im Einzelhandel nach den neuesten arbeitsmedizinischen Erkenntnissen einzurichten; drittens, die nachweisbar auftretenden Krankheiten als Berufskrankheiten anzuerkennen.

Zu den Umpackkassen! Hierzu sollte noch einmal darauf hingewiesen werden, daß der deutsche Einzelhandel kritisiert, daß der Forschungsbericht allzusehr auf die Belastung durch die Umpackkassen hinweist und dabei das Gros der sogenannten Bandkassen außer acht läßt. Außerdem würden, so sagt der deutsche Einzelhandel, die Kassiererinnen an den Umpackkassen nicht ausschließlich mit Kassiertätigkeit beschäftigt, sondern in Intervallen auch für andere Tätigkeiten eingesetzt.

Meine Damen und Herren, solche Äußerungen sind in meinen Augen blanker Hohn. Wer gesehen hat, wie die Frauen an den Umpackkassen in Spitzenzeiten Produkt für Produkt von einem Korb in den anderen packen und dabei mit der anderen Hand noch die Preise eintippen und dies alles in beachtenswerter Geschwindigkeit, kann über eine solche Argumentation nur noch den Kopf schütteln.

(D) Insofern muß auch der Antrag der FDP meiner Ansicht nach etwas präziser gefaßt werden, denn in der vorliegenden Form würde er den Ladenketten noch als Legitimation dienen. Ich kann, glaube ich, den Antrag wohl nur so verstehen, daß hier in erster Linie die kleinen Mittelbetriebe, die vorwiegend mit Familienangehörigen geführt werden, ausgenommen werden sollen.

Wir müssen aber auch den Einzelhandel fragen, wenn er solche Argumentation bringt, warum es ihm bisher nicht gelungen ist, Ladenketten wie Aldi oder Plus dazu zu bringen, ihre Umpackkassen durch neue modernere Kassen zu ersetzen, wie es durchaus in anderen großen Verbrauchermärkten der Fall ist. Wir hätten diesen Antrag auch nicht gestellt, wenn wir sicher wären, daß jeder Ladeninhaber nur zum Wohl seines Arbeitnehmers arbeitet und nur dieses Wohl im Auge hat. Dem ist nämlich nicht so.

Da, wo durch reine Profitsucht auf dem Rücken der Arbeitnehmer Gewinne gemacht werden, muß meiner Meinung nach mit allen rechtlichen Mitteln durchgegriffen werden. Dort, wo diese nicht ausreichen, müssen sie geschaffen werden! Wer sich die Arbeitsbedingungen gerade bei den Ladenketten, die noch mit Umpackkassen arbeiten, ansieht, wird mir recht geben. Hier gibt es weder vernünftige

- (A) Ruheräume noch vernünftige Kassenarbeitsplätze, im Gegenteil, sie sind zugig, klein und unbequem.

(Beifall bei SPD und FDP)

Durch kleine Betriebsgrößen umgehen diese Ladenketteninhaber auch die Mitbestimmungsregelung. Hier kann nur noch rigoroses Durchgreifen von seiten der Aufsichtsbehörde helfen. Hierzu bedarf es jedoch der von uns geforderten Richtlinien, gerade auch deswegen, um den ausführenden Beamten den Rücken zu stärken.

Darüber hinaus muß jedoch für alle Kassenarbeitsplätze erreicht werden, daß sie den Anforderungen der arbeitsmedizinischen Überlegungen gerecht werden und humane und gesunde Arbeitsplätze darstellen. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Forschungsberichts sollte der Senat initiativ werden und darauf hinwirken, daß in die Arbeitsstättenverordnung eine spezielle Arbeitsstättenrichtlinie für Kassenarbeitsplätze aufgenommen wird. Wir werden auch dem CDU-Antrag zustimmen, damit auch in den CDU-regierten Ländern unsere Forderung durchgesetzt werden kann.

Mit einer solchen Arbeitsstättenrichtlinie würde die Voraussetzung geschaffen, den Firmen zwingend vorzuschreiben, die Kassenarbeitsplätze den arbeitsmedizinischen Erkenntnissen anzupassen. Da, wo eine solche Verordnung unzumutbare Härten für einzelne kleinere Einzelhändler mit sich bringen würde, sollte vielleicht überprüft werden, ob nicht in Form von vertretbaren Investitionshilfen oder ähnlichem diese Härten auf ein Minimum reduziert werden können. Das ist langfristig sicher vernünftiger als die von der FDP geforderte Ausnahmeregelung.

(B)

Allerdings sollte gleichermaßen dafür Sorge getragen werden, daß nicht als Humanisierung des Arbeitsplatzes propagiert wird, was diesen Arbeitsplatz durch Automaten ersetzt. Die Vorstellungen, die es auf diesem Gebiet gibt, klingen zwar utopisch, liegen jedoch bereits im Bereich des Möglichen.

Da der Forschungsbericht nachweist, daß die Kassenarbeitsplätze Erkrankungen wie Rückenschmerzen, Beinbeschwerden, Beschwerden der Arm- und Schultermuskulatur, Nervosität, Schlaflosigkeit, Kreislaufbeschwerden hervorrufen, ist es notwendig, diese auch als Berufskrankheit anzuerkennen.

Bei den durch das Institut für Arbeitsmedizin durchgeführten Untersuchungen an 130 Frauen ergaben die Befunde, daß 6 Kassiererinnen arbeitsunfähig geschrieben, 15 einer anderen Tätigkeit zugeführt und bei 48 Kassiererinnen die Arbeitszeit verkürzt werden mußte. Das heißt, mehr als die Hälfte der Frauen war durch die Arbeit unzumutbar belastet.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen, meine ich, sprechen für sich! Es ist daher dringend notwendig, daß im Interesse der im Einzelhandel Beschäftigten die Anerkennung der Berufskrankheiten

- ähnlich den Erkrankungen der Stenotypistinnen gesetzlich festgelegt wird.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Wer trotzdem von Ihnen noch der Meinung ist, daß unser Antrag möglicherweise in seinen Forderungen überspitzt und das Problem aufgebauscht ist, der sollte sich die Mühe machen und am Wochenende einer der Kassiererinnen bei ihrer Arbeit über die Schulter sehen und sollte mir dann sagen, ob er bereit ist, diese Tätigkeit für einen Lohn von 750 DM für ungelernete Kräfte mit der Aussicht, möglicherweise nach acht Berufsjahren ein Bruttogehalt von 1 550 DM zu erreichen, unter den bisherigen Bedingungen noch auszuführen!

Zum Schluß darf ich vielleicht noch einige technische Anmerkungen machen zu unserem Antrag und zu den Ergänzungsanträgen. Wir bitten darum, in der ersten Zeile, Herr Präsident, das Wort „Verordnung“ durch „Richtlinie“ zu ersetzen, da sich eine Richtlinie zum augenblicklichen Zeitpunkt als sinnvoller erweist. Den CDU-Antrag würden wir dann als Abschnitt zwei in unseren Antrag mit aufnehmen, wenn die CDU einverstanden ist, als Ergänzungsantrag. Den FDP-Antrag halten wir, ich habe das eben schon gesagt, zwar für problematisch, wenn er aber in der Form präzisiert wird, wie ich ihn eben begründet habe, würden wir auch dem zustimmen in der vorgelegten Form.

(Beifall bei der SPD)

(D)

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort „Verordnung“ durch „Richtlinie“ ersetzen, den CDU-Antrag als Absatz zwei, so daß der jetzige Absatz zwei Absatz drei wird? — Gut!

Meine Damen und Herren, wir haben heute sehr fleißig diskutiert, aber in der Tagesordnung sind wir nicht sehr weit vorangekommen. Da haben wir morgen noch ein ganz volles Pensum. Ich bitte deshalb herzlich darum, sich in der Diskussion so einzurichten, daß wir bei drei Wortmeldungen, die wir jetzt noch haben, den Tagesordnungspunkt heute abwickeln können!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Urban.

**Abg. Urban (CDU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, die Zeit von Frau Kollegin Lütjen zu unterbieten. Ich kann das deswegen, weil die Absicht der Antragsteller, die Arbeitsplätze an den Kassen in Selbstbedienungsläden humaner zu gestalten, auch unsere Zustimmung findet. Wie gesagt, die Absicht der Antragsteller! Ich möchte mich der Argumentation von Frau Kollegin Lütjen nicht in allen Teilen anschließen.

Es ist doch so, wenn wir uns die fast ausschließlich von Frauen ausgeübte Tätigkeit an sogenannten Umpackkassen ansehen, dann sollte in der Tat alles versucht werden, daß zukünftig durch die Installation technischer Hilfsmittel die Kassen in Selbstbe-

(A) dienungsläden tatsächlich Kassen werden und nicht Umschlagsplätze von Gütern, an denen täglich von Frauen als Kassenbedienstete zentnerweise Waren gehoben und auf der anderen Seite wieder abgesetzt werden. Wir können uns sehr wohl vorstellen, daß jemand, der diese Tätigkeit jahrelang ausübt, Schäden an Arm- und Schultergelenken, bis hin vielleicht zu Haltungsschäden, erleidet. Es scheint sinnvoll, auch einmal zu überlegen, ob derartige Beeinträchtigungen durch diese berufliche Tätigkeit nicht in den Katalog der Berufskrankheiten aufzunehmen sind.

In der Darstellung des Sachverhalts bestehen allerdings zwischen uns keine Differenzen. Wir meinen, wir sollten hier gemeinsam einen Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens — und da unterscheiden wir uns etwas von Ihnen, Frau Kollegin Lütjen — leisten. Nur haben unsere Recherchen ergeben, daß es sinnvoller erscheint, durch die Änderung der Arbeitsstättenverordnung das gleiche Ziel — und dies auch bundesweit — zu erreichen. Deswegen haben wir in unserem eigenen Antrag, den Sie dankenswerterweise übernommen haben, den Senat aufgefordert, sich für diesen Weg im Bundesrat entsprechend einzusetzen. Wir sind selbstverständlich damit einverstanden, daß wir unseren Abschnitt eins in Ihren Antrag als Abschnitt zwei einbauen. Dann müßte natürlich Abschnitt zwei in unserem Antrag wieder gestrichen werden.

(B) Ich kann es mir versagen, hier besonders auf den Wortlaut der Paragraphen in der Arbeitsstättenverordnung und sogar in der Gewerbeordnung hinzuweisen, wo ausgeführt wird, daß sich der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung den Erlaß von Rechtsvorschriften vorbehält und nur dann, wenn der Bundesgesetzgeber die entsprechenden Vorschriften nicht erläßt, die oberste Landesbehörde in Zusammenwirken mit den Berufsgenossenschaften tätig werden kann.

Ein letztes Wort zum FDP-Antrag, der sehr überraschend gekommen ist! Die Zeit ist einfach zu kurz gewesen, sich hierzu abschließend eine endgültige Meinung zu bilden. Wir werden uns bei der Abstimmung über den FDP-Antrag der Stimme enthalten.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kuhnert.

**Abg. Kuhnert (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion begrüßt die Zielsetzung dieses Antrags. Es geht ja tatsächlich, sehr geehrte Frau Abgeordnete Lütjen, um eine humane Gestaltung des Arbeitsplatzes gerade dieser Frauen, die besonders hart betroffen sind. Wenn wir uns hier über die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Arbeitsleben unterhalten und von Humanisierung der Arbeitswelt sprechen, so ist es für die Freien Demokraten eine Selbstverständlichkeit, diese Gruppe von Frauen besonders

ins Auge zu fassen, die nicht nur diese schwere Arbeit am Arbeitsplatz leisten müssen, sondern zu Haus noch Frau und Mutter sind und andere Pflichten zu übernehmen haben.

(Beifall bei der FDP)

Nur sollte man in diese Sache nicht immer so eine Schärfe bringen. Sie wissen, daß im 1. Mai 1976 die Arbeitsstättenverordnung erlassen worden ist, nach der das Gewerbeaufsichtsamt schon Möglichkeiten hat, in den Bereichen, die Sie zum Beispiel angeschnitten haben — Lufttemperatur, Zugluft, zu enge Arbeitsplätze gerade an den Kassen —, bereits jetzt einzugreifen und darauf hinzuweisen.

Was uns bis jetzt nicht möglich war, ist, in den Supermärkten — und zwar die, die Sie angesprochen haben — generell einzugreifen, um schon bei neu zu errichtenden Supermärkten zu sagen, so, wie es vorgesehen ist, geht es nicht, diese Umpackkassen werden nicht mehr zugelassen, es muß ein humaner Arbeitsplatz geschaffen werden, der auch der Würde dieser Frau entspricht, die daran arbeiten soll.

Das ist das, was uns hier fehlt, und Sie wissen auch — Sie richteten die Adresse an Herrn Urban —, daß es in den CDU-regierten Ländern so etwas nicht gibt. Der Stand ist doch im Moment so, daß nur Berlin und Bremen sich bemühen, diesen Punkt durch gewisse Richtlinien und Maßnahmen in Ordnung zu bringen. Es gibt im Moment in der Bundesrepublik noch kein Land, das solche Richtlinien erlassen hat. Wir hoffen, daß durch Ihren Antrag und durch unsere Zustimmung Herr Bürgermeister Dr. Franke in der Lage sein wird, zumindest den ersten Vorstoß zu unternehmen, um zu versuchen, das Schlimmste zu verhindern, zum einen bei neu zu errichtenden Supermärkten, über die wir nicht gerade begeistert sind, weil uns vielmehr der Einzelhandel und der Mittelstand am Herzen liegen.

(Beifall bei der FDP)

Zum anderen sollte darauf geachtet werden, wenn Supermärkte durch Modernisierungsmaßnahmen eine Umstrukturierung vornehmen, daß dann der Versuch unternommen wird, auch darauf hinzuweisen. Auf der letzten Messe gab es sehr moderne Kassen, vor denen die Verkäuferin sitzt und das Band ablaufen läßt. Es gibt also moderne und technische Mittel genug.

Wir werden diese Verbesserungen nicht von heute auf morgen erreichen können, und ich möchte Sie, Herr Senator und Herr Bürgermeister Dr. Franke, recht herzlich bitten, daß Sie unverzüglich beim Bundesminister für Arbeit vorstellig werden, damit wir auf Bundesebene einheitliche Regelungen bekommen. Sonst werden nämlich die Arbeitnehmerinnen, die im Land Bremen wohnen und in Niedersachsen in Ihlpohl in den Supermärkten arbeiten, schlechtere Arbeitsbedingungen haben als die Arbeitnehmerinnen im Land Bremen.

Deswegen die Bitte, daß wir auch unseren Mitbürgerinnen, die außerhalb der Landesgrenze ar-

(C)

(D)

(A) beiten, dieselben Erleichterungen schaffen, denn das fällt unter das Gleichheitsprinzip! Wenn wir Vorreiter sein wollen, dann sollten wir für die gesamte Bundesrepublik einheitliche Richtlinien anstreben. Alle Vertreter der Parteien auf Bundesebene und nicht nur im Land Bremen sollten eine schnelle Einigung für dieses Problem anstreben.

Ich könnte Ihnen noch einige andere Ausführungen machen, aber ich verzichte darauf. Wir werden den CDU-Antrag, so wie Herr Urban und Sie, Frau Lütjen, vorgeschlagen haben, unterstützen.

(Unruhe)

Unser Antrag ging lediglich darauf hinaus, meine Damen und Herren, den Einzelhändler, der auf Selbstbedienung umgestellt hat, nicht zu zwingen, große technische Modernisierungsmaßnahmen vorzunehmen. Das würde den Einzelhandel in einen Konkurrenzkampf bringen. Das können wir gar nicht verantworten. Wir wollen es nur für Großmärkte und für Supermärkte und möchten durch unseren Antrag den Einzelhandel dabei außen vor sehen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, die Unruhe, die hier herrscht, hilft uns sicher nicht weiter, die Beratung zu beschleunigen. Ich bitte herzlich darum, diesen letzten Tagesordnungspunkt noch in Ruhe zu debattieren.

(B) Das Wort hat Herr Bürgermeister Dr. Franke.

**Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir nur einige wenige Bemerkungen!

Erstens: Die gesundheitspolitischen und arbeitsmedizinischen Zielsetzungen, wie sie von allen drei Fraktionen zum Ausdruck gebracht worden sind, werden voll von mir unterstützt. Es wird auch unmittelbar nach dieser Debatte ein erneuter Vorstoß beim zuständigen Bundesminister für Arbeit unterommen werden. Ich halte es auch für den besten Weg, eine allgemeine Richtlinie, eine bundeseinheitliche Richtlinie aufgrund der Arbeitsstättenverordnung zu erlassen, aber es wird sicherlich auch einige Zeit dauern, bis sie erlassen werden wird.

Inzwischen hat mein Haus Richtlinien erarbeitet, die in Berlin Zustimmung gefunden haben. Eine abschließende Stellungnahme ist von Bayern angekündigt worden, die aber auch schon in etwa auf dieser Linie liegt. Wir werden dann aufgrund dieser Richtlinie Einzelverfügungen erlassen können. Verordnungen können wir nicht erlassen aufgrund der konkurrierenden Gesetzgebung. Wir können aber sehr wohl die Zeit bis zur endgültigen Verabschiedung der bundeseinheitlichen Richtlinien überbrücken.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 9/975.

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Ich rufe jetzt auf den Antrag 9/934. Er ist vom Antragsteller geändert worden. Das Wort „Verordnung“ ist ersetzt durch „Richtlinie“. Der CDU-Antrag ist als Absatz zwei eingefügt.

Wer diesem so geänderten Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu.

(Einstimmig)

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 18.04 Uhr)